

Bezugspreis:
Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Wolk und Zeit'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Konvaleszenz...

Anzeigen für die nächste Nummer...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 3. Juli 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Rechtsumfall der Volkspartei.

Ministerrat über die Antwortnote. - Rückzug der Volkspartei. - Ein Leitfaden für Stresemann.

WTB. meldet: Das Reichskabinett fehrte heute nachmittag die Beratungen über die außenpolitische Lage fort.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei veröffentlichte in später Stunde folgende Erklärung:

Richtlinien der Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei teilt schließlich nach Witternacht durch T. folgendes mit:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer Sitzung vom 2. Juli...

Kampfstimmung in der Kammer.

Heute nacht wichtige Entscheidung.

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer, in der Cailaux am Mittwoch bei der Abstimmung über den eidlichen Deklarationszwang...

Die Kammer hat einen Antrag auf Rückverweisung der Umsatzsteuervorlage an den Finanzausschuss mit 340 gegen 209 Stimmen abgelehnt.

Rückverlegung des sozialistischen Parteitag.

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand der Sozialistischen Partei hat am Donnerstag beschlossen, den Parteitag doch erst am 15. August abzuhalten.

Der Versuch der Fraktion, bereits am Donnerstag die bei den letzten Wahlen in der Kammer verlorene parlamentarische Disziplin wiederherzustellen, ist vorläufig gescheitert.

Wenn auch der Sicherheitspakt selbst den Versailler Vertrag nicht abändert, so darf doch darüber kein Zweifel bestehen, daß Deutschland keine Verschlechterung der sich aus dem Versailler Vertrag ergebenden Lage hinnehmen kann...

Wird das nächste Ziel des Paktes, die Lösung der Sicherheitsfrage erreicht, so wird sich die Notwendigkeit aufdrängen, Befahrung und Rheinlandabkommen den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Mit Rußland hat Deutschland den Rapallo-Vertrag geschlossen. Dieser wird durch die von Deutschland eingeleiteten Verhandlungen mit den Westmächten nicht verfehlt.

Es war uns in später Nachtstunde nicht möglich festzustellen, ob der vorstehende stellenweise unverständliche Beschluß als eine Niederlage Stresemanns in seiner Fraktion oder als ein Umfall des Ministers selbst aufzufassen ist.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Die äußersten französischen Vorschläge überreicht.

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorsitzende der französischen Handelsdelegation hat am Donnerstag nachmittag dem Staatssekretär Trendelenburg die angekündigten und ausdrücklich als äußerste Grenze der französischen Zugeständnisse bezeichneten Vorschläge überreicht.

England mahnt seine Gläubiger.

Terminangabe für Schuldenverhandlungen verlangt.

London, 2. Juli. (WTB.) Wie der Amtliche Englische Funtendienst meldet, hat die englische Regierung in den letzten Tagen an Frankreich, Italien, Portugal, Serbien, Rumänien und Griechenland je eine Note zur Frage der Kriegsschulden überreichen zu lassen.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag einen Gesetzentwurf, der die Aufhebung der Preistreibeiverordnung und der damit zusammenhängenden Verordnungen vorzulesen soll.

Deutschnationale und Kriegsofoper

Wahlversprechungen, die nicht gehalten werden.

Von Erich Rohmann.

Die Versorgung der Kriegsofoper überragt an finanzieller Auswirkung gegenwärtig immer noch alle anderen sozialen Aufgaben des Reiches.

Die Ausgaben des Reiches betragen unter Berücksichtigung des Standes vom 1. Januar 1925 für ein Jahr berechnet: für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene 905 Millionen Mark...

Die Rentenpolitik der Regierung ging in den letzten Jahren dahin, durch Einführung und immer stärkere Unterbrechung des Bedürfnisprinzips das Gros der Hinterbliebenen und die Schwerbeschädigten wenigstens vor einer Benachteiligung gegenüber dem früheren Recht zu bewahren.

Diese Tatsachen, die von der Regierung offen zugegeben werden, sind auch von den Parteien des Reichstags erkannt worden. Seit dem Zutritt des Parlaments sind nicht weniger als 65 Anträge zugunsten der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen eingebracht worden.

mürden. Nachdem die Wahlversprechungen und die Agitationsanträge ihre Wirkung getan haben, glaubt man die zwei bis drei Millionen Kriegsgewinne wahrscheinlich ebenso über das Ohr hauen zu können, wie man es den Auswertungsgläubigern gegenüber in so drastischer Weise getan hat.

Für die peinliche Lage der beiden hauptsächlichsten Regierungsparteien bekommt man Verständnis, wenn man sich die Kavelle zum Reichsverordnungsgesetz näher ansieht, die dem Reichstag kürzlich zugegangen ist. Ihr Inhalt bleibt meilenweit hinter den Anträgen der Regierungsparteien zurück.

Der Zollkrieg mit Polen.

Kampfmassnahmen der deutschen Regierung.

Entsprechend den Vorschlägen der Reichsregierung hat der Reichsrat gestern gegen Polen folgende Kampfzollsätze beschlossen:

Für den Doppelzentner Roggen 10 M., Gerste ebenfalls 10 M., frische Kartoffeln in der Zeit vom 13. Februar bis zum 31. Juli 5 M., vom 1. August bis zum 14. Februar 2 M., Röhrgewächse 20 M., lebende Schweine 40 M., frisches und gefrorenes Fleisch 70 M., einfach zubereitetes Fleisch 90 M., Fleisch zum feineren Tafelgenuss 180 M., Schweinespek 25 M., Eier 25 M., Mehl 25 M., Stärke in Aufmachung für den Kleinverkauf 42 M., in anderen Aufmachungen 32 M., Schmieröle 30 M., andere Öle 20 M., rohes Bau- und Ruhholz 30 M., bearbeitetes Bau- und Ruhholz 40 M., rohe Fässer 12 M., bearbeitete Fässer 30 M., Röhren und Röhrenformstücke aus Ton 4 M., rohe Ofenröhren 24 M., bearbeitete Ofenröhren 40 M., gestrecktes und gewalztes Blech von mehr als 0,25 Millimeter 36 M., von 0,25 Millimeter und darunter 45 M., Pink 50 M., grobe Zinkwaren 60 M. und feine Zinkwaren 140 M.

Bestehende allgemeine Einfuhrverbote sollen ausnahmslos durchgeführt werden. Dazu sollen neue Einfuhrverbote auf Waren treten, die bisher einfuhrfrei sind.

Die Verordnung, die von der Regierung ergänzt, abgeändert oder auch aufgehoben werden kann, tritt am 6. Juli in Kraft. Es bleiben also noch drei Tage Zeit zu Verhandlungen. Es ist dringend zu wünschen, daß diese drei Tage ausgenutzt werden, um einen Kampf zu vermeiden, der die polnische Wirtschaft mehr als die deutsche, aber auch die deutsche Wirtschaft schwer schädigen müßte. Zu diesem Zweck werden Zugeständnisse von beiden Seiten zu machen sein. Zugeständnisse, die von deutscher Seite gemacht werden und die ein Äquivalent in einem entsprechenden polnischen Entgegenkommen erhalten, werden in der deutschen Arbeiterschaft auf weitestgehendes Verständnis rechnen dürfen.

Abendstimmung des Zollausschusses.

Die Generaldebatte geschlossen.

Der Handelspolitische Ausschuss des Reichstags setzte am Donnerstag vormittag seine Generaldebatte über die Zollvorlage fort.

Abg. Saldange-Schönning (Dnat.) erklärte, daß er den Argumentationen von Sammers (Z.) und Raumer (Sp.) nicht folgen könne, die meinten, eine europäische Zollunion am besten dadurch erreichen zu können, daß man die Zölle gegenseitig abbauet. Den anderen Vätern müßte vielmehr gezeigt werden, daß sie ohne Deutschland einfach nicht auskämen. In bezug auf die Lage der Landwirtschaft versuchte er zu beweisen, daß es damit geradezu katastrophal bestellt sei und die Landwirtschaft jetzt schon wirtschaftlich verlande. Er befürchte, daß eine Uebererschwendung der Städte mit arbeitslos gewordenen Landarbeitern und eine steigende Arbeitslosigkeit auch in der Industrie dadurch, daß die Landwirtschaft keine Maschinen usw. mehr kaufen könne. Die Frage der Wollbelastung durch Zölle ließ er offen, meinte aber, daß der ideale Zustand wäre, teures Brot für teure Böhne. Den Ausweg, der Landwirtschaft durch Umstellung auf Viehwirtschaft zu helfen, erklärte er nach jeder Richtung hin für undurchführbar und abwegig. Das gelte ebenso in bezug auf eine Ermäßigung oder den gänzlichen Fortfall der Umsatzsteuer wie auch in bezug auf die Ge-

währung von Krediten, von denen die Landwirtschaft jetzt schon überflüssig sei und die am Ende gar nicht mehr getragen werden könnten. Infolgedessen müßten Hochschützölle, müßten Mindestzölle nicht nur auf Getreide, sondern auch auf Vieh eingeführt werden.

Abg. Koresl (Dem.) hob gegenüber den gestrigen Ausführungen des Abg. Raumen (Komm.) hervor, daß die Demokraten keine unbefehrbare Opposition gegenüber der Zollvorlage angefündigt hätten, sondern sich bemühten, durch sachliche Beratung größtmögliche Verbesserungen durchzusetzen, und daß sie vom Ausfall dieser Bemühungen ihre Stellungnahme zur gesamten Zollvorlage abhängig machen würden. Gegenüber der gestrigen Argumentation des Abg. Raumer (D. Sp.), daß vom Zoll alle Bevölkerungskreise profitieren würden, erklärte er:

Die Arbeiter, noch mehr aber das neue Proletariat, die Inflationsverarmten, würden davon nur belastet, den Hauptteil des Gewinns erlierte die Industrie, während die Landwirtschaft trotz Mindestzölle je länger, desto mehr den kürzeren zöge.

Im übrigen betonte er, daß seine Partei so lange nicht für Mindestzölle eintreten könne, bis bewiesen sei, daß davon die Landwirtschaft schon im Herbst einen Nutzen habe und die Getreidepreise durch andere Mittel an den Weltmarktpreis herangebracht werden könnten.

Abg. v. Richthofen (Dnat.) polemisierte gegen verschiedene Vorredner, die namentlich die Richtigkeit seiner Zahlen angezweifelt hatten. Dabei gab er bekannt, daß der Landwirtschaftsrat jetzt durch Befragen von 150 Gemeinden feststellte: die deutsche Landwirtschaft habe nicht nur die 40 Milliarden Bodenrente der Vorkriegszeit aufgegeben, sondern noch einen weiteren Verlust von 700 Millionen erlitten, so daß die Verschuldung jetzt 180 Proz. der Vorkriegszeit betrage.

Abg. Kempf (D. Sp.) betont von neuem, daß die Agrarzölle eingeführt werden müßten, um die deutsche Landwirtschaft vor den niedrigen Preisen zu bewahren, die mit dem Ausbau der ausländischen, namentlich der außereuropäischen Landwirtschaft unweigerlich kommen würden; das gelte sowohl für Getreide wie für Fleisch.

Genosse Hilsberg:

Durch jede finanzpolitische Maßnahme, sei es Inflation, sei es Schutzzoll, könne nichts anderes erreicht werden als eine andere Verteilung des Wertetrags. Die Förderung der Produktion werde damit nicht erreicht. Es gehe auch nicht um Freihandel oder Schutzzoll, sondern um den besten Weg zur Steigerung der Produktivität. Wir sehen in den Hochschützölle auf die Dauer eine Verteuerung der Produktionskosten und damit eine Erschwörung unserer Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Damit werde auch nicht die europäische Zollunion gefördert, sondern nur die Kartellrente der einzelnen nationalen Industrien gesteigert. Die Landwirtschaft solle sich sehr überlegen, ob sie sich nicht den Weg zur Steigerung der Intensität verbaue, indem sie sich durch hohe Zölle die eigenen Produktionsmittel verteuere.

Der beste Weg sei, die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes zu erhöhen, wodurch die Landwirtschaft am besten auch eine Steigert erhalte.

Der Zolltarif sei nicht aufgebaut auf das Schutzbedürfnis der einzelnen Industriezweige, sondern gemacht nach dem politischen Einfluß der einzelnen Interessengruppen. Daher seien auch die Halbstarke stark begünstigt zugunsten der Fertigen, ein Vorzeichen, das im allgemeinwirtschaftlichen Interesse außerordentlich bedenklich sei. In bezug auf die Landwirtschaft sei die Frage entscheidend, ob das jetzige und zukünftig noch werdende Preisniveau genüge, um eine Intensivierung herbeizuführen. Die Ertragssteigerung wäre dauernd gestiegen, nicht nur in Deutschland, dank der technischen, agrarwissenschaftlichen und sonstigen Entwicklung. Daraus erklärten sich die jetzigen, allgemein niedrigen Preise. Aber gerade die Ausführungen und Zahlenangaben des Abg. Richthofen hätten bewiesen, daß die deutsche Landwirtschaft auch während der letzten Krise intensiviert worden sei und daß auch jetzt die Gefahr einer Extensivierung nicht vorliege. Die Preisachse sei geschlossen, und die Zahlen des Abg. v. Richthofen über die Verschuldung der Landwirtschaft wären unmöglich haltbar. Aber darüber müsse sich eben die Regierung äußern, wie zu all den anderen Fragen auch: sie schweie sich leider vollständig aus und überlasse alles dem Ausschuss. Die Landwirtschaft habe weiterhin schon 1924 Kredite in Höhe von 2 bis 2 1/2 Milliarden erhalten, und auf diesem Wege könne ihr auch weiterhin unmittelbar geholfen werden, ganz anders als durch Schutzölle. Großes Gewicht sei weiterhin auf die mögliche Ausschaltung des Zwischenhandels zu legen, worauf die landwirtschaftlichen Vertreter des Ausschusses entgegen ihrer früheren Gewohnheit noch gar nicht ein-

gegangen wären, trotzdem die Preispanne zwischen Hersteller- und Verkaufspreis immer größer, also immer vertieft worden gemorden wäre.

Die Frage der Bereitschafts- oder gleitenden Zölle könne nicht so einfach abgekan werden,

wie es Graf Kanitz getan habe, sondern auch darüber müßten noch Sachverständige gehört werden, namentlich soweit die technische Durchführbarkeit in Betracht komme.

Da es inzwischen bereits mittags 12 Uhr geworden war, aber noch immer fünf Wortmeldungen vorlagen, schlug der Vorsitzende vor, jetzt abzubrechen und am Abend nach der Plenarsitzung weiter zu tagen. Der Abg. Horlacher (Dopr. Sp.) stellte einen entsprechenden Antrag, der von den Deutschnationalen unterstützt wurde.

Genosse Brellscheid widersprach diesen Absichten, da erstens nach dem gestrigen Beschluß neue Wortmeldungen erfolgt seien, vor allen Dingen aber unsere Fraktion schon wichtige Eirungen für den Abend angesetzt habe. Auch die Kommunisten erhoben Einspruch. Der Abg. Dr. Sammers (Z.) erklärte, daß seine Fraktion ebenfalls eine Sitzung für heute abend angelegt habe, daß sie aber zur Beschleunigung der Arbeiten für die Fortsetzung der Ausschusssitzung am Abend wäre. Dementsprechend wurde dann auch von den Regierungsparteien beschlossen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten.

In der Abendstimmung des Zollausschusses wurde zunächst die Beschlußfähigkeit bezweifelt. Der Ausschuss war jedoch knapp beschlußfähig. Von den drei Rednern, die nach dem Wort gemeldet sind, verzichteten zwei, der Kommunist Rosenberg und der Völkische v. Graefe, auf das Wort, der dritte, der Kommunist Hörnie, war nicht anwesend. Da die Rednerliste damit erschöpft war, wurde die Generaldebatte geschlossen. Heute erfolgen die Abstimmungen über die in der Generaldebatte gestellten Anträge.

Deutschnationale Logik.

Die Republik hat immer schuld.

Die gestrige Sitzung des Barmot-Ausschusses des Reichstags war so schlecht besucht, daß der sozialdemokratische Vorsitzende Saenger sich veranlaßt sah, die Fraktionen zu ermahnen, in Zukunft für eine bessere Besichtigung der Sitzungen Sorge zu tragen. So fehlten in der Tat gestern von insgesamt 21 Mitgliedern neun, so daß der Ausschuss beinahe beschlußunfähig gewesen wäre. Darüber zeigt sich nun der berüchtigte Herr Fernandes von der „Kreuzzeitung“ sehr empört und erklärt, „das ganze republikanische Ausschusssystem“ sei damit gerichtet. Bezeichnend ist aber, daß keine Fraktion gestern so schwach vertreten war, wie gerade die der Deutschnationalen, deren fünf Mitglieder mit einer Ausnahme durch Abwesenheit glänzten! Diese Ausnahme war Herr v. Dewitz, der unmöglich fehlen konnte, da er Berichterstatter des Ausschusses ist. Das Verhalten der Deutschnationalen ist um so standesläster, als sie es waren, die doch seinerzeit die Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses beantragt haben.

Ehrenrettungsversuche für Ruhmann und Casparz.

Nicht nur Herr Ruhmann, sondern auch sein Kollege Casparz ist an das Gericht zurückverlegt worden. Die „Deutsche Zeitung“, das Leitorgan der „Fliegerstaffel“, meldet es und dann wird es schon stimmen. Inzwischen erhebt sich in der deutschnationalen Presse ein gewaltiger Proteststurm gegen diesen „beispiellosen Vorgang“. „Deutsche Tageszeitung“, „Kreuzzeitung“, „Deutsche Zeitung“ weisen in Ehrenretterungen für jene ausgezeichneten Männer, die dem Druck der Rintspresse zum Opfer gefallen seien. Die „Kreuzzeitung“ läßt sich sogar von einem Verwandten (?) des Ruhmann bestätigen, daß die bisherigen Vorgelegten Ruhmanns von seinen glänzenden Fähigkeiten überzeugt gewesen seien; ebenso behauptet die „Deutsche Tageszeitung“, offenbar aus gleicher Quelle inspiriert, die Herren hätten niemals auch nur die kleinste Beanstandung ihrer Geschäftsführung durch ihre Vorgesetzten erfahren. Erstens ist das nicht wahr, vielmehr ist ihnen, wenn auch viel zu spät, ernsthafte Mißbilligung ausgesprochen worden; andererseits, selbst wenn es wahr wäre, so würde das nur zur Folge haben müssen, daß man auch gegen diese verantwortlichen Vorgesetzten Maßnahmen ergreife.

China.

Zu grellen Feuern ruft der Gong durch Tag und Nacht.

Der Gelbe Drache ist erwacht.

In Hongkong, Peking, Kanton und Schanghai

Reißt er sich aus den Ketten frei.

Studenten gehen unter seidner Fahnen Schwung,

Glanz im Gesicht, die Herzen jung.

Dem Kuli an dem Tor der sieben Winde

Schwimmt Blut durchs Herz und glüht gefunde,

Und kleine Kinder mit den schrägen Demutaugen,

Die sechzehn Stunden nur zu fremder Arbeit taugen,

Sehn mit im großen Schritt, in Schritt und Tritt,

Die Mädchen aus der Spinnerlei gehn mit,

Die Kulis springen an vom Drachentor,

Sehn in die erste Reihe vor

Und hissen rotes Tuch und schwarzen Flor.

Der Gelbe Drache ist erwacht!

Und brüllt und brüllt jetzt Tag und Nacht,

Der schreie sich der Herren tracht.

Roch hat er Nacht und Todesblut,

Kanonen, Granaten, Landbesitz,

Roch mäht er sich vom Profit,

Den er aus gelbem Leide schnitt:

Jedoch der sich und Blüß zertracht,

Die hohle Nacht stürzt über Nacht,

Geht acht, geht acht!

In China ist das Volk erwacht!

Ray Borthel

Wenn das wahr ist...

Von Paul Gutmann.

In der Berliner Presse fand sich vor einiger Zeit die Meldung, der preussische Kultusminister habe an das Provinzialschulkollegium die Aufforderung gerichtet, den Leitern der höheren Lehranstalten mitzuteilen, daß Auslandsreisen von Schülern nur noch in Ausnahmefällen veranstaltet werden sollen. Das Verhalten der Schüler gebe nicht die Gewähr dafür, daß unser Ansehen im Ausland gewahrt werde. Wenn diese Meldung den Tatsachen entspricht, und ich sehe keinen Grund, daran zu zweifeln, dann sind diese paar Zeilen wichtiger als alles, was von der sogenannten nationalen Presse mitgeteilt wird, um das deutsche Herz höher schlagen zu lassen. Man sollte sie mehr beachten als die Beschreibungen von Festen, auf denen die Bergangeheit gefeiert wird. Denn die deutsche Jugend ist die deutsche Zukunft, und wenn der Kultusminister dieser Jugend ein Mißtrauensvotum erteilt, so wird hiermit der Bankrott der bürgerlichen Erziehungsmethoden überhaupt erklärt.

Auf Schulkongressen ereiferte man sich über die Frage, ob dem Gymnasium oder den Realschulen der Vorzug zu geben sei. Es scheint, als ob weder die Beschäftigung mit den antiken Klassikern noch die mehr realistische Wissensinrichtung geeignet seien, aus deutschen Bürgersöhnen anständig denkende Zeitgenossen zu machen. Der Kultusminister verneint es. Wir haben die Früchte jener, aller höheren Ethik entbehrenden Unterrichtsmethoden ja längst schauernd erblickt. Uns genügt der Rathenau-Vorfall, die Ermordung des Reichsbannermanns Schulz, die beinahe täglichen Ueberfälle auf politisch Andersdenkende, um zu wissen, wie es mit jener Jugend bestellt ist. Der Herr Kultusminister gibt nunmehr die Bestätigung. Zwischen der Ermordung eines der kultiviertesten Europäer und dem lämmelhaften Benehmen im Ausland ist allerdings ein Unterschied. Aber es ist nur ein Unterschied im Handeln, nicht in der Gesinnung. Nationale Ueberhebung, die zur Frechheit wird, Hoß gegen Andersdenkende, Bezeichnung niedriger Motive in bezug auf den politischen Gegner, das sind die gleichen Symptome, die bei den Mordorganisationen wie bei den harmloseren Jugendgruppen zu finden sind. Jene Buben, die, wie bei den letzten Wahlen, wehrlose Passanten überfielen, sind in der Tat keine würdigen Vertreter des Deutschtums im Ausland. Wir zeigen den Fremden mit Stolz unsere technischen Erzeugnisse, wir dürfen aber nicht, wie der Herr Kultusminister meint, unsere Jugend herzeigen.

Kann einem Volk oder vielmehr einer bestimmten Volksschicht ein vernichtendes Urteil gesprochen werden, als es hier geschieht? Wenn der Glaube an die Zukunft ins Wanken gerät, dann ist es schlimm um uns bestellt. Aber genügt es, einen mißratenen struppigen Kötter an der Spitze zu halten? Ist es nicht ratsamer, auf Mittel zu sinnen, um seine Sinnesart zu ändern? Wir bedanken uns gleichfalls für jene üblen Früchte einer verfehlten Erziehung. Nun ist es aber Zeit, das eigene Haus reinzusagen, damit wir es mit Stolz dem Fremden zeigen können. Es ist ein falsches Beginnen, die Fenster eines solchen verunreinigten Hauses zu schliessen, auf daß der üble Geruch den Vorübergehenden nicht in die Nase steige. Wenn der Kultusminister sich wahrhaft um die höhere deutsche Bildung verdient machen will, so nehme er einen handfesten Besen und reinige jenen Augiasstall von allem Mist und Moder einer verderblichen Gesinnung und versuche der Erziehung eine ethische Grundlage zu geben, die unserem deutschen Bildungswesen so gut wie gänzlich fehlt.

Erfolgreiche Versuche mit Bordtelephonie.

Mit einer an Bord des Lloyd-Dampfers „Columbus“ eingebauten Telephonstation sind von deren Erbauerin, der Telefunken-Gesellschaft, in Gemeinschaft mit der Deutschen Betriebs-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie (Debeg) und dem Telegraphen-technischen Reichsamte neue Versuche eines funktelenphonischen Verkehrs zwischen dem auf See befindlichen Dampfer und Landsprechstellen gemacht worden, wobei die drahtlosen Gespräche von der Küstenstation Norddeich aufgenommen und von dort auf das Drahtfernnetz überleitet wurden. Die Versuche erstreckten sich auf

die Herstellung eines sogenannten „Gegensprechbetriebes“, d. h. eines ununterbrochenen wechselseitigen Ferngesprächs eines Teilnehmers an Bord mit einem Teilnehmer eines Ortsanschlusses an Land. Der außerordentliche Vorteil des Gegensprechens gegenüber den bisherigen Versuchen einer funktelenphonischen Verbindung zwischen Schiff und Land besteht darin, daß bisher die an Bord befindliche Station zur Entgegennahme der Antwort vom Land immer erst von Sendern auf Empfang, d. h. von Sprechen auf Hören umgeschaltet werden mußte. Diese an und für sich zwar nur durch einen einzigen Handgriff erfolgende Umschaltung erschwerte aber einen funktelenphonischen Verkehr zwischen See und Land praktisch sehr, da es bei dieser Art des Verkehrs nicht möglich ist, dem Sprechenden in die Rede zu fallen, sondern stets gewartet werden muß, bis der jeweils Sprechende selbst aufhört. Der Gegensprechbetrieb wird dagegen für beide Teilnehmer sich in nichts von einem normalen Ferngespräch unterscheiden, wie es sonst an Land über Drahtfernleitungen vor sich geht. Die bisherigen Versuche an Bord des „Columbus“ haben das Ergebnis gezeigt, daß das Problem des Gegensprechens von Bord an Land und umgekehrt als praktisch gelöst angesehen werden kann. Lediglich bei der Weiterleitung der Bordtelephonie auf die Landdrahtleitungen haben sich noch gewisse Schwierigkeiten ergeben, die aber ebenfalls in kurzer Zeit beseitigt sein dürften.

Die Telefunken-Gesellschaft beschickt nunmehr, in Gemeinschaft mit der Debeg den Einbau und die verkehrswirtschaftliche Inbetriebnahme von etwa 10 derartigen Gegensprechstationen an Bord deutscher Ueberleeddampfer. Man hofft mit den eingehenden Erprobungen bis Frühjahr 1926 soweit zu gelangen, daß im Sommer 1926, d. h. in etwa einem Jahre, ein telephonischer Verkehr mit hoher See via Norddeich mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit aufgenommen werden kann.

Der Regent von Nürnberg. Die Sitzungen des Nürnberger Stadtrats sind ja ob ihrer Zwischenfälle allmählich hochberühmt geworden. Gewöhnlich geht es recht herb und unflätig zu. Diesmal aber wurde ein Zwischenfall mit heiterer Vorbildung erlebte. Da gibt es nämlich in Nürnberg einen Regent. Und dieser Regent scheint gern zu tanzen. Und deshalb geht er zum Sommerball in den Stadtpark. Die Fraktion Schwarz-Weiß-Rot des Stadtrats war nun darob maßlos empört: ein Regent in Nürnbergs Stadtpark! Ein Regent tanzt mit Nürnbergs Frauen! Und man stellte den Antrag, daß dem Regent von Nürnberg verboten werde, in den Stadtpark zum Sommerfest zum Tanz zu gehen. Aber dieser Regent stammt aus dem ehemaligen Deutschamerica und ist Reichsangehöriger. „Wenn man Kolonien erwirbt, muß man auch die Kolonien tragen“, meinte Oberbürgermeister Dr. Suppe. Und die Konsequenz ist, daß der Regent weiter zum Ball in den Stadtpark darf.

Los von der Gewalt! Unter diesem Titel wird die Internationale der Kriegsdienstgegner ein Handbuch herausgegeben, das zum erstenmal die Entwicklung und die Grundsätze dieser Bewegung umfassend darlegen soll. Das Werk wird in deutscher, englischer und französischer Sprache und in Esperanto erscheinen.

Die Internationale Kinematographenkonferenz, die auf Empfehlung des Völkerbundes zusammengetreten wird, soll am 27. Oktober und an den folgenden Tagen in Paris stattfinden. Aus Deutschland wird vertreten sein.

Das Aufwertungsgefeß.

Schluß der 2. Lesung im Ausschuß.

Der Aufwertungsaußschuß führte am Donnerstag die zweite Lesung des Aufwertungsgefeßes zu Ende. In der ersten Lesung zwischen der ersten und der zweiten Lesung eine vollständige Umgestaltung erfahren hat, bei der sich die rund 20 Paragraphen des Regierungsentwurfs auf 88 vermehrt haben, so findet heute eine dritte Beratung statt, die aber am materiellen Inhalt der gefassten Beschlüsse nichts Wesentliches mehr ändern dürfte.

Mit Bezug auf die Sparkassenguthaben beantragten die Regierungsparteien eine neue Bestimmung, wonach die Aufwertung dieser Guthaben mindestens 12 1/2 Proz. des Goldbeitrages erreichen, möglichst aber dem Aufwertungsgefeß entsprechen soll, der sich für die Anleihen des Schuldners oder seines Garanten ergibt. Da die Aufwertung der im Besitz der Sparkassen befindlichen öffentlichen Anleihen nach den neuesten Beschlüssen 12 1/2 Proz., die der Hypotheken 25 Proz. beträgt, wird der Mindestsatz von 12 1/2 Proz. des Goldmarkwertes der Sparguthaben in der Regel erreichbar sein. Die Bestimmung, daß möglichst der Satz erreicht werden soll, der dem Aufwertungsgefeß für die Anleihen des Schuldners oder seines Garanten entspricht, hat den Sinn, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände, die in der Lage sind, eine höhere Aufwertung ihrer Anleihen als zu 12 1/2 Proz. zu gewähren, auch eine entsprechend höhere Aufwertung der Einlagen bei ihren Sparkassen einbringen lassen sollen. Die Regelung der Aufwertung der Sparkassen ist bekanntlich im übrigen den Landesbehörden vorbehalten, denen im Geheiß gewisse Ermächtigungen erteilt werden. U. a. können die Landesbehörden anordnen, daß Einzahlungen und Auszahlungen in Papiermark, die nach einem bestimmten Stichtag erfolgt sind, bei der Aufwertung unberücksichtigt bleiben. Die Stichtage dürfen jedoch nicht vor dem 15. Juni 1922 (dem Stichtage für die Rückzahlung der Hypothekenaufwertung) liegen. Entsprechend einem von sozialdemokratischer Seite in der ersten Lesung gemachten Vorschlag, wurde auch die Ermächtigung eingefügt, zu gestatten, daß den Schuldner der Sparkassen für die vorzeitige Rückzahlung der aufgewerteten Beträge eine Kürzung der Schuld oder andere Vergünstigungen zugestanden werden können.

Von deutschnationaler Seite wurde versucht, entsprechend einer Eingabe der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die bekanntlich auch Sparkassen unterhalten, den von den Garanten der öffentlichen Sparkassen zur Teilungsmasse zu leistenden Beitrag herabzusetzen oder zu befreien. Abg. Dr. Weber (Soz.) trat diesem Versuch nachdrücklich entgegen, indem er betonte, die Sozialdemokratie könne nicht zulassen, daß die ohnehin geringe Aufwertung der Einlagen der kleinen und kleinsten Sparer in Rücksicht auf die Konkurrenz der Genossenschaftsparkassen noch weiter herabgedrückt würden.

Bei den Ansprüchen, die nicht als Vermögensanlagen gelten und daher der individuellen Aufwertung unterliegen, wurde der sozialdemokratische Antrag, Ansprüche auf Entfruchtung einer Erbpacht einzubeziehen, abgelehnt, ebenso der Antrag, den Guthaben bei Fabrik- und Wertsparkassen die Einlagen des Arbeitnehmers bei seinem Arbeitgeber gleichzustellen, also beide individuell zu behandeln. Von Staatssekretär Joel wurde auf Anfrage ausdrücklich festgestellt, daß Konten keine Vermögensanlagen sind, sondern Ansprüche an gegenwertigen Beträgen, die nicht der begrenzten, sondern der Aufwertung nach Treu und Glauben unterliegen.

Eine lebhaft erörterte rief der Antrag Schetter (S.) hervor, der Vorbericht des § 63: „Soweit zum Zwecke der Versorgung von Arbeitern oder Angestellten eine Versicherung abgeschlossen ist, bleiben etwa daneben bestehende Versorgungsansprüche aus dem Anstellungsverhältnis unberührt“, nach dem Satz anzufügen: „Ist der Arbeiter oder Angestellte bei seinem Arbeitgeber versichert, so gilt die Versicherung als eine Leistung aus dem Dienstvertrage.“ Die praktische Konsequenz dieses Antrages würde sein, daß Ansprüche an eine Versicherung dieser Art der gesetzlich unbegrenzten Aufwertung unterliegen würden. Die Regierung und die Parteien der Rechten bekämpften den Antrag aufs schärfste, weil von der Rechtsprechung die Frage, ob hier ein Versorgungsanspruch statt eines Versicherungsanspruches vorliegt, bereits verneint worden sei. Da der Antragsteller nur die Unterstützung der Sozialdemokraten und Kommunisten fand, wurde sein Antrag abgelehnt und ein Antrag Hergt angenommen, der den in Frage kommenden Angehörigen nichts nützen wird.

Wie in der ersten, so sagte sich auch in der zweiten Lesung Genosse Weber für die Rechte der Angestellten nachdrücklich ein.

Mit Bezug auf die Aufwertung der Bankguthaben kündigte Abg. Reil fürs Plenum den Antrag auf Aufwertung langfristiger Guthaben an. Ein geringfügiges Zugeständnis wurde in diesem Punkte gemacht durch Annahme eines Antrages Schetter (S.), wonach Darlehnsansprüche gegen Banken wie Vermögensanlagen zu behandeln sind, wenn sie aus einer ehemaligen Geschäftsbeteiligung stammen und mindestens fünf Jahre bestehen.

Eingefügt wurde noch eine Bestimmung, nach der ein Einkommen aus aufgewerteten Ansprüchen bis zum Betrage von 180 M. jährlich bei der Gewährung öffentlicher Unterstützungen (Altenrentnerfürsorge) außer Ansatz bleibt.

Von den Kommunisten, deren Tätigkeit während der letzten Wochen darin bestand, den sozialdemokratischen Anträgen zuzustimmen oder diese Anträge durch Einfügung höherer Ziffern zu übertrumpfen, wurden im letzten Augenblick noch eine Anzahl Reformanträge gestellt, die die gründliche Vorbereitung und Durchsicht vermissen ließen und der Ablehnung verfielen.

Serede um Preußen.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt:

Die „Mote Bahne“ weist wiederum von Verhandlungen über die Regierungsumbildung in Preußen zu melden, an denen Ministerpräsident Braun nach wie vor beteiligt sei. Hierzu ist festzustellen, daß Ministerpräsident Braun gegenwärtig keinerlei Verhandlungen über eine Regierungsumbildung führt und auch keinen Anlaß zu derartigen Verhandlungen sieht.

Die Hauszinssteuer in Preußen.

Ablehnung des Regierungsantrags im Staatsrat.

Im Mittelpunkt der Donnerstagsitzung des Preussischen Staatsrats stand die geplante Erhöhung der Hauszinssteuer, die nach dem Vorschlag der Regierung am 1. August und am 1. Oktober d. J. eine Erhöhung um je 6 Proz. erfahren sollte. Die Erhöhung am 1. August sollte zu einem Drittel dem Staate und zu zwei Dritteln den Gemeinden, die Erhöhung am 1. Oktober in vollem Umfange dem Staate zustehen. Der Hauptauschuss des Staatsrats hatte beschloffen, der Vorlage nicht zuzustimmen, da die Hauszinssteuer ihrer Natur nach als Steuer für allgemeine Zwecke nicht geeignet sei. Es wurde ein Eventualantrag eingebracht, der eine einmalige Erhöhung um 8 Proz. für den Fall vorsehe, daß der Preussische Landtag die Notwendigkeit der Erhöhung der Hauszinssteuer überhaupt anerkennt. Von diesen 8 Proz. sollen 4 Proz. ausschließlich für die Neubautätigkeit Verwendung finden, 3 Proz. den Gemeinden und 1 Proz. dem Staat zustehen. Der Finanzminister erklärte sich mit der Erhöhung von nur 8 Proz. einverstanden, wünschte aber, daß für die Neubautätigkeit nur 2 Proz. für die Gemeinden und den Staat je 3 Proz. zur Verfügung gestellt werden. Anders könne er das zu erwartende große Defizit im Staatshaushalt nicht decken. Der Staatsrat lehnte aber die Vorschläge des Finanzministers ab und bestätigte den Beschluß seines Hauptauschusses.

Gewerkschaftsprotest gegen Zollwucher.

Beschluß des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes faßte in seiner Sitzung vom 1. Juli folgende Entschließung:

Als Vertreter der in der Eisen- und Metalle erzeugenden und verarbeitenden Industrie beschäftigten Arbeiter erhebt der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schärfsten Einspruch gegen die von der deutschen Regierung dem Reichstag unterbreitete Zolltarifvorlage. Die in dieser Vorlage hervorretretenden schutzzöllnerischen Bestrebungen tragen nicht zu einer Gesundung der Wirtschaft bei, sondern schädigen dieselbe aufs schwerste. Die An-

Arbeiter Berlins!

Die Sozialdemokratie kämpft im Interesse des gesamten Proletariats einen schweren Kampf gegen die drohenden Brotwucherzölle. Sie hat die gesamte Arbeiterschaft zu gemeinsamer Abwehr aufgerufen.

Die überfüllten Versammlungen vom vergangenen Dienstag waren ein Beweis dafür, daß die Arbeiter der Sozialdemokratischen Bewegung die von den Kommunisten planmäßig unternommenen Störungsversuche. Die Kommunistische Partei, die vorgibt, für die Einigkeit der Arbeiterschaft einzutreten, hat sich nicht gescheut, zur Freude der Schutzgänger und Protokollanten unsere Versammlungen zu stören.

Wenn ihr das nicht gelungen ist, so deshalb, weil die Arbeiter und Arbeiterinnen es satt haben, sich von einer Schutztruppe der Reaktion, die sich kommunistisch nennt, weiterhin belästigen zu lassen.

Die Kommunistische Partei, die Hindenburg zum Siege verhelfen hat, die Kommunistische Partei, die gemeinsam mit den Deutschnationalen die Preußenliste herbeiführte, dieselbe Kommunistische Partei schert sich nicht, jetzt Helfersdienste zu leisten für Großgrundbesitzer und Industriemagnaten.

Eine Partei, die so mit den Arbeiter- und Konsumenteninteressen umgeht, ist von der ganzen Arbeiterschaft gerichtet. Mit den Vertretern dieser Partei des Arbeitererrats gibt es keine Kampfgemeinschaft.

Unsere Versammlungen dürfen nicht zum Tummelplatz dieser Leute werden! Jede von uns bisher gewährte Diskussionsfreiheit wurde von den Kommunisten dazu mißbraucht, einen ruhigen und sachlichen Verlauf unserer Versammlungen unmöglich zu machen. Dagegen setzen wir uns zur Wehr.

Die jüngsten Erfahrungen bestimmen uns offiziell zu erklären, daß die Vertreter der Kommunistischen Partei in sozialdemokratischen Versammlungen nicht mehr das Wort erhalten.

Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam, damit die kommunistische Zentrale sich danach richtet. Die irreführenden kommunistischen Arbeiter seien hiermit gewarnt, sich weiter gegen ihre sozialdemokratischen Klassengenossen mißbrauchen zu lassen.

Wir brauchen Geschlossenheit und Einigkeit in einem harten Kampf. Wir sind nicht gewillt, uns diesen Kampf ersparen zu lassen von einer Partei, die auch diesmal wieder, wie bisher noch immer, der Reaktion Zuhälterdienste leistet.

Der Bezirksvorstand der SPD. Groß-Berlins.

Die Annahme dieser Vorlage bedeutet eine erhebliche Verteuerung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, drückt das Lebensniveau der breiten Volksmassen weiter herab, mindert deren Kaufkraft und führt damit zu einer weiteren Schwächung des Inlandsmarktes. Die Annahme dieses Schutzolltarifes würde ferner in anderen Ländern Gegenmaßnahmen hervorrufen, unsere Handelsbeziehungen stören, den Abfluß deutscher Waren auf dem Weltmarkt erschweren und zu neuen Krisen beitragen.

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ruft die werktätigen Massen zur einmütigen und schärfsten Bekämpfung dieser die deutsche Industrie, die Gesamtwirtschaft und damit das Volk schädigenden Zolltarifvorlage auf. Von der Volksvertretung ist die Ablehnung dieser Vorlage zu verlangen.

Aus dem sächsischen Landtag.

Deutschnationales Mißtrauensvotum gegen den Finanzminister abgelehnt.

Dresden, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag stand im sächsischen Landtag ein deutschnationales Mißtrauensvotum gegen den Finanzminister zur Beratung. Die günstige Entwicklung der sächsischen Staatswerte ist der deutschnationalen Fraktion schon lange unangenehm. Sie behauptet, ohne dafür einen Beweis zu erbringen, daß die Staatsbetriebe die Steuer erhöhen. Der Minister bewies seinen Gegnern das Gegenteil und erklärte, daß das Mißtrauensvotum nicht eingebracht wurde, weil die Staatsbetriebe zu schlecht, sondern zu gut arbeiten. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion ließ dem Minister und seinem Mitarbeiter durch den Genossen Schurig den Dank für ihre erfolgreiche Tätigkeit aussprechen. Die Minderheit schickte den Genossen Liebmann vor, der sich dem Mißtrauensvotum der Deutschnationalen, wenn auch aus anderen Gründen, angeschlossen. Der Antrag wurde schließlich mit den Stimmen der Koalitionsparteien abgelehnt.

Gegen Wahlterror.

Keine öffentliche Bekanntgabe der Nichtwähler.

In einem Rundschreiben des Preussischen Innenministers werden die Gemeindebehörden, einer Mitteilung des Amtlichen Preussischen Pressedienstes zufolge, darauf hingewiesen, daß es mit den zurzeit geltenden Wahlrechtsvorschriften unvereinbar ist, wenn eine Gemeinde nach einer öffentlichen Wahl oder Abstimmung die öffentliche Bekanntgabe der Personen beschließt, die von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Eine solche Maßnahme würde auf mittelbare Einführung der Stimmpflicht hinauslaufen, die bisher von den Parlamenten abgelehnt worden ist. Das Verfahren bei öffentlichen Wahlen und Abstimmungen ist durch die einschlägigen Gesetze und die zu ihnen ergangenen Ausführungsmaßnahmen erschöpfend geregelt. Nach diesen Bestimmungen besteht nach Abschluß einer Wahl weder ein Anspruch der Parteien auf Einsicht in die Stimmlisten, so daß die Möglichkeit einer Feststellung der Personen, die von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht haben, auf diesem Wege entfällt, noch kann von Amts wegen eine Bekanntgabe der Namen der Nichtwähler angeordnet werden.

Pangalos bann die Verschwendung — er hat beschloffen, mehrere Tausend Maschinengewehre und zahlreiche Flugzeuge zu bestellen.

Die holländischen Wahlen.

Amsterdam, 2. Juli. (W.T.V.) Nach dem vorläufigen nicht-offiziellen Ergebnis der Wahlen zur zweiten Kammer verteilten sich die Abgeordnetenmandate auf folgende Parteien: Römisch-katholische Staatspartei 30 (1922 32 Sitze), Antirepublikanische Partei 13 (16), Christliche Partei 11 (11), Protestantische Reformpartei 1 (0), Sozialdemokratische Partei 24 (20), Liberale Partei (Freiheitshand) 9 (11), Freisinnige Demokraten 7 (5), Agrar-Partei 1 (2), Katholische Volkspartei 1 (0), Protestantische Volkspartei 1 (0), Kommunistische Partei 1 (2). Die jetzige, aus den drei großen Rechtsparteien bestehende Regierungskoalition hat also mit 54 Sitzen die absolute Mehrheit behalten.

Vertrauensvotum in Belgien.

Brüssel, 2. Juli (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer sprach am Donnerstag der Regierung Poullet mit 123 gegen 37 Stimmen bei 15 Stimmentzählungen das Vertrauen aus. Für die Regierung stimmten alle Sozialisten und die große Mehrheit der Katholiken; dagegen alle Liberalen, die Abgeordneten der Frontpartei, die Kommunisten und 7 katholische Reaktionäre; 15 katholische Konseroative enthielten sich der Abstimmung. Damit hat die Regierung ihre erste Feuerprobe bestanden. Aber hinter den Kulissen spielten sich am Mittwoch und Donnerstag Dinge ab, die das Leben des Kabinetts ernstlich bedrohten. Es handelt sich um das Frauenstimmrecht für die Provinzparlamente. Die Regierungserklärung schwieg darüber abfällig, da diese Frage einen Konfliktstoff bildet zwischen der Mehrheit der Sozialisten und den Katholiken. Die konseroativen Katholiken kündigten für die kommende Behandlung des Wahlgesehes einen Vorstoß zugunsten des Frauenstimmrechts an. Die große Mehrheit der Sozialisten, die von dem Provinzialfrauenstimmrecht den Verlust ihrer Mehrheiten in den Provinzparlamenten von Lüttich und Hennegau befürchten, protestierten gegen diese Absicht und bezeichneten sie als Treubruch. Sie entzogen gleichzeitig eine Abordnung zum Ministerpräsidenten Poullet, ohne von ihm eine befriedigende Zusicherung zu erhalten. Unter diesen Umständen entschloß sich die sozialistische Fraktion nur sehr schwer und nur bedingt zum Vertrauensvotum. Eine neue Krise bei Behandlung des Frauenstimmrechts ist nicht ausgeschlossen.

Vandervelde über die Räumungsfrage.

Der belgische Außenminister Genosse Vandervelde nahm am Mittwoch im Verlauf der Kammerdebatte über die Regierungserklärung ebenfalls das Wort. Er führte u. a. aus:

„Was die Politik gegenüber Deutschland anbelangt, so werde ich nicht, wie einige meiner Vorredner befürchten, der Versuchung unterliegen, die Kräfte der deutschen Demokratie zu hoch einzuschätzen. Aber die Frage ist berechtigt, ob Herr Jasper, als er das Außenministerium leitete, diese Demokratie nicht unterschätzt hat und damit die Kräfte jener, die jenseits des Rheins eine imperialistische Revanchepolitik treiben mochten, nicht überschätzt hat. Herr Devezze fragt mich: „Werden wir nicht die Rheinbarriere zu früh aufgeben?“ Was heißt das: die „Rheinbarriere“? Es kann sich zunächst nur um die Räumung der Ruhr und der Kölner Zone handeln. In dieser Frage wird die Regierung die Politik ihrer Vorgänger fortsetzen. Die Ruhrfrage ist in London entschieden worden, und am 16. August gaben die Herren Herriot, Theunis und Hymans eine Erklärung ab, wonach das Ruhrgebiet innerhalb eines Jahres geräumt werden würde, sofern Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nachkomme. Wohlja, die Reparationskommission hat vor einigen Tagen erklärt, Deutschland sei seinen Reparationsverpflichtungen, so wie sie im Dawes-Plan festgesetzt sind, getreu nachgekommen. Im Verfolg dieser Erklärung hat die französische Regierung bei der belgischen angefragt, ob diese damit einverstanden ist, daß dem Deutschen Reich ein Beweis des Wohlwollens gegeben und die Ruhr vor dem 16. August geräumt wird. Die belgische Regierung hat auf diese Anfrage der französischen Regierung bejahend geantwortet. Was jedoch die Kölner Zone anbelangt, so erklärte die Kontrollkommission, daß die deutschen Verpflichtungen in bezug auf die Entwaffnung nicht erfüllt seien. Folglich, ehe diese erste Zone geräumt werden kann, muß Deutschland seine vertraglichen Verpflichtungen über diesen Punkt, wie sie in der letzten Note der Alliierten an Deutschland umschrieben sind, erfüllt haben. Wenn das geschehen ist, dann wird die Kölner Zone geräumt. Das dürfte ein glücklicher Tag werden, denn an jenem Tage wird ein großer Schritt in der Richtung des Weltfriedens getan sein.“

Gegen den Marokkokrieg.

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Eine Reihe bekannter Schriftsteller und Intellektueller unter Führung von Henri Barbusse veröffentlichten einen scharfen Protest gegen die Fortführung der Feindseligkeiten in Marokko. Der Aufruf unterstreicht den imperialistischen Charakter der militärischen Aktion und warnt vor internationalen Folgen, die dieser Kolonialkrieg auszulösen drohe. Er wendet sich weiterhin gegen die Geheimdiplomatie, die man im Versailler Vertrag abgeschlossen hat. Außerdem protestiert der Aufruf gegen die Grausamkeiten, die von beiden Seiten auf dem marokkanischen Kriegsschauplatz verübt wurden und fordert das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der Völkerbund möge durch sofortiges Eingreifen zugunsten eines Friedensschlusses seine Existenz rechtfertigen. Dieser Aufruf, der der gesamten Presse zugänglich ist, wurde bisher nur von „Humanité“ und „Coe Nouvelle“ veröffentlicht.

Sonderbares aus Sondershausen.

Ober: Warum hält der Herr Staatsanwalt die Robe zu?

Aus Sondershausen wird uns geschrieben: In der Verhandlung gegen drei Parteigenossen, die sich am Mittwoch wegen angeblichen Meineides vor der hiesigen Strafammer zu verantworten hatten, fiel es allgemein auf, daß der antretende Staatsanwalt andauernd seine Robe ängstlich zusammenhielt. Jedermann fragte sich: was birgt er unter dem Gewande? Sollte der Herr Staatsanwalt eine Blöße zu verhehlen haben, gleichwie Susanne im Bade? Plötzlich ging einmal die Robe auf! Und was zeigte sich? Ein richtiggehendes oder richtiggehendes Stahlhelmauszug! Der Verteidiger, Genosse Dr. Rosenfeld-Berlin sprang auf und erklärte, er sei nicht gefonnen, unter dem Zeichen des Stahlhelms zu verhandeln. Er forderte die Entfernung dieses monarchistischen Abzeichens aus der Verhandlung eines von der Republik eingeführten Gerichtshofes. Allgemeine Verwunderung! Man mußte am Richterisch nicht recht, was man machen sollte. Da — erhob sich schließlich der Staatsanwalt und — mit einer nicht zu beschreibenden Gebärde nahm er den Stahlhelms von seiner Brust und ließ ihn in die Tiefen seines Gewandes verschwinden. Man kann sich vorstellen, welche moralische Eroberungen die republikanische Justiz mit diesem stahlhelmben Staatsanwalt gemacht hat, und welches Vertrauen unsere angeklagten Genossen, deren Prozeß übrigens verlagert wurde von der „objektivsten Behörde der Welt“ entgegenbringen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Wortbruch der Regierungsparteien. Protest des ADB.

Der erweiterte Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat in seiner Sitzung vom 1. Juli folgende Entschliessung zur Befolgsfrage einstimmig angenommen:

„Der Reichsfinanzminister hat die Befolgsänderung vom November 1924, gemessen an den wirtschaftlich berechtigten Bedürfnissen der Beamtenschaft, selbst als unzulänglich bezeichnet und die Unmöglichkeit einer weitgehenden Aufbesserung lediglich mit den schlechten Finanzverhältnissen des Reichs begründet. Bei der Beratung des Etats zeigte sich jedoch, daß die Kassenverhältnisse des Reichs es damals wohl gestatteten, die Forderungen der Beamtensorganisationen zu erfüllen, wenn der Wille dazu vorhanden gewesen wäre.“

Die politischen Parteien haben ausnahmslos versprochen, diesen von ihnen als durchaus ungerichtet gekennzeichneten Zustand im neuen Reichstag schnellstens zu beseitigen. Trotzdem haben die Regierungsparteien es bis heute, im Laufe von sechs Monaten, dauernd verhindert, daß der in erschreckend großer Not lebenden unteren und mittleren Beamtenschaft auch nur die geringste Aufbesserung ihrer Bezüge zuteil geworden ist. Sie bemühen sich vielmehr, auch gegenwärtig noch durch ihre verzögernde Taktik die Verwirklichung der bescheidensten Vorschläge und Anregungen zu verhindern, in enger Anlehnung an die Regierung, die in ihren Denkschriften zum Ausdruck gebracht hat, daß sie eine Erhöhung der Beamtenebezüge ablehnt.

Der erweiterte Vorstand des ADB erhebt hiergegen scharfen Protest. Er stellt fest, daß die Reichsregierung und die Regierungsparteien sich die unsoziale Denkwelt des privaten Unternehmertums völlig zu eigen gemacht haben

und unter kritischer Befolgung privatkapitalistischer Methoden sich bemühen, die Lebenshaltung der Beamten, sowie der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft auf einem unerhöht tiefen Niveau zu erhalten und dadurch die volkswirtschaftlich und technisch falsche Produktionspolitik zu decken.

Die Lebenshaltungskosten sind von Monat zu Monat gewachsen, der Lebenshaltungssindex von 135,7 im Durchschnitt des Monats Mai ist auf 138,5 im Durchschnitt des Monats Juni, d. h. also um 2,1 Prozent gestiegen. Diese Steigerung ist im wesentlichen durch das Anziehen der Preise für Ernährungsmittel hervorgerufen worden, und eine große Anzahl von Waren, die für die Lebenshaltung in erster Linie in Frage kommen, haben eine noch stärkere Steigerung erfahren. Ungeachtet aber dieser Tatsache trägt die Regierung in unangenehm einseitigem Interesse des Unternehmertums durch Schaffung immer neuer Posten auf den einzelnen Gebieten des täglichen Lebens sorgfältig dazu bei, daß die Arbeitnehmerschaft, dieser wichtigste und edelste Bestandteil der deutschen Wirtschaft, einer völligen Verelendung zugeführt wird.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund verlangt, daß mit dieser staatsgefährlichen Politik endlich ein Ende gemacht wird und erwartet, daß alle Parteien endlich dazu übergehen, ihre Versprechungen zu verwirklichen und der Beamtenschaft der unteren und mittleren Befolgsgruppen eine ausreichende Erhöhung ihrer Bezüge unverzüglich beschaffen.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund fordert von allen verantwortlichen Instanzen, nach den Grundsätzen wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit zu handeln und warnt eindringlich vor der Gefahr, daß das bereits stark erschütterte Vertrauen der Beamtenschaft völlig untergraben wird.“

Zum Abbau bei der Reichsbahn.

Die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft teilt mit:

In letzter Zeit werden in der Deffektivität Personalausstattung bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft erwartet. Wie wir uns selbst überzeugt haben, sind diese Nachrichten z. T. entstellend, z. T. direkt unrichtig. Herr Generaldirektor Defer ist von seinem längeren Urlaub in gutem Gesundheitszustand zurückgekehrt und nimmt die Geschäfte des Generaldirektors mit voller Energie wahr, so daß die Erörterung einer evtl. Nachfolgerschaft durchaus möglich ist. Sie wird es um so mehr, als Generaldirektor Defer sich zu seiner Unterstützung einen ständigen Vertreter, den Präsidenten Dorpmüller von Essen, herangezogen hat.

Alfo Herr Defer ist nicht fallgestellt. Er nimmt die Geschäfte „mit voller Energie“ wahr. Und eben deswegen hat er jetzt „einen ständigen Vertreter“. Solange er krank war, brauchte er keinen. Nun er aber gesund ist und wieder seine „volle Energie“ besitzt, muß er einen ständigen Vertreter haben. Der Verfasser dieser Notiz versteht es, die drolligsten Dinge mit ernstester Miene zu sagen.

Metallarbeiterverband auf dem Vormarsch. Gegen Zolltarif, für Achtstundentag.

München, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes — etwa 100 Vertreter aus allen Reichsgebieten — tagte am 29. Juni und 1. Juli in München. Genosse Dittmann hielt ein eingehendes Referat über die Arbeiten und Aufgaben des am 30. August in Breslau beginnenden Gewerkschaftskongresses. Sowohl der Referent wie die Diskussionsredner vertraten die Auffassung, daß sich die Gewerkschaften mehr als bisher mit den Wirtschaftsfragen beschäftigen müssen. Aus diesen und vielen anderen zwingenden Gründen (einheitliche Gewerkschaftsarbeit, Konzentration der Kräfte usw.) wären endlich Industrieverbände notwendig. Schließlich wurde noch der Volksentscheid zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gefordert. Einmütig wurden mehrere Anträge an den nächsten Gewerkschaftskongress zum Beschluß erhoben, in denen es heißt:

1. „Der 12. Deutsche Gewerkschaftskongress befähigt in der Organisationsfrage erneut die vom Leipziger Kongress zum Beschluß erhobene Entschliessung Dittmann, Baepfow, Hufemann, Träger, Haueisen, Thomas, Krause, Müntner, Simon, Schrader und Schumann, die eine Aenderung der bisherigen Gewerkschaftsformen und des damit verbundenen Gewerkschaftsrechtes für notwendig erachtete, und die Schaffung einheitlicher Industrieverbände gefordert hat. Einheitliche Industrieverbände sind das zu erstrebende Ziel. Diesem Zweck soll die Vorlage dienen, die neben allgemeinen Richt-

linien einen Organisationsplan für den Aufbau von Industrieverbänden vorzieht.“

2. „Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeifrage mit gleichzeitiger Sicherung des Achtstundentages und einer dreifachen Schicht in kontinuierlichen Betrieben ist dringend erforderlich. Die Reichsregierung ist jedoch keineswegs bemüht, die Einbringung einer entsprechenden Gesetzesvorlage zu beschleunigen, sondern ihre Verschleppungstaktik tritt immer deutlicher hervor. Der 12. Deutsche Gewerkschaftskongress beauftragt daher den Bundesvorstand, die Reichsregierung zur baldigen Einbringung einer entsprechenden Gesetzesvorlage aufzufordern. Lehnt die Regierung die Einbringung einer Vorlage innerhalb eines zeitlich befristeten Termins ab, dann ist der im Jahre 1924 vom Ausschuss des ADB beschlossene Volksentscheid zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durchzuführen. Zu diesem Zweck müssen alle Kräfte der werktätigen Massen in Stadt und Land mobilisiert werden, um durch eine weltumfassende Bewegung dem Volksentscheid einen Erfolg zu sichern.“

Ueber die Entschliessung zum Zolltarif berichten wir an anderer Stelle.

Ueber Organisations- und Finanzfragen des DMB berichten die Genossen Brandes und Schopf. Der Verband ist über die schwersten Krisenzeiten hinweg. Die vielen und langandauernden Kämpfe mit dem Unternehmertum haben die Organisation trotz schwerer Belastungsproben sowohl äußerlich wie innerlich gefestigt. Allein das erste Quartal dieses Jahres brachte eine Mitgliederzunahme von über 50 000. Auch das laufende Quartal zeigt weitere Fortschritte.

Verbandstag der Hutarbeiter.

Köln, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

In der Donnerstagssitzung des Hutarbeiterverbandes sprach der Hauptvorsitzende Brösche über die Tarifverträge in der Hut- und Filzindustrie. Der Redner wies darauf hin, daß die Unternehmer wieder die Alleinherrschaft im Betriebe erkrönten. Sie laufen jetzt Sturm gegen den Entwurf eines Arbeitsvertrages, obwohl dieser noch bei keiner Instanz beraten worden ist. Vor allen Dingen wenden sich die Arbeitgeber gegen die Arbeitslosenversicherung. Der Redner geht dann eingehend auf die Verhältnisse in der Strohhutindustrie ein. Hier seien zwar die Arbeitgeber noch Anhänger der Tarifverträge, aber diese Stellung ergebe sich lediglich aus wirtschaftspolitischen Interessen. In der Filzhutindustrie lägen die Verhältnisse für die Arbeiter ungünstiger. Die Filzindustriellen seien dem Textilindustriellenverband angeschlossen und demgemäß an die Beschlüsse dieser Organisation gebunden. Die ungünstigsten Verhältnisse seien in der Woll- und Haarkhutindustrie anzutreffen. Hier seien die Arbeitgeber die typischen Vertreter der Tarifvertragsgegner. Schon drei Jahre lang liege der Deutsche Hutarbeiterverband im Kampf mit diesen Arbeitgebern. Der größte Betrieb in der Woll- und Haarkhutindustrie, die Berlin-Gubener Aktiengesellschaft, befinde sich in den Händen von Großkapitalisten der Deutschen Bank und der Darmstädter und Nationalbank. Für diese Gruppen sei natürlich nur das kapitalistische Interesse maßgebend. Aber die Organisation der Hutarbeiter müsse geschlossen den Kampf gegen die Arbeitgeber aufnehmen. Nicht Abbau, sondern Ausbau der sozialrechtlichen Bestimmungen sei das Gebot der Stunde.

An das Referat knüpfte sich eine sehr lebhaft debattierte. Am Schluß wurde eine Entschliessung angenommen, in der es heißt: „Die Hutarbeiter Deutschlands läßt durch ihre gewählten Vertreter erklären, daß sie den Kampf gegen die sozialreaktionären Bestrebungen der Arbeitgeberverbände aufnehmen und Tarifverträge ablehnen, die eine einseitige Bindung nach der Lohn- und Arbeitszeitseite bringen.“

Der Verbandstag stimmte dann der Verlegung des Verbandstages nach Berlin zu. Schließlich wurde der bisherige Vorsitzende wiedergewählt.

40 Jahre Lithographen- und Steindruckerorganisation.

Die Mitgliedschaft Berlin des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe veranstaltete am Mittwoch anlässlich ihres 40jährigen Bestehens und zu Ehren ihrer Veteranen eine Festveranstaltung im Lehrervereinsbau, zu der alle Funktionäre und die Mitglieder, die seit mehr als 25 Jahren dem Verbande angehören, geladen waren. Die Darbietungen der Mitwirkenden, von denen besonders der Kammerjäger Waldemar Henke von der Staatsoper und der Berliner Sängerkorps viel zur Verschönerung des Abends beigetragen haben, gaben im Verein mit dem äußerst geschmackvoll hergerichteten Festsaal der Veranstaltung ein weiches Gepräge. Ungefähr 500 Anwesende folgten den Ausführungen des Genossen Gustav Hoffmann, des Vorsitzenden der Mitgliedschaft Berlin, der die Geschichte und Geschichte des Verbandes aufrollte und in seinen Worten derer gedachte, die in langjähriger Treue zu ihrem Verbande gehalten haben. Er betonte, daß gerade die Mitglieder des Lithographenverbandes sich auch durch die politischen Wirren der Nachkriegszeit nicht haben irremachen lassen und somit die Schlagkraft des Verbandes gewahrt haben. In ergänzendem Sinne sprach auch der Genosse Herbst, 2. Vorsitzender des Verbandes, der besonders im Schluß seiner Rede auf die Bedeutung des internationalen Zusammenchlusses der Arbeiterklasse hinwies, mit dessen Hilfe es nur möglich sei, die kapitalistische Profitwirtschaft durch die sozialistische zu ersetzen. Seine Worte machten auf die Versammelten einen zündenden Eindruck, denn alle erhoben sich und sangen die „Internationale“. Die Veranstaltung, die nur eine Vorfeier für das Sommerfest am Sonnabend in Treptow war, wird bei allen Anwesenden einen unergelichen Eindruck hinterlassen haben.

Konflikt im Kohlenhandel.

Im Berliner Kohlenhandel, wo der Lohnvertrag von den Arbeitnehmern zum 10. Juni gekündigt wurde, ist von dem Schlichtungsausschuss ein Schiedsspruch gefällt worden, der folgende Löhne vorschlägt:

Vom 10. 6. bis 30. 7. pro Stunde 88 Pf., vom 31. 7. bis 27. 8. 90 Pf., vom 28. 8. bis 15. 10. pro Stunde 92 Pf. Am Montag nahmen die Arbeitnehmer zu diesem Spruch Stellung, der einstimmig abgelehnt wurde. Von den Arbeitgebern ist der Spruch ebenfalls abgelehnt worden. (Siehe Versammlungsanzeige.)

Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Gasarbeiter.

Für die in den Berliner Gaswerken beschäftigten Arbeiter, die dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter angeschlossen sind, waren bei Ablauf des Lohnabkommens Forderungen an Erhöhung des Stundenlohnes um 20 Pf. gestellt worden. Verhandlungen zwischen den Direktionen und der Gewerkschaft führten zu keiner

Einigung. Es fanden alsdann am 29. Juni Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss statt. Dieser fällt schließlich folgenden Schiedsspruch:

„Das bestehende Lohnabkommen wird bis auf weiteres verlängert und kann, mit vierzehntägiger Frist, erstmalig am 1. August gekündigt werden.“

Eine Versammlung der Funktionäre der Gasarbeiter, die gestern abend im Verbandsbau stattfand, lehnte diesen Schiedsspruch nach längeren Ausführungen des Branchenleiters Gehrner und nach scharfer Kritik des Verhaltens der Direktionen einstimmig ab. In den nächsten Tagen soll eine allgemeine Versammlung der Gas- und Wasserwerke stattfinden, in der dann alle weiteren Beschlüsse zu fassen sind.

Keine Verhandlungen für die Gemeindearbeiter!

Der Zentralschlichtungsausschuss für Tariffragen der Gemeinden und Kommunalverbände, der sich gestern mit den Forderungen der Gemeindearbeiter der Stadt Berlin befassen sollte, war beschlußunfähig! Die Arbeiter der Berliner städtischen Kammerei- und Regiebetriebe werden zu dem durch die Ablehnung des Magistrats und dem Verlagen des Zentralausschusses geschaffenen Zustand umgehend Stellung nehmen. Das Verlangen des Zentralschlichtungsausschusses muß jedenfalls das größte Bestreben hervorrufen.

Betriebsrätewahl bei der Deutschen Reichspost.

In der Zeit vom 16. bis 18. Mai d. J. fand im gesamten Reichsgebiet die Wahl zum Zentralbetriebsrat der Deutschen Reichspost statt. Sie brachte einen vollen Erfolg für die Liste der freien Gewerkschaften. Es waren zwei Listen aufgestellt: die des Deutschen Verkehrsverbands und die der (christlichen) Deutschen Postgewerkschaft. Im gesamten Reichsgebiet wurden abgegeben für den Deutschen Verkehrsverband 84 302, für die Deutsche Postgewerkschaft 7606 Stimmen. Es sind somit als Mitglieder des Zentralbetriebsrats der Deutschen Reichspost gewählt: 10 Vertreter des Deutschen Verkehrsverbands und ein Vertreter der Deutschen Postgewerkschaft.

Schiedsspruch in der bergischen chemischen Industrie.

Barmen, 2. Juli. (MfB.) Der staatliche Schlichtungsausschuss fällt für die bergische chemische Industrie einen Schiedsspruch, wonach die Löhne des Lohnabkommens vom 11. Februar 1925 um 5 Prozent erhöht werden. Der Lohn der Handwerker über 24 Jahre soll von 69 auf 73 Pf. steigen. Diese Regelung gilt von der laufenden Woche ab und kann mit 14tägiger Frist gekündigt werden. Erklärungsfrist bis einschl. 7. Juli.

Ersparnisse auf Kosten des Personals.

London, 2. Juli. (MfB.) Im Anschluß an die kürzlich abgehaltene Besprechung zwischen den Eisenbahngesellschaften und ihren Angestellten über die Frage der gegenüber dem ersten Rückgang der Verkehrseinnahmen zu erzielenden Ersparnisse an Betriebskosten haben die Gesellschaften nunmehr den Eisenbahngewerkschaften ihre Vorschläge zugehen lassen. Die Annahme dieser Vorschläge würde, wie es heißt, für die Gesellschaften eine sofortige Ersparnis von ungefähr 6 Millionen Pfund jährlich bedeuten. Die Zeitungen weisen darauf hin, daß die Gesellschaften eine einheitliche Kürzung um 5 Prozent am Einkommen sämtlicher Angestellten einschließlich der Direktoren vorschlagen und die jetzt zum Teil nicht oder nur mit beschränkter Arbeitszeit beschäftigten Eisenbahnwerkstätten wieder voll beschäftigen wollen. Das vorgeschlagene neue Abkommen soll zunächst ein Jahr auf Probe gelten.

50 000 belgische Metallarbeiter im Ausstand.

Brüssel, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik der belgischen Metallarbeiter ist allgemein im Hennegau und in Gent. In Brüssel wird zum Teil gestreikt, in Lüttich und Antwerpen wird noch gearbeitet. Die Zahl der Streikenden beträgt rund 50 000.

Die Verhandlungen im englischen Bergbau.

London, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergarbeiter haben am Donnerstag ihre Vorschläge für die Herabsetzung der Löhne dem Exekutivkomitee der Bergarbeitergewerkschaft übermittelt. Am Freitag wird eine Sonderdelegiertenversammlung der Bergleute über das Angebot Beschluß fassen.

Transportarbeiter der Metallindustrie!

Sonntag vormittag 9½ Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Capellen 24/25, Wollenervermittlung oder in der Berliner Metallindustrie Beschäftigten Feder, Paer, Dills, Sol- und Transportarbeiter und -arbeiterinnen. Tagesordnung: Die Kündigung des Lohnvertrages für die Hilfs- und Transportarbeiter der Metallindustrie. Das Mittelortell.

Deutscher Verkehrsband, Section II, Kohlenarbeiter und Ausfuhr. Am Sonnabend abend 7 Uhr im Gewerkschaftsbau, Saal 4, Volksversammlung, in der die Kohlen zu der Bewegung Stellung nehmen.

(Gewerkschaftliches siehe auch 2. Beilage.)

Verantwortlich für Inhalt: Leiter: G.H.H.; Schriftföhrer: Arthur Salzwanz; Gewerkschaftsredner: H. Glöner; Kammerleiter: Dr. John Schützmann; Lokales und Sonstiges: Reichsleiter: Augustin; A. Glöner; Kammerleiter in Berlin: Berlin: Barndt-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Barndt-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3. Die 2. Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Die echten holländischen

POLAK PUFFINGE

Tubel im Haus!
Mändelchen-Schmaus.

ENVER BEY

ENVER BEY

GOLD 518

TULIA 618

Kinderschutz, eine Pflicht der Gemeinde

Unsere Stadtverordnetenfraktion fordert städtische Krippen und Horte.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde gestern mit Eifer und Ausdauer gearbeitet, weil der bevorstehende Ferienanfang zur Erledigung wichtiger Reste drängte. Beschlossen wurde u. a. der Verkauf eines Teiles des Ritterguts Brühl zum Bau von Wohnungen und der Weiterbau der von dem privaten Unternehmer im Stich gelassenen und auf die Stadt übergegangenen Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln. Bei einem Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion, die für das Kranken- und Pflegepersonal die Wiedereinführung des Achtstundentags fordert, brachten die rechtsstehenden Fraktionen es fertig, die Dringlichkeit zu bestreiten. Der Magistratsantrag, dem Evangelischen Krippenverein in Steglitz ein Hypothekendarlehen zu gewähren, führte zu einer Debatte über die Pflicht der Gemeinde, eigene Krippen und Horte zu schaffen. Genosse Kreuziger begründete einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die den Magistrat auf diese Pflicht hinwies. Ein Schulmann von den Deutschnationalen und ein Pastor von der Deutschen Volkspartei bekämpften diesen Antrag, aber er drang mit knapper Mehrheit durch. Heftig stritten die rechtsstehenden Fraktionen samt den Kommunisten gegen einen von den Demokraten und dem Zentrum gestellten Antrag, für die drei sozialdemokratischen Stadträte: Brühl, Schünning und Wuytz eine Gehaltserhöhung zu beschließen. Als Genosse Reimann hier den Kommunisten wieder einmal ein paar unheuerliche Wahrheiten sagte, antworteten sie mit wütendem Lachen. Daß unsere Genossen Brühl, Schünning und Wuytz in ihren Leistungen den sogenannten Fachstadträten nicht nachsehen, vermögen auch die Bürgerlichen nicht zu bestreiten. Die Sitzung endete in Beschlußunfähigkeit. Am Freitag findet die angekündigte Sitzung nicht mehr statt.

In der gestrigen ordentlichen Sitzung der Stadtverordneten erfolgte zunächst die Einführung der neugewählten Frau Stadträtin Kauster durch den Oberbürgermeister Böhm in besonders feierlicher Weise; die Kommunisten nahmen in ihrer Weise an dem feierlichen Akt teil. Sie wurde dann auf die Verfassung vereidigt. Auch der Vorsteher, Gen. Haß, hieß dann das neue Magistratsmitglied namens der Versammlung willkommen. Eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen des Magistrats fand rasche Erledigung: für die Aufstellung eines Holzhauses und einer Viegehalfe auf dem Gelände des Ambulatoriums für tuberkulose Kinder in der Obermader Straße wurden 81 000 M., für eine Zentralheizungsanlage im Gymnasium zum grauen Kloster 61 000 M. bewilligt. Eine Anfrage der Kommunisten knüpfte an den Moskauer Escheprozess gegen die deutschen Studenten Kundermann und Wolschj an und verlangt Auskunft über die etwaige Verwendung städtischer, für das deutsche Studentenwerk hergegebener Gelder im Interesse der Befreiung von Sowjetrußland. Die Anfrage geht an den Magistrat. Hierfür wurde in die zweite Beratung der Vorlage wegen

Verkauf eines Teils des Ritterguts Brühl

eingetreten. Zur Geschäftsordnung verlangte Dörr (Komm.) das Wort, aber nicht, um über Brühl zu reden, sondern um den Vorsteher zu fragen, weshalb der sonst übliche Vermerk über Einführung eines Magistratsmitgliedes auf der Tagesordnung im Falle Kauster unterblieben sei. Es sei ja Geschmacksache, ob man sich auf einen „gestohlenen“ Magistratsstich lege oder nicht; schärfster Protest sei aber einzulegen gegen die schwere Gefesselerhebung, deren sich der Oberpräsident und der Magistrat dadurch schuldig gemacht hätten, daß sie die Vorschrift, wonach die Befegung der unbefohlenen Stadtratsstellen nach der Verhältniszahl der Fraktionen erfolgen mußte, ignorierten. Im Laufe seiner Bemerkungen entfernte sich Dörr gänzlich aus den Schranken der Geschäftsordnung und zog sich wegen des „gestohlenen“ Magistratsstiches einen doppelten Ordnungsruf, später noch einen dritten zu. Der Vorsteher, Gen. Haß, stellte fest, daß er durchaus korrekt verfahren sei; am Montag habe ihm der Oberbürgermeister die Befähigung der Frau Kauster mitgeteilt; am Dienstag

seien die Fraktionen durch den Vorsteher davon verständigt worden, mit dem Zusatz, daß die Einführung erfolgen könne; keine Vorschrift der Städte- oder Geschäftsordnung hindere das. Zum Punkte Brühl sprach niemand. Der Antrag der Gegner des Verkaufs an die Einfamilienhaus G. m. b. H., den Verkaufspreis von 220 auf 250 M. pro Quadratmeter zu erhöhen, wurde abgelehnt, der Verkauf nach den Ausschuhvorschlüssen beschlossen. Dem Weiterbau der UEG-Schnellbahn wurde grundsätzlich zugestimmt und der Magistrat um eine Vorlage für die Finanzierung erucht. Bei der Abstimmung über die Errichtung einer Krankenkasse für die Beamten und Festangestellten der Stadt Berlin fielen die Gegner mit ihrem Antrage auf nochmalige Ausschuhberatung ab; mit großer Mehrheit beschloß die Versammlung im Sinne der Magistratsvorlage nach den Ausschuhanträgen. Die Vorlage wegen Ausführung eines Straßentunnels unter dem Potsdamer Außenbahnhof im Zuge der Rurfürsten- und der Schöneberger Straße ging an den Haushaltsausschuß zurück; zurzeit sind Mittel für dieses Bauunternehmen nicht verfügbar. Frau Klosew (D. Sp.) referierte darauf über die Magistratsvorlage, die

dem Evangelischen Krippenverein in Steglitz 25 000 M. als hypothekarisches Darlehen

zu einem Umbau oder Neubau bewilligen will. Die Ausschuhmehrheit habe die Bewilligung beschlossen, aus parteipolitischen Gründen habe ein Teil der Ausschuhmitglieder die Sitzung verlassen. Nachdem Frau Friedenthal (Dem.) für die Bewilligung eingetreten war und empfohlen hatte, in den Vorstand des Steglitzer Vereins auch den Magistrat und das Bezirksamt Steglitz durch je einen St. zu vertreten, führte Gen. Kreuziger folgendes aus: Im Ausschuh hat man heute, als man einer Mehrheit sicher war, schon nach kaum einer halben Stunde gemeint, nun sei ja alles in erwünschtester Weise geklärt. Wir waren durchaus nicht dieser Meinung; aber die Ausschuhmehrheit hat die Opposition verweigert. Wir haben die Ausschuhpflicht verlassen, um an das Plenum zu appellieren. Den Vorwurf, wir seien gegen die Betreuung der Kinder, brauchen wir nicht noch erst zurückzuweisen, unsere ganze Parteigeschichte beweist das Gegenteil. Wir halten aber gerade hierfür eine generelle organisatorische Regelung für ein unbedingtes Gebot. Es hat keinen Wert, an einzelnen Stellen Versuche mit Krippen u. dgl. zu unternehmen, wir wünschen vielmehr, daß diese Angelegenheit von der Gemeinde in die Hand genommen werde und daß nach einem großzügigen Plan Krippen überall dort, wo sie notwendig sind, errichtet werden. Einen solchen Plan haben wir schon vor einem halben Jahr vom Magistrat verlangt. Wir hören, daß 700 000 M. für diesen Zweck erforderlich sind; was spielen denn diese 700 000 M. bei einem 550-Millionen-Etat für eine Rolle? Es ist doch sinnlos, immerfort mit großer Geistes- und erhebender Stimme für die Kinder, „unser kostbares Gut“, zu demonstrieren, aber im entscheidenden Augenblick zu verstummen, weil kein Geld da sei (Unruhe rechts). Es ist ein Skandal, daß eine Viermillionenstadt ganze drei Kinderkrippen aufzuweisen hat! Wir lehnen die Vorlage ab und verlangen vom Magistrat eine Gesamtvorlage über die Errichtung städtischer Krippen, und bitten um Annahme dieses Antrages. Frau Rosenhol (Komm.) verwarf gleichfalls die Unterstützung der Steglitzer Krippe und beantragte die sofortige Wahl eines Ausschusses. Troll (Nat.) und Kröppel (D. Sp.) verwendeten sich für die Bewilligung des Darlehens. Vor der namentlichen Abstimmung, die beantragt war, erledigte das Bureau in der Befürchtung, daß künstlich die Beschlußunfähigkeit herbeigeführt werden könnte, sämtliche Vorlagen, bei denen eine Wortmeldung nicht vorlag. So wurden 100 000 M. bewilligt für Errichtung einer offenen Abteilung für Rentenkranke bei der Irenanfallt Doldorf; die Aufhebung des Hypotheken-Einigungsamts wurde beschlossen und die Ordnung über die Erhebung von Vorausleistungen für die Wegeunterhaltungen einem Ausschuh überwiesen. In der nunmehr vorgenommenen namentlichen Abstimmung über den Antrag Kreuziger erhielt dieser mit 93 gegen 89 Stimmen die Mehrheit. Damit erledigten sich alle sonstigen Anträge, doch wurde noch längerer Streit auch noch eine Abstimmung über den Antrag der Kommunisten vorgenommen, wobei auch dieser Antrag der Ablehnung verfiel.

Auf Antrag sämtlicher Parteien, ausschließlich der Kommunisten, beschloß die Versammlung, den Antrag unserer Genossen

betr. die Wasserversorgung und die Charlottenburger Wasserwerke einem sofort zu wählenden Ausschuh zu überweisen. Weiter kam ein

Dringlichkeitsantrag Heimann und Genossen

zur Verteilung: „Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, für das tarifliche Krankenpflegepersonal der städtischen Kranken- und Pflegeanstalten entsprechend den Richtlinien für die Arbeitszeit der Schwestern, den Achtstundentag wieder einzuführen“. Der Antrag stieß bei der Rechten auf Widerspruch. (Witze links.) Die folgenden Verhandlungen und Beschlußfassungen vollzogen sich unter wachsendem Lärm und Spektakel in der Versammlung, dessen auch der amtierende Vorsteher-Stellvertreter Dr. Caspari zeitweise nicht Herr werden konnte. Unter diesen Umständen ging bei einer Reihe von Gegenständen der Inhalt der Referate und der Vorlauf der Ausschuhvorschlüsse für die Pressebanc völlig verloren. Zur Aufnahme von Hypotheken für das Bauvorhaben der Potsdamer Heimgärten G. m. b. H. auf den städtischen Grundstücken in Berlin-Weißensee, Trabacher Str. 16/18, und zur Aufnahme erster Hypotheken für Bauvorhaben städtischer Geseilschaften hat der Ausschuh keine Zustimmung erteilt und gleichzeitig beantragt, daß in Zukunft bei ähnlichen Angelegenheiten an Stelle von Pachtverträgen das Erbbaurecht zu wählen ist. Mit großer Begeisterung beistimmte Jedler (Nat.) diese Abstimmung, die vom Gen. Guffenmdt ebenso lebhaft bekräftigt wurde. Die Mehrheit entschied

für das Erbbaurecht.

In Erledigung des Antrages Merzen-Lange hat der Haushaltsausschuß am 2. Juli beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, die Gehälter der Nichtfachstadträte nach Einzelgehalt II festzusetzen. Betroffen werden durch diese Höherstufung die Stadträte Genossen Brühl, Schünning und Wuytz, die auch nach der Auffassung bürgerlicher Kollegen in musterwürdiger Weise ihre Funktionen erfüllt haben und jetzt, nach fünf- bis sechsjähriger Bewährung, endlich den Fachstadträten gleichgestellt werden müssen. Der Ausschuh hat mit 13 gegen 11 Stimmen bei einer Stimmenthaltung diesen Beschluß gefaßt. Von der Rechten war namentliche Abstimmung beantragt. Merzen (Dem.) setzte sich für den Ausschuhantrag ein; Detlefßen (Nat.) warnte vor den Konsequenzen einer solchen Beschlußfassung mit Rücksicht auf die Bezirksbürgermeister und Bezirksstadträte; man dürfe diese ersten Schritt um dieser Konsequenzen willen nicht tun. Lange (Z.) hielt diese Konsequenzen nicht für gegeben; es handle sich hier einfach um die Beseitigung eines jahrelangen Unrechts. Dörr (Komm.) benutzte die Gelegenheit, wieder einmal eine Schimpftatonaade gegen die Sozialdemokratie loszulassen. Als sich Gen. Reimann zum Wort meldete, bezweifelte Dörr die Beschlußfähigkeit. Das Bureau stellte aber die Beschlußfähigkeit fest. Ein von Dörr hierauf gestellter Vertagungsantrag wurde abgelehnt; die Verhandlung nahm ihren Fortgang. Gen. Reimann: Kollege Dörr wird nicht verlangen, daß ich auf seine albernen Ausführungen eingehe. (Dedungsruf.) Wenn die städtischen Arbeiter von den Anträgen der Kommunisten leben sollten, wären sie längst verhungert.

In den Ausschüssen für die Festsetzung der Löhne haben die Kommunisten fast immer durch Abwesenheit gegläut.

(Sturm der Entrüstung bei den Kommunisten. Der Vorsteher ruft eine Anzahl Zwischenrufer zur Ordnung. Es herrscht unbeschreiblicher Lärm.) Hier muß man nach dem Sprichwort urteilen: Wer schimpft, hat unrecht. Die Festsetzung der Löhne haben die Kommunisten fast immer der Sozialdemokratie überlassen. (Lindauernder Spektakel.) Herr Dörr darf versichert sein, daß wir ihm nichts schenken werden. Zur Steuer der Wahrheit stelle ich fest, daß ich in der letzten Sitzung Herrn Merzen gebeten habe, diesen Antrag nicht zu stellen oder ihn zurückzuziehen; er erwiderte, er werde das nicht tun. Und nun haben wir keine Ursache, die Arbeit unserer Stadträte schlechter einzuschätzen als die der Sozialisten; wir werden für den Antrag stimmen. Die Rechte hat zum Teil mit wahrer Wollust den Ausführungen des Herrn Dörr gelauscht. Wir haben doch alle Ursache, soweit wir als ernste Politiker angesprochen werden wollen, diesen Hanswurstdäner nicht derart gegenüberzustellen. (Ordnungsruf. — Heiterkeit.) Nach der neulichen Beschlußfassung zum Gehalt des Stadtbaurats sagte mir Dr. Steiniger: Wenn Sie jetzt eine Erhöhung für Ihre Leute beantragen würden, würde ich mit einem Teil der Fraktion dafür stimmen. Damit hat er eine gerechtere Würdigung der Arbeit der Nichtfachstadträte bewiesen. Es muß schlecht um die Argumente einer Partei bestellt sein, wenn sie glaubt, im Wahlkampf mit so erbärmlichen kleinsten Mitteln Erfolge erringen zu können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Weiter sprachen noch Caspari (D. Sp.) und Perle (Wirtschaftspartei) gegen den Ausschuh-

Die Baumwollpflücker.

Roman von B. Travon.

Copyright 1925 by B. Travon, Columbia, Transatlantic, Mexico.

Als einige der Peons schon soweit waren, aufzustehen, sprangen Antonio und Gonzalo plötzlich auf, warfen ihre großen Hüte hoch in die Luft und begannen mit schrillen Stimmen zu singen:

Es trägt der König meine Gabe,
Der Millionär, der Präsident —

Die Leute hörten sofort auf, an ihren Tieren zu arbeiten und standen stille wie Soldaten nach einem Kommando. Sie wußten nicht, was I. W. W. war, was eine Organisation bedeutet, was eine Klasse sei. Aber der Gesang hämmerte auf sie ein, schmiedete sie zusammen zu einem ehernen Block, und als der erste Refrain wiederholt wurde, sang bereits das ganze Feld. Was vielleicht geschehen könnte, wenn der letzte Refrain beginnt, wußte ich. Ich habe es erlebt.

Der Gesang, so einfüßig und schlicht in seiner Melodie, aber so federnd wie feinstes Stahl in seinem klingenden Rhythmus, steckte mich an. Ich konnte nicht anders, ich begann, das Lied mitzusummen.

„Natürlich! Sie auch!“ sagte Mr. Shine, halb ironisch, halb selbstverächtlich zu mir. „Ich hab's ja gewußt!“

Als der zweite Refrain erklang, mündeten sich die Leute, die bisher zwanglos in einer locken Gruppe bei ihren Maultieren gestanden hatten, alle wie ein Mann zu uns herüber, wodurch der Gesang herausfordernd und persönlich anzüglich wurde.

Mr. Shine sagte nervös nach hinten und knüpfte die federne Revolvertasche auf, machte sie aber gleich wieder zu mit einer Geste der Verlegenheit, die aber ebenföglig auch eine der Scham oder gar der Würchigkeit sein konnte.

„Teufel noch mal,“ rief er dann, „that means business, die scheinen Ernst zu machen.“

„Das machen sie,“ sagte Bei knirschend, „und wenn sie einmal fort sind, haben wir unsere liebe Mühe und Not, sie wieder hereinzuholen.“

„Gut,“ sagte ich, „aber erst von heute an. Das bezahlt ist, bleibt bezahlt, da wird nichts nachgegeben. Mr. Gale, seien Sie doch so gut, bitten, und sagen Sie die Leute herant!“

„Na, was ist?“ fragten die Leute, als sie nahe genug der Wäge waren.

„Also es ist abgemacht,“ sagte Mr. Shine halb erboßt, halb von oben herab, „ich zahle acht für das Kilo, aber —“

Antonio ließ ihn nicht ausreden:

„Und für die schon gekühten Kilos?“

„— zahle ich die zwei Centavos nach. Aber nun auch tüchtig ran an die Arbeit, daß wir den ganzen Bettel noch trocken hereinbringen.“

„Hurra für Mr. Shine!“ schrie Abraham.

„Halts Maul, darned Nigger, du bist nicht gefragt!“ schrie der Farmer wütend.

„Aber was mache ich denn nun mit Ihnen, Mr. Gale,“ sagte Mr. Shine, „Sie bekommen doch schon acht.“

„Ja,“ sagte ich, „da gehe ich halt leer aus, Mr. Shine.“

„Das sollen Sie nicht. Bei einem Mann kommt es mir auch nicht darauf an. Und weil Sie Weißer sind, der einzige Weiße, Sie sollen zehn haben.“

„Mit Nachzahlung?“

„Mit Nachzahlung! Ich bin ein fair businessman. Was stehen Sie noch rum! Machen Sie, daß Sie an die Arbeit kommen. Wir haben, weiß Gott, beinahe eine Stunde verquatscht. Gerade um diese Stunde kann uns der Regen zu früh kommen. Das ziehe ich Euch beiden Rangen ab, da könnt Ihr Gift drauf nehmen,“ wandte er sich seinen Söhnen zu, die gerade dabei waren, die Wäge wieder aufzuhängen.

Zweiter Teil.

10.

So lief der Trost nun weiter die nächsten zwei, drei Wochen. Ohne besondere Ereignisse. Ein Tag wie der andere. Rennen im Trab, Rennen, Essen kochen, Schlafen, Rennen im Trab, Arbeit.

Eines Nachmittags, als ich vom Feld heimkam, ging ich zu Mrs. Shine und fragte sie, ob sie mir ein Kilo Sped verkaufen oder bis Sonntag leihen wollte, da ich vergessen hätte, letzten Sonntag welchen mitbringen zu lassen.

„Können Sie haben, Mr. Gale, gegen Bezahlung oder Rückgabe, ganz wie Sie wollen.“

„Gut,“ sagte ich, „dann gegen Bezahlung. Mr. Shine kann es mir ja am Samstag anrechnen.“

„Gut,“ und sie eben dabei, den Sped abzuwiegen, kam Mr. Shine von der Stadt zurück, wo er seine Post abgeholt und einige Bedarfsmittel eingekauft hatte.

„Da sind Sie ja gerade wie gerufen, Mr. Gale,“ sagte

er zu mir, als er ins Zimmer trat. „Ich habe einige Neuigkeit für Sie.“

„Für mich? Woher soll die wohl kommen?“

„Direkt aus der Stadt. Im Store traf ich den Manager von Camp 97. Ich sah da und trant gerade eine Flasche Bier nach der andern. Er war in großen Rößen. Da haben sie im Camp ein kleines Masseurchen gehabt. Beim Auswechseln von Achterrohren gegen Zehner hat ein Rohr ausgefallen und dem einen Driller den rechten Arm böse gequetscht, weil einer von den Indianern wieder mal nicht aufgepaßt und rechtzeitig zugepaßt hat. Der Driller ist ein tüchtiger, erfahrener und verlässlicher Bursche, den sie nicht gehen lassen wollen. Nun suchen sie einen guten Ersatzmann für drei bis vier Wochen. So lange wird es wohl dauern, bis der Mann wieder arbeiten kann. Aber sie sind jetzt gerade an einem heißen Punkt. Sie sind auf siebenhundert Fuß und sind auf Behm, und wenn sie jetzt keinen guten Driller bekommen, dann können sie vielleicht eine Knickung in der Bohrung erleben. Na, und was das bedeutet, was das für Scherereien, Zeitverlust und Kosten verursacht, das wissen Sie ja selbst, Sie haben ja in den Fjelds gearbeitet. Das gibt allemal den Sack für die Driller und Looddresser, manchmal für das ganze Camp.“

„Weiß ich,“ erwiderte ich, „tann dem besten Mann passieren, wenn man noch so sehr aufpaßt. Ein Stein, den der Satan gerade dort hingeworfen hat, wo man ihn am allerwenigsten vermutet, kann zwanzigtausend Dollar kosten.“

„Rag sein, davon verstahe ich nichts,“ wandte Mr. Gale ein. „Nun ist der Manager in Sorge, was er machen soll. Er hat schon eine Schicht selber gearbeitet, aber auf die Dauer geht es nicht. Telegraphiert er nun zur Kompagnie, dauert es immerhin drei bis vier Tage, bis er den Mann hier hat. Und ab er einen Mann kriegt, wie er ihn braucht, weiß er auch nicht. Denn ein tüchtiger Mann nimmt für drei Wochen nichts an, weil er dadurch vielleicht eine andere Stellung, wo er sechs Monate in Sicherheit hat, verpassen kann. Ich habe nun zu dem Manager gesagt: „Well,“ habe ich gesagt, „Sie sind just der Mann, auf den ich gewartet habe, Mr. Bertley.“

„Aber, ich weiß noch immer nicht, was ich eigentlich damit zu tun habe.“

„Da warten Sie mal ab,“ ab,“ was kommt. In drei, höchstens vier Tagen haben wir die Baumwolle drin. Was wollen Sie denn dann machen?“

(Fortsetzung folgt.)

trag und Gehmann (Komm.) suchte nachzuweisen, daß Reimann mit seiner Behauptung in betreff der Arbeiterlöhne die Unwahrscheinlichkeit dem Ausschuss zurückzugeben, brachte in namentlicher Abstimmung nur 87 abgegebene Stimmen; damit war die Beschlussfähigkeit konstatiert. Der Vorsteher hat nunmehr von seinem geschäftsmäßigen Recht Gebrauch, indem er die event. für Freitag einberufene Sitzung aufhob und die Verammlung mit freundlichen Grüßen und Wünschen in die Sommerferien entließ. Schluß 11 Uhr.

Freiherr von Egloffstein.

Er sagt an . . .

Freiherr von Egloffstein alias Dertel hat viel von sich reden gemacht. Nun hat er durch seinen theatralischen Selbstmordversuch vor Gericht noch einmal aller Augen auf sich gelenkt. Wer den „stolzen Adelsprossen“ in seinen vielen Verhandlungen aufmerksam beobachtet hat, der mußte eigentlich mit einem solchen Ausgang des Angeklagten rechnen. Ein „Freiherr von Egloffstein“ — wenn sein Beruf auch der eines Hochstaplers ist, oder vielleicht gerade darum — verschwindet nicht so ohne weiteres in der Berührung.

Der Sohn eines einfachen, aber ehrlichen Mannes, namens Dertel zu sein, lehnt der Freiherr ab. Denn erstens ist er wirklich adeliger Abstammung, zweitens kann man mit so einem gewöhnlichen bürgerlichen Namen nichts anfangen. Auch heute noch nicht im Zeitalter — der Republik! Der geradezu widerwärtige Kampf eines Hochstaplers um Anerkennung seiner adeligen Vorrechte muß zu denken geben. Dieser Mann, der mit sicherem Blick die Schwächen der Menschheit erkennt, will seine Waffe nicht aus der Hand geben. Jetzt allerdings eine stumpfe Waffe. Denn als Freiherr von Egloffstein wird ihm wohl niemand mehr in das Garn geben! Dem Nimbus eines Fürsten, Grafen oder Barons aber werden noch viele unterliegen. Fast die Hälfte des deutschen Volkes hat sich bei der letzten Wahl zu freien Republikanern bekannt. Man wollte sich freimachen von den unheillosen Einflüssen eines privilegierten Vorrechtes, das nur die Geburt, das nur der Name verleiht. In dieser schweren wirtschaftlichen Wiedergeburt eines Volkes kann nur Tatkraft und Schaffen vorurteilslos und unbeeuglicher Männer gelten! Es muß einfache und ehrliche Menschen empfinden, wenn sie hören müssen, wie gut und froh man ohne viel Mühe und Arbeit leben kann, wenn man es eben nur versteht. Das Rechtsempfinden eines gesamten Volkes muß leiden, so lange es nur ein Empfinden für Vorrechte unter sich duldet! Und gerade in diesem Punkte entstehen dem modernen Hochstapler die Schwierigkeiten, die zwar auf keiner Anklagebank stehen, deren Schuldtonus nicht minder hoch ist. Sie geben dem schwindelhaften Abenteuer die Möglichkeit, sich ein begabliches Dasein einzurichten. Wer heute in bitterster Not — wir haben die Fälle fast täglich — vom Wege des Rechts abweicht, ist in den meisten Fällen für immer erledigt. Die Welt ist nicht mehr geneigt, den einmal Bestraften wieder unter sich aufzunehmen, sie hat kein Vertrauen mehr zu ihm. Der eine geht daran zugrunde, der andere aber schlägt dieser Welt ein Schnippen! Er legt das Kleid der Einfachheit ab und steigt in die bunten Gewänder des „Hochwohlgeborenen“. Seiner Gefolgschaft darf er sicher sein! Und das dies wirklich so ist, noch heute so ist, das sind die Lehren solcher Hochstaplerprozesse! Von diesem Gesichtspunkte aus ist die Figur des Freiherrn von Egloffstein, der sich schämt, ein Dertel zu sein und im Kampf um seine Ehre gern auf diese verzichtet, wenn nur der hochtönende Name anerkannt wird, keine bloße Episode, die man mit den Worten abtut: ein halberückter Verbrecher! Sein Handeln wirkt ein großes Schlaglicht auf die feilsche Einstellung ungezählter Mitmenschen, die noch immer fest am alten Kleben, die nicht loskommen können von der patriarchalischen Einstellung vergangener Jahrhunderte, die sich nun in unserer Zeit, in der alles mehr als früher im Fluss ist, zum Unheil der menschlichen Gemeinschaft auswirken muß. Fühlten sich alle als freie Menschen, so verhielten Titel und „hochtönende“ Namen ihren Eindruck und Hochstapler zu la Egloffstein wäre das Handwerk erschwert, vielleicht unmöglich gemacht.

Unter der Grünen Flagge.

Nach der Sternwarte in Treptow lud die islamische Gemeinde am 2. Juli zum Gebet ein. Das wirkte, wo eine Moschee in Wilmersdorf besteht und eine zweite am Fehrbelliner Platz errichtet wurde, etwas verwunderlich. Zur Zeit der Inflation erklang unter den Moslems in der überfüllten Wilmersdorfer Moschee immer der lebhaften Widerhall findende Ruf: Wir müssen in Berlin eine Moschee bauen. Und prompt trat mit der Grundsteinlegung der zuerst geplanten und nicht ausgeführten Ahmadia-Moschee eine Spaltung unter den Mohammedanern ein. Die beiden Parteien werfen sich politische Hintergedanken vor und jeder Unbeteiligte, der sich über den Islam unterrichten möchte, der wird flugs zu einer politischen Persönlichkeit gestempelt. Das verdrückt aber stimmt vergnüglich ja nach Temperament.

Auf dem Dach der Sternwarte in Treptow flatterte die Fahne der islamischen Gemeinde, die auf grünem Grund zwei Hügel und eine von einem gestreckten Hand zeigt. Auf der Erde lag ein schöner orientalisches Teppich und mehrere wolkene Schlafdecken, auf denen sich 22 Gläubige zum Gebet niederließen. Vier Photographen und mehrere Zeichner standen parat und sehr viele deutsche Gäste, die auf Stühlen saßen, bildeten die Umrahmung. Der Imam Prof. S. A. H. H. sprach das Gebet und hielt in deutscher Sprache eine Rede. Er betonte, daß die Moslems in der ganzen Welt unterdrückt wären, läme von den Feinden aus ihren eigenen Reihen. Er zählt aus, was die islamische Welt insbesondere für die Türken getan hätte. Die Türken aber wollten in der Republik den Islam vernichten. Die islamische Kultur sei die Kultur der Gläubigen. Dann sprach er ausführlich über die muslimischen Gesetze, über das Steuerwesen und Fajen. Der große deutsche Philosoph Nietzsche habe Uebermenschen erziehen wollen, der Islam aber erziehe Götter. In der Moschee in Wilmersdorf sei den Gläubigen der Zutritt verwehrt worden. Darum ging die islamische Gemeinde nicht mehr nach Wilmersdorf, damit die Gläubigen nicht sagen könnten, sie wären die Vertreter der muslimischen Welt. Die islamische Gemeinde setze sich aus Leuten zusammen, die „die Wahrheit“ sagen wollten. Sie wären immer ruhige Menschen, geben Gott die Ehre, wollten ihre Heimat befreien von den Menschen, die sie im Namen des Islams ausbeuteten. Zum Schluß sprach noch Prof. Dr. Kamppf über unpolitische, von Herzen kommende Worte.

„Damit keines umfalle!“

Von einem Jugendamt wurde kürzlich eine Schar der ärmsten und schwächsten Kinder ausgewählt, um sie zu einer achtwöchigen Kur in die Berge zu senden. Alles ist gepackt, freudige Kinder harrten der Abfahrt. Eine stundenlange Eisenbahnfahrt steht den kränklichen Wesen bevor. Schnellzugserlaubnis und Bequemlichkeit bei der Fahrt könnten die Strapazen bedeutend mildern. Ein junger Mann im Eisenbahnbureau trifft hierzu seine Anwesenheiten. Er besitzt ein feines, mitfühlendes Herz. Schwermütig sagt er: „Wenn einem Kinde schlecht wird, ist es besser, sie liegen recht enge, dann kann wenigstens teils umfallen.“ Wie gültig von ihm. Auch sonst ist er hilfsbereit. Schon spät am Sonnabend erreicht den Verantwortlichen des Kindertransports die Nachricht, daß er am Montag früh 7.50 Uhr mit dem D-Zug fahren könne. Da bleibt ja noch genügend Zeit zu den letzten Vorbereitungen. . . . Das war in Berlin! Aber es kann auch anders sein. Wieder sollen Kinder fahren. Heimwärts geht es nach vortrefflicher Erholung. Auf dem Bahnhof ist alles vorbereitet. Dienstbereit eilen die Beamten von Weite zu Weite, weisen bequeme Plätze an, schleppen schwere Gepäckstücke. . . . Alles läuft in größter Zufornommenheit, um es den Kleinen, jetzt Abschied nehmenden Gästen noch einmal recht angenehm im fernem Lande zu machen. Dankend winken noch lange nach der Abfahrt die Tüchlein aus den Fenstern. . . . Doch das war — in der Schweiz!

Publikum. Unser alter Genosse Gustav Reitz feiert am 4. Juli mit seiner Gattin das Fest der goldenen Hochzeit.

Der Kutschermord bei Güterbog.

Bernehmung der Fürsorgezöglinge.

In dem Potsdamer Nordprozess hat bekanntlich der Fürsorgezögling, Angeklagter Johannes König, der früher in der Anstalt Strausberg untergebracht war, schwere Vorwürfe vor Gericht gegen die Anstaltsbeamten erhoben. In dankenswerter Weise hat der Vorsitzende des Prozesses, Landgerichtsdirektor Dr. Westerkamp, dieses Kapitel in der Verhandlung in breiter Öffentlichkeit aufgeschlagen. Eine größere Anzahl ehemaliger Zöglinge waren als Zeugen über diese Vorwürfe geladen. Beim Aufruf der Zeugen fragte der Vorsitzende, ob irgendein Anstaltsbeamter aus Strausberg sich im Gerichtssaal befinde. Niemand meldete sich. Als erster wurde der ehemalige Fürsorgezögling, jetziger Landarbeiter Paul E. gehört. Vors.: Also, Herr Zeuge, nichts verschweigen, tragen Sie alles vor, was Sie über Behandlung und Verpflegung in der Anstalt wissen. — Zeuge: Ich war im festen Haus. Die Behandlung war nach unserem Betragen. — Vors.: Und die Ernährung? — Zeuge: Na, wie konnten davon leben. — Vors.: Wurde in der Anstalt geschlagen? — Zeuge: Nur bei schlechtem Betragen, einige Aufseher waren gut, manchmal gab es auch Ohrfeigen. — Ein anderer ehemaliger Zögling aus dem festen Haus konnte keine Klagen vorbringen. Er schilderte den Angeklagten König als roh und brutal. — Zeuge, ehemaliger Fürsorgezögling Otto K.: Die Behandlung und Kost war manchmal schlecht. — Vors.: Wurde geschlagen? — Zeuge: Ja, die Aufseher haben auf dem Feld bei der Arbeit geschlagen. — Zeuge Kurt R.: Die Wälder der Anstaltsbeamten war zu groß. — Dann wird ein Fürsorgezögling der Anstalt mit einem Transporteur in den Gerichtssaal geführt. Der Transporteur muß sofort den Saal verlassen. Vors.: Also erzählen Sie alles, keiner der Aufseherbeamten ist hier im Saal. — Zeuge: Das Essen war in Strausberg schlecht, jetzt bin ich woanders untergebracht. — Vors.: Wurde im festen Haus geschlagen? — Zeuge: Ja. — Vors.: Haben Sie niemand in der Anstalt, an den Sie sich wenden? Einen Sprecher oder sonst etwas? — Zeuge: Nein, Zusammenstoß gibt es nicht, das Mißtrauen in Anstalten ist zu groß. — Damit wurde dieses Kapitel vorläufig zu Ende geführt. Im wesentlichen haben die Zeugen in dem Güterbogener Nordprozess bisher nichts Neues hervorbringen können.

Der Schenkenborger Förstermord.

Im weiteren Verlauf der Bernehmung des Angeklagten Sach im Schenkenborger Förstermordprozess erklärte dieser auf Befragen R.-M. Dr. Mendel, daß er bei seiner ersten polizeilichen Bernehmung herab geschlagen worden sei, daß er wiederholt in Ohnmacht fiel und unter diesem Eindruck schließlich sein erstes Geständnis abgelegt habe. Er blieb immer wieder dabei, daß er nicht der Mörder des Försters Grünhoff sei, sondern daß ein gewisser Schifowski den Förster erschossen habe. Mit diesem habe er Spritzen nach Hamburg und Bremen gemacht und schließlich sei er auch mit ihm nach Königswusterhausen gefahren. Schifowski habe sich an Grünhoff, der ihn bei Holzdiebstählen ertappt habe, rächen wollen. Aus einem auf Antrag der Verteidigung verlesenen Brief der Mutter Schifowskis, die in Westfalen wohnt, ging hervor, daß sich dieser seit anderthalb Jahren in Deutschland herumtreibe. Auf Antrag von R.-M. Dr. Mendel wurde das zuständige Amtsgericht telegraphisch beauftragt, Frau Schifowski als Zeugin zu vernehmen. Im übrigen wurden gestern auch zahlreiche Zeugen vernommen, die den Angeklagten Sach als einen unzüchtigen Menschen schilderten, der Gewalttaten abhandelt. Die Verhandlung wurde dann auf Freitag früh 9 1/2 Uhr vertagt.

Nach 25 Minuten.

Nach kurzer Fahrt wurde ein Automobil in Steglitz ergriffen. Vor dem Bahnhof Stahnsdorf standen um 8.45 Uhr abends mehrere Kraftwagen, darunter eine Autobrochse, deren Führer auf einen Augenblick ein benachbartes Lokal aufgesucht hatte. Plötzlich kam ein junger Mann heran, bestieg diese Brochse und fuhr davon, ohne daß die Chauffeure der anderen Wagen es verhindern konnten. Der Bestohlene machte sofort Anzeige, und der Ferndrucker teilte unverzüglich allen Polizeistellen den Diebstahl mit der Nummer des Wagens mit. 10 Minuten nach 7 Uhr sah der Schuposposten am Steglitzer Rathaus den Wagen dort vorbeikommen. Als er in die Albrechtstraße einbiegen wollte, sprang er auf das Trittbrett und zwang den Lenker zum Halten. Dieser, ein arbeitsloser Mechaniker Heinz E., gab sofort zu, den Wagen gestohlen zu haben, um durch seinen Verkauf zu Geld zu kommen. Das Auto wurde dem Chauffeur alsbald, also 25 Minuten nach dem Diebstahl, zugestellt.

Auch ein Kinderfreund.

Von seinem Fahrrad herunter wurde in der Karlsruher Gegend ein gefährlicher „Kinderfreund“ verhaftet. Im Rai spielen dort im Walde mehrere kleine Mädchen. Da kam ein Mann vorbeigefahren. Als ihn eins der Mädchen fragte, wie spät es sei, stieg er von seinem Fohde ab, gab die Zeit an und setzte sich dann zu dem Kinde, vor dessen Augen er sich schamlos entblöhte. Am nächsten Tage kam er wieder nach der Stelle, wo die Kinder zu spielen pflegten, nahm jetzt zwei von ihnen auf den Schoß und verging sich an ihnen. Die Kinder teilten die Vorfälle ihren Eltern mit, die Nachforschungen nach dem Unhold aber blieben bisher erfolglos. Jetzt haben nun zwei dieser Mädchen den Mann wieder daherrufen. Sie machten einen Beamten des 239. Reviers auf ihn aufmerksam. Als dieser ihn anrief und zum Halten aufforderte, legte er sich in die Pedale und veruchte zu entkommen. Er wurde aber gefaßt, vom Rad heruntergeholt und nach der Wache gebracht, wo man ihn als einen Kaufmann Hermann B. feststellte. B. befreit zwar die Vorgänge, erscheint aber so schwer belastet, daß er dem Untersuchungsrichter vorgeführt wird.

Neue Sonntagsverbindung Spreewald—Berlin.

Zur Entlastung der im Sommer von Lübbenau um 7.26 und 7.30 nachm. abfahrenden, sehr stark besetzten Fernpersonenzüge von Rudow a. d. Havel nach Berlin verkehrt von jetzt ab für die bequemere Heimbeförderung der Berliner Ausflügler bis auf weiteres regelmäßig Sonntag ein besonderer Zug wie folgt: Lübbenau ab 8.35 nachm., Lübben ab 8.52, Spreewald (Spreewald) ab 7.06, Halbe ab 7.25, Leupzig—Gros-Körs ab 7.36, Gros-Westen ab 7.48, Königswusterhausen ab 7.58, Nieder-Schneidemühl ab 8.23, Berlin, Körliger Bahnhof an 8.42 nachm. Der Zug fährt 2.—4. Klasse und ist für Sonntagsfahrten im Fernverkehr freigegeben. Der Wert auf eine bequeme Rückfahrt legt, sollte sich dieses Zuges bedienen.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 3. Juli.
Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.40 Uhr nachm.: Zehn Minuten für die Frau („Die Bewertung des Suppenfleischs und der Kraftbrühe“ von Chemiker Vostell).
5—6.30 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufman. 7 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Vortrag: Rother: „Wie schützen wir Leben und Gesundheit der Bergleute?“ 7.30 Uhr abends: Dr. Walter Georgi: „Zur Psychologie des Reisens“. 7.50 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abt. Volkswirtschaft. Dr. J. M. Bonn: „Amerikanische Wirtschaftsprobleme“. 8.30 Uhr abends: Orchesterabend unter Mitwirkung von Konzertmeister Georg Kniestadt, Violine. Dir.: Selmar Meyrowitz. 1. Beethoven: Ouvertüre zu „Rainen von Athen“. 2. Mozart: Violinkonzert D-Dur, Allegro — Andante cantabile. — Rondo — Andante graziosa — Allegro ma non troppo (Kadenz von Joseph Joachim). 3. Beethoven: 1. Sinfonie (C-Dur) (Berliner Fankorchester). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

„Kulturarbeit“ des Reichsbürgerrates.

Sonderbare Bücherpenden.

Wer kennt nicht den „Reichsbürgerrat“? — Rücktritt ist für ihn Trumpf. Es gehört für ihn zum „guten Ton“. — Der Reichsbürgerrat hat scheinbar nicht nur die Aufgabe, rein parteipolitische Fragen zu wälzen, sondern auch an dem geistigen Rückschritt Deutschlands und vor allem seiner Jugend zu arbeiten. Die notleidenden Volks- und Jugendbibliotheken sollen ihm, haben teilweise die Hilfe dieses „Rates“ erdulden müssen. Die öffentlichen Büchereien sind seit langem arg vernachlässigt. Büchereierne und öffentliche Körperchaften hatten nicht die Geldmittel, um die Büchereien auf der Höhe zu halten. Den Volks- und Schulbüchereien stellt der R.B. Bücher zur Verfügung. Von auf auf ab werden jetzt die Schritte des R.B. eintreffen. In seinem Aufruf beteuert zwar der Reichsbürgerrat, daß als Richtschnur für sein Handeln gilt, Politik auszuschalten; er sei nur von dem Willen besetzt, der Volksbildung zu helfen. Die gespendeten Bücher beweisen, wie der R.B. sich das vorstellt. Da sind unter anderem folgende Bücher den Bibliotheken zugebacht: „Der große Krieg“, „Der große König“, „Sechs Jahre II. Weltkrieg“, „Und gib uns Frieden“, „Kaiser-Wilhelm-Denkmal“, „Friedrich der Große“, „Die Treue von Pommern“. Erneuerung im Sinne der Revanche! Nicht der Völkervereinigung, sondern der Völkervereinigung sollen Unternehmen wie Bücher dienen. Hoffentlich werden Büchererwerber, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, diese „Liebesgaben“ der Reichsbürgerrichter ablehnen. Die Hintermänner des Reichsbürgerrates verfügen bekanntlich über reichliche Geldmittel und so tragen die Bücher durchweg teure Einbanddecken. Vielleicht kommt der R.B. gar noch auf den Einfall, für die Volksschulen „Lehrbücher“, die nach seinem Geschmack sind, kostenlos zur Verfügung zu stellen! Wer weiß? Interessant ist es übrigens, daß der Aufruf des Reichsbürgerrates den Namen des Stadtbibliothekars von Berlin trägt, dessen Einverständnis zur Zeichnung seines Namens unter den Aufruf überhaupt nicht eingeholt worden sein soll.

Die Vorgänge in der Roten-Kreuz-Wache. Im Januar d. J. fand, wie seinerzeit berichtet, gegen den Roten-Kreuz-Pfleger Riffen vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte eine Verhandlung statt wegen angeblicher Vergehen an Pfinglingen auf der Rote-Kreuz-Station am Schlesischen Bahnhof. Damals mußte die Sache vertagt werden, da die Ladung weiterer Zeugen nötig erschien. Gestern fand nun die zweite Verhandlung statt. Auch die Aussagen der neuen Zeugen konnten das Gericht nicht von der Schuld des Angeklagten überzeugen, und er wurde daher freigesprochen.

Rechtliches Sozialismus und Gegenwartsstudium. Der dritte unter diesen Gesichtspunkten von den Reichsbürgerrichtern verurteilte Brand findet am Freitag, den 3. Juli, abends 8 Uhr, wiederum in der Aula der Oberrealschule, Rudow, am 137. Post, Schriftführer Genelle, Reichsbürgerricht, das einleitende Referat mit dem Thema: „Unsere Stellung zur Wissenschaft und Weltanschauung.“ Freie Ausdrucks.

Tragödien im Hochgebirge.

Verunglückte Wiener Alpinisten.

Wien, 2. Juli. (M.Z.) Eine Gruppe von Wiener Touristen, die am letzten Sonntag trotz schlechten Wetters eine Klettertour ins Gailtal unternommen hatte, wurde an der Nordwand beim Hochtor erlören aufgefunden. Unter den Verunglückten befindet sich der Gründer des Alpenvereins Donauklub, der trotz eines künstlichen Beines die schwierigsten Gebirgspartien bewältigte. Die seit Beginn der Woche unermüdet betriebene Rettungsexpedition sieht jetzt bei der Planungsphase auf weitere erlörene Wiener Alpinisten. Eine Begleiterin dieser Herren konnte noch lebend, wenn auch in ganz erschöpftem Zustande, zu Tal gebracht werden. Schließlich blieb noch ein lebender Wiener Tourist auf dem Felsstein vor Erköpfung liegen und wurde später tot angetroffen. Seine drei Wandergepäckchen hatten nur mit Aufgebot aller Kräfte das Tal erreichen können, um Hilfe zu holen.

Der Materialschaden bei den Ueberschwemmungen in Polen wird im Kreise Bohnia auf etwa eine Million Stoty (etwa 800 000 Goldmark) geschätzt. Etwa 500 Häuser haben durch die Ueberschwemmung schwer gelitten.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Abteilungsleiter!

Rechnen die Sommerferien ab. Lest die Karten zum Jugendfest am 12. Juli im Schillerpark.

Achtung, Abteilungsleiter!

Geht von 5—7 Uhr Abends an der Seestraße, Umgebe des Juli-Jugendfestes und der „Arbeiter-Jugend“.

Achtung, Bücherstammitglieder!

Des 2. Buchs „Die arme Johanna“ von G. Reiz. ist erschienen.

Heute 7 1/2 Uhr: Abteilungsmitgliedsversammlungen:

Recht II Schul-Waldenstr. 21. — Recht III Gemeindefest am Stahnsdorfer Platz. — Recht IV Jugendheim Rudow. — Recht V: Jugendheim Dönhofsstr. 62. — Kofenbater Kofenbater Jugendheim. — Recht VI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht VII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht VIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht IX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht X: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXXI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXXII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXXIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXXIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXXV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXXVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXXVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXXVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XXXIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XL: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XLI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XLII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XLIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XLIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XLV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XLVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XLVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XLVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht XLIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht L: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXXI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXXI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXXI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXXI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXXI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXXI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXXI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXX: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXXI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIII: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXIV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXV: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönhofsstr. 137. — Recht LXXXXXXXVI: Jugendheim Dönhofsstr. 137. — Dönh

Aus den Bezirken.

2. Bezirk — Tiergarten.

In der am 24. Juni in den Alteshof einberufenen Kreisvertreter-Versammlung gab der 2. Kreisleiter, der Genosse Weiner, den Bericht des Kreisvorstandes. Das letzte Geschäftsjahr brachte der Parteibewegung des Kreises große Erfolge. Von Wahl zu Wahl vergrößerte sich die Arbeitsfreudigkeit der aktiven Mitglieder. Ein großer Stimmengewinn für unsere Partei bezeugte die Mühe und Aufopferung der Genossen. Der tatkräftigen Mitarbeit der Frauen ist zum großen Teil der Erfolg zu verdanken. Durch Abhalten zahlreicher Frauenabende, Funktionärinnenkonferenzen und öffentlichen Frauensammlungen wurde der sozialistische Gedanke auch in die Reihen der uns noch fernstehenden Frauen getragen. Auch die Arbeiterwohlfahrt war sehr rege tätig. Ausleitung von Bekleidungsstücken, Lebensmitteln sowie Geldunterstützungen wurden zweckentsprechend durchgeführt. Des Weiteren war es möglich, fünfzehn erholungsbedürftige Kinder im Laufe des Jahres zu versorgen. Außerdem wurden Einführungsturse in die Wohlfahrtspflege abgehalten. Auch der Jugendfürsorge wurde reges Interesse entgegengebracht. Von einer Diskussion über diesen Bericht wurde Abstand genommen, da die Versammlung mit der Tätigkeit des Kreisvorstandes einverstanden war. Genosse Meier gab den Bericht der Pressekommission. Dem Kreisleiter, Gen. Bauer, wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der alte Kreisvorstand wurde in seiner bisherigen Befugnis wieder gewählt: Erster Kreisleiter Gen. Hennig, als zweiter Kreisleiter Gen. Weiner, als Kreisleiter Gen. Bauer, zum Schriftführer Gen. Giese, als zweiter Schriftführer Gen. Griefe. Zur Pressekommission wurde der Gen. Otto Meier vorgeschlagen. Die Genossin Jordan wurde als Frauenleiterin und die Genossin Eisfelder als Vertreterin der Arbeiterwohlfahrt von der Versammlung bestätigt. Bei der Stellungnahme zum Bezirksparlament wurde der alte Bezirksvorstand zur Wiederwahl in Vorschlag gebracht. Zwei zum Organisationsrat eingebrachte Entwürfe wurden angenommen. Der von Gen. Schlegel vorgeschlagene Jugendbeirat, Gen. Salomon, wurde einstimmig bestätigt. Gen. Hennig und Weiner wurden als Delegierte zum Reichsparteitag in Vorschlag gebracht. Gen. Künstler wurde einstimmig als Delegierter des Bezirksverbandes Berlin zum Internationalen Kongress in Paris vorgeschlagen. Unter eindringlichem Appell an die Anwesenden, auch im neuen Geschäftsjahr mit voller Arbeitskraft sich zu betätigen, schloß der Gen. Hennig die Versammlung.

7. Bezirk — Charlottenburg.

Der Verband der kirchlich-sozialen Frauengruppen unterhält in Charlottenburg eine Arbeitsstube, in der alle Frauen, die früher in besseren Verhältnissen gelebt haben — hauptsächlich Kleintrentnerinnen — mit Handarbeiten beschäftigt werden. Diesem Verband soll ein einmaliger Zuschuß in Höhe von 500 Mk. aus Vorbehaltsmitteln bewilligt werden unter der Voraussetzung, daß religiöse und konfessionelle Rücksichten bei der Beschäftigung innerhalb der Arbeitsstube keine Rolle spielen. Auf die Anfrage der SPD-Fraktion wurde vom Vertreter des Bezirksamtes mitgeteilt, daß etwa 30—40 Frauen dort mit häuslichen Arbeiten beschäftigt werden, die die jämmerliche Bezahlung von höchstens 10 Pf. pro Stunde bekommen. Wie hoch der Erlös ist, der aus den fertigestellten Arbeiten erzielt wird, konnte nicht mitgeteilt werden. Nach längerer Debatte wurde der Zuschuß auf 1000 Mk. erhöht. Das Bezirksamt hat die gerechte Verteilung dieser Summe zu überwachen. Dem Roten Kreuz wurden zur Anschaffung von Kohlen für die Mittelstandsküche 100 Mk. bewilligt. Die Küche dieses Vereins ist in jeder Beziehung musterhaft, der Preis für die Einzelportion beträgt 21 Pf. Auf dem Gelände des Waldhauses Charlottenburg in Beech-Sommerfeld ist die Ausführung einer Reihe von Erweiterungsbauten dringend erforderlich. Es muß unter allen Umständen ein Männerpavillon, enthaltend 100 Betten, und ein Frauenpavillon, enthaltend 50 Betten, gebaut werden. Die Kosten der Ausführung des gesamten Bauprojekts einschließlich aller Nebengebäude betragen rund 4 Millionen Mark. Zunächst sollen bis zum Jahre 1926 1,5 Millionen verbraucht werden. Für das Krankenhaus Westend werden 1800 Mk. zur Beschaffung von fahrbaren Servierstischen gefordert. Diese technische Verbesserung begründet das Bezirksamt damit, daß die strenge Durchführung der 48-Stunden-Weche nicht möglich ist in den Charlottenburger Krankenanstalten, sondern es muß wöchentlich 51 Stunden gearbeitet werden. Der Sprecher der SPD-Fraktion wies darauf hin, daß in den Richtlinien des Berliner Magistrats für das Krankenhauspersonal die 48-Stunden-Weche festgelegt worden sei. Die schweren Gefahren für die Gesundheit der in der Krankenpflege beschäftigten Personen verpflichtete die Anstaltsleiter zur strengen Durchführung der 48-stündigen Arbeitszeit. Der Gesundheitszustand unter den Schwestern ist sehr schlecht und bedeutet eine ernste Gefahr, die noch erhöht wird dadurch, wenn die Arbeitszeit über acht Stunden am Tage hinaus verlängert wird. Professor Dettlinger gab zu, daß der Gesundheitszustand des Pflegepersonals ganz allgemein viel zu wünschen übrig läßt und die Ärzte mit ernster Sorge erfüllt. Er verpflichtete sich, die Verhältnisse noch einmal genau zu prüfen und dann darüber Bericht zu geben, ob der Achttundenarbeitstag für das Krankenhauspersonal in den Charlottenburger Krankenanstalten durchgeführt werden könne. Das Bezirksamt ersucht, von der Errichtung eines Altersheimes in Westend zukünftig Kenntnis zu nehmen. Das Gebäude soll 12 Wohnungen zu je 2 Stuben und Küche und 12 Wohnungen zu je 1 Stube und Küche enthalten. Die erforderliche Bausumme beträgt 180 000 Mk. Der Errichtung eines Omnibus-Betriebsbahnhofs auf dem Grundstück an der Morsestraße wird zugestimmt. Die Allgemeine Berliner Omnibus-Ges. hat die Absicht, eine größere Anzahl neuer Linien einzuführen. Um die erforderliche Unterbringung von mindestens 200 neuen Fahrzeugen zu ermöglichen, hat sie das Grundstück an der Morsestraße erworben. Zum Schluß wurde noch einmal befragt die Errichtung eines Straßenbahnhofs an der Königin-Elisabeth-Straße debattiert. Die Bezirksversammlung Charlottenburg hatte sich einstimmig gegen die Errichtung des Bahnhofs an dieser Stelle entschieden. Die Bewohner dieser Gegend haben in einer ganzen Reihe von Eingaben und Protestversammlungen scharf dagegen Stellung genommen, und trotzdem hat der Berliner Magistrat alle diese Einwände nicht beachtet und dem Bau des Bahnhofs an der gänzlich ungeeigneten Stelle zugestimmt. Es wurde beschloffen, energisch gegen den Beschluß des Berliner Magistrats Einspruch zu erheben. Außerdem wurde eine Kommission aus Vertretern aller Fraktionen gebildet, welche den Auftrag hat, nochmals mit dem Oberbürgermeister zu verhandeln und auch beim Oberpräsidenten und dem Berliner Ballizepräsidenten auf die Unzumutbarkeit des Bahnhofsbaues an dieser Stelle hinzuweisen.

12. Bezirk — Steglitz.

Wie verlautet, sollen die Stellen der unbeforderten Bezirksamtsmitglieder nun, nachdem bereits die befohlenen abgebaut sind, ebenfalls vermindert werden. Dabei ist es verständlich, daß die Bezirke so verschieden behandelt werden. Zumindest müßte man erwarten, daß die Bezirke Bilmersdorf, Steglitz und Schöne-

Die Not der Mütter und Kinder.

Die folgenden Ausführungen sind der Begründung eines von der Bezirksversammlung Prenslauer Berg einstimmig angenommenen Antrages auf Errichtung eines Mütter- und Säuglingsheimes entnommen. Sie werfen ein Schlaglicht auf die in Berlin herrschenden sozialen Mißstände und sollen ohne, wieviel Arbeit zu ihrer Beseitigung noch zu tun ist.

Seit langer Zeit wurde beobachtet, daß die Unterbringung und Betreuung von Schwangeren, Gebärenden, Wöchnerinnen, Säuglingen und Kleinkindern, namentlich dann, wenn es sich um schwächliche oder kranke Menschen handelte, große Schwierigkeiten bereite. Das große Wohnungssehlend zwingt viele Frauen dazu, während der Niederkunft eine Entbindungsanstalt aufzusuchen. Viele Wöchnerinnen und werdende Mütter, namentlich uneheliche, sind veranlaßt, in alle möglichen Gebäranstalten, Heime und Pensionen, oft in schnellem Wechsel nur auf einige Tage sich aufnehmen zu lassen, nur um ein Obdach zu besitzen. Viele Gebäranstalten entlassen wegen der Raumnot die Frauen schon nach dem 4., 5. oder 6. Tage nach der Geburt, mitunter noch früher. Viele Frauen wissen nicht, wo sie während der Zeit ihrer Hochschwangerschaft, bei der Geburt und in den Wochen nach der Niederkunft unterkommen werden, ganz zweifellos wird der Wille zur Mutterschaft hierdurch stark beeinträchtigt, die Zahl der Abtreibungen erheblich gesteigert. Mißliche Zustände herrschen in dem

Südlichen Obdach.

Es befindet sich dort eine Entbindungsstation und eine Säuglingsabteilung, die circa 40 Betten umfaßt. Die Unterbringung der Frauen und Säuglinge wurde in letzter Zeit ein wenig verbessert, darf aber nur als eine vorläufige bezeichnet werden. Es ist zu verstehen, daß bei der großen Not an Betten für Gebärende und Säuglinge in der Stadt Berlin im Obdach derartige Stationen eingerichtet wurden. An und für sich gehört aber weder eine Entbindungsstation noch eine Abteilung für Säuglinge in dem Komplex der Räume des Obdachs hinein. Bistweil dürfte es richtig sein, sowohl vom sozialpolitischen wie auch insbesondere vom hygienisch-medizinischen Standpunkte, obdachlose Frauen, die niederkommen, und Säuglinge, die der ärztlichen Betreuung bedürfen, aus dem Obdach hinwegzunehmen und einem Mütterheim bezw. Säuglingsheim zur Aufnahme zuzuwenden. Derartige Anstalten, die insbesondere auch für die Aufnahme der jetzt im südlichen Obdach untergebrachten Schwangeren, Wöchnerinnen und Säuglinge dienen, dürfen aber nicht weit entfernt liegen. Der Verwaltungsbezirk Prenslauer Berg, in dessen Zentrum das Obdach liegt, besitzt aber zurzeit keinerlei andere Unterbringungsmöglichkeiten für die genannten Personen. Auch aus mehreren anderen Gründen dürfte sich gerade für den Verwaltungsbezirk Prenslauer Berg

berg völlig gleich besetzt werden, denn ihre Einwohnerzahlen unterscheiden sich nur unwesentlich, und dann sind Bilmersdorf und Steglitz noch ausdehnungsfähig, während Schöneberg seine Bebauung fast abgeschlossen hat. Während andere Bezirksversammlungen sich gegen den Abbau ihrer besetzten Mitglieder erstlich zur Wehr gesetzt haben, so diesen bisher überhaupt nicht oder nur teilweise durchgeführt haben, konnte es die Bezirksversammlung Steglitz gar nicht erwarten, bis sie die zwei linksstehenden Stadträte, den Sozialdemokraten und den Demokraten, fortgeschickt hätten. Angeblich weil sie „die Verlesenen“ waren, in Wirklichkeit natürlich wegen der Parteizugehörigkeit. Nun jammeren gerade die Parteien, die den Abbau beschleunigten und durchführten, über die „Arbeitslast“ der einzelnen Dezernenten und verlangen eine Verstärkung des Bezirksamtes. Die SPD-Fraktion hat der Überzeugung bekanntlich stets, jedoch ohne Erfolg, widersprochen. Es ist selbstverständlich, daß auch wir für die gleichmäßig starke Besetzung der drei Bezirksämter eintreten, schon weil sonst zu befürchten ist, daß die Leitung der Geschäfte, anstatt in der Hand von Männern zu liegen, die der Bürgerschaft verantwortlich sind, in der Hand von Berufsbeamten, besonders Juristen, was für die Entwicklung unseres Bezirks keineswegs erwünscht ist. Unsere Genossen müssen aus der Behandlung der Abbaufrage durch die bürgerlichen Parteien, zu denen sich natürlich, wie immer, auch die Kommunisten einträglich gestellt haben, erkennen, daß nur eine möglichst starke sozialdemokratische Fraktion uns im Bezirk Steglitz helfen kann. Nur wenn wir stärker als jetzt in das Bezirksparlament eingehen, ist die Möglichkeit vorhanden, daß wir unseren Willen und unser Wollen mit mehr Erfolg zum Ausdruck bringen und den bürgerlichen Rückschlüßlern ein Paroli bieten können. Bei jeder fortschrittlichen Vorlage, die die SPD-Fraktion einbringt, stehen die Bürgerlichen geschlossen gegen sie. Nichts kann sie davon überzeugen, daß zuerst das Wohl der Bürgerschaft und dann erst die Parteinteressen kommen. Darum muß mit aller Kraft gearbeitet werden, um bei der nächsten Wahl den Einfluß der Sozialdemokratie gegen die rückwärtigen Umtriebe der bisherigen bürgerlichen Mehrheit zu stärken.

15. Bezirk — Treptow.

Die letzte Sitzung der Bezirksversammlung Treptow gestaltete sich infolge der Anregungen und Anträge unserer Parteigenossen zu einer interessanten Sitzung. Nach Erledigung der üblichen Erholungs- und nach Kenntnisnahme von der Errichtung einer Tages- Erholungsstätte für Frauen und schulentlassene Mädchen in Oberschöneweide beschäftigte man sich eingehend mit den Anträgen der SPD-Fraktion. Einer dieser Anträge forderte, das Adlergestell und das Gelände zwischen Adlershof und Cöpenick, das seit Jahren verwildert ist, volkswirtschaftlich auszunutzen. Die Bezirksversammlung schloß sich einstimmig dem Antrage an. Weiter beantragte die Fraktion, beim Magistrat Berlin dahin vorstellig zu werden, daß für den Südosten Berlins ein Kinderkrankenhaus geschaffen wird. Genossin Wissell begründete diesen Antrag, der dann auch einstimmig angenommen wurde. Genosse Neumann begründete einen Antrag auf Ausbau der Fließbäder und verlangte vom Bezirksamt, vor allen Dingen dafür Sorge zu tragen, daß die für den Bezirk vorgelegene Volksbadeanstalt so schnell wie möglich in Angriff genommen werde. Es sei unverständlich, daß ähnliche Pläne, die für den Westen Berlins bestehen, durch den Magistrat Berlin bevorzugt werden und Treptow immer wieder vertrieben wird. Jedem Einseitigen müßte klar sein, daß gerade eine Volksbadeanstalt in einem Bezirk, in dem fast ausschließlich Arbeiter wohnen, dringend nötig ist. Die Versammlung schloß sich diesem Antrage der SPD einstimmig an. Genosse Becker ersuchte, die großen Ausfallstraßen nach Berlin-Cöpenick, beiderseits der Spree, wie die Cöpenicker Landstraße und Kiehlstraße entsprechend dem auf diesen Straßen liegenden Verkehr auszubauen. Ein weiterer Antrag der Fraktion ersuchte, die Bemühungen zur Ausgestaltung des Strahlenbahnnetzes im Bezirk dem gemachten Bedürfnis entsprechend fortzusetzen. Genosse Lempert wies auf die Gefahren, die durch die Errichtung des großen Elektrizitätswerkes an der Spree dem Treptower Park und dem Bienenwald erwachsen können, hin. Die Bezirksversammlung beantragte das Bezirksamt, alles zu tun, um den Bienenwald und

die Errichtung eines Mütter- und Säuglingsheimes empfehlen. Die Bezirke Mitte und Kreuzberg sind außerordentlich eng bebaut und besitzen keine geeigneten Gelände für derartige Zwecke. Im Bezirk Tiergarten existiert eine neugegründete Entbindungsstation und eine Kinderabteilung, die beide in das Krankenhaus Roabit eingegliedert sind. Der Bezirk Wedding verfügt über ein großes Kinderkrankenhaus und auch im Bezirk Friedrichshagen hat man eine Kinderabteilung im Krankenhaus geschaffen. Der Bezirk Prenslauer Berg besitzt kein Krankenhaus, sondern von großen gesundheitlichen Anstalten nur das in der Fröbelstraße gelegene Friedrich-Wilhelm-Hospital. Der Bezirk ist räumlich der größte von Alt-Berlin. Ein Einwohner zählt er 321 000. In der nördlichen Hälfte ist in weitem Umfange Bauland vorhanden. Es ist auch beabsichtigt, gerade in dieser Gegend in großem Umfange Neubauten auszuführen, sobald erst die Bautätigkeit einigermaßen in Fluß kommt. Die städtischen Säuglingsheime Charlottenburg-Westend und Reutal sowie manche anderen derartigen Berliner Anstalten, liegen viel zu weit entfernt von dem Berliner Nothofen, als daß sie von der dort ansässigen Einwohnerschaft in nennenswertem Umfange aufgesucht würden. In Berlin werden jährlich etwa 40 000 Säuglinge geboren. Die Geburtenzahl ist seit etwa 2 Jahren bis auf die allerletzte Zeit, in der eine kleine Steigerung erfolgte, ziemlich genau dieselbe geblieben. 5000 von diesen Säuglingen sterben wiederum während ihres 1. Lebensjahres. Dort, wo man gut ausgestattete Säuglings-, Heil- und Pflegeanstalten von genügendem Ausmaße besitzt, hat man die Zahl der Todesfälle erheblich herabmindern können. Ein neues modernes Berliner Mütter- und Säuglingsheim wird sicherlich vielen Menschen zum Lebenretter werden und die Zahl der Berliner Geburten nicht unwesentlich steigern helfen. An besonderen Einrichtungen

- kommen in Frage: 1. Eine Entbindungsstation mit 100 Betten. 2. Eine Frauenstation für Schwangere und Wöchnerinnen (Mütterheim) mit Gelegenheiten zur Berrichtung von hauswirtschaftlicher und Heimarbeit. 3. Ein Säuglingsheim für 200 Säuglinge mit 40 Quarantänezimmern. 4. Eine Säuglingskrippe mit 3 Abteilungen zu je 30 Kindern. 5. Bermanntungsgebäude, Schwefelbäder, Radiumhaus, Küche, Kuchstall (inkl. Bäckerei). 6. Umfangreiche Anlagen im Freien, Begehwege, Beranden, Rasenflächen, Geästetes, im südlichen Teil befindliches Baugebiet ist nördlich der Ringbahn zwischen Prenslauer Allee und Landsberger Allee in genügendem Umfange vorhanden. Die Baukosten dürften sich nach einer Aufhebung des Leiters des hiesigen Bezirksstadtkommissars auf circa 3 Millionen Mark belaufen.

den Treptower Park, die als Lungen Berlins anzusprechen sind, zu erhalten. Die Deutschnationalen wollten durch eine Anfrage vom Bezirksamt erfahren, wie es einem deutschnationalen Beamten des Bezirks ergangen sei, der während des letzten Wahlkampfes auf einem Auto des Reichsblocks fortgesetzt „Nieder die Republik“ gerufen haben soll. Genosse Bürgermeister Grunow gab die gebührende Antwort.

16. Bezirk — Cöpenick.

Die Volkszählung im Verwaltungsbezirk Berlin-Cöpenick hat gegenüber dem Bestande von 56 800 Einwohnern bei Bildung der neuen Stadt Berlin eine Einwohnerzahl von 64 870 Köpfen ergeben, also einen Zugang von 8070 Einwohnern. Um die durch die Zunahme des Kraftwagenverkehrs erzeugte Staubplage auf der Chaussee Cöpenick-Ragelstein zu beseitigen, hat das Bezirksamt beschlossen, diese Chaussee mit einer zweimaligen Oberflächendeckung zu versehen, die auf längere Zeit die Entwicklung von Staub verhindern soll. Gegenwärtig wird die genannte Chausseestrecke zunächst mit größter Beschleunigung ausgebessert, bezw. neu geschüttet. Die Ausführung der erstmaligen Teerung soll in der ersten Julihälfte erfolgen. Etwa 2 Monate später wird dann noch ein zweiter Teerüberzug aufgebracht werden.

17. Bezirk — Lichtenberg.

Eine neue Kindererholungsstätte ist vom Bezirksjugendamt Lichtenberg im Walde bei Friedrichshagen — Nähe Rauensteiner Wähe — in landschaftlich schöner Umgebung errichtet worden. Es sollen dort von 13. Juli d. J. ab 100 unterernährte Lichtberger Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren auf je 6 Wochen zu ihrer Erholung tagsüber untergebracht werden. Die Kinder fahren täglich um 8 Uhr vormittags vom Bahnhof Stralau-Kummelsburg mit der Stadtbahn nach Friedrichshagen und kehren um 6 Uhr abends auf dem gleichen Wege nach hier zurück. Sie stehen unter ärztlicher Aufsicht, werden von Kindergärtnerinnen betreut und erhalten reichlich Verpflegung gegen einen Elternbeitrag, der nur 30 Pfennig pro Tag einschließlich Fahrgehd beträgt. Anmeldungen für die Erholungsstätte werden in den Lichtberger Schulen und im Jugendamt, Türschmidstr. 25, Zimmer 31, entgegengenommen. — Unentgeltlich gewährte Sprechstunden des Medizinalamtes Lichtenberg und des Kleingartenflechtsgerichts werden in den Monaten Juli, August und September 1925 wie folgt abgehalten:

- 1. In Lichtenberg im Bureauhaus, Rathausstraße, Barocke 2, Zimmer 22: wöchentlich vormittags 9 bis 12 Uhr. — 2. In Friedrichsfelde-Karlshorst im Amtsgebäude, Treptow-Allee 44, Zimmer 4: Dienstags und Freitags nachmittags von 2 bis 4 Uhr. — 3. In Rauhensdorf im Amtsgebäude, Adorfstraße 25: Mittwoch, den 8. Juli, 5. August und 2. September 1925, nachmittags von 4 bis 6 Uhr. — 4. In Rahlsdorf im Amtsgebäude, Cöpenicker Allee 1, Zimmer 8: Mittwoch, den 15. Juli, 12. August und 9. September 1925, nachmittags von 4 bis 6 Uhr.

20. Bezirk — Reinickendorf.

Die Bezirksversammlung sollte die Mittel zur Beschaffung einer leicht transportfähigen, abrostbaren Automobil-Kator- Spritze für die freiwillige Feuerwehr von Tegele, die zur Löschung von Waldbränden unbedingt erforderlich ist, bewilligen. Auf Antrag der SPD-Fraktion war diese Vorlage in der letzten Sitzung einem Ausschuss überwiesen, um auch andere, das Feuerlöschwesen betreffende Fragen, insbesondere das Zusammenarbeiten der Berliner Berufswehr mit den örtlichen freiwilligen Wehren zu klären. Nach dem Bericht des Ausschusses ist ein Weiterbestehen der freiwilligen Wehren, auch in den am alten Berlin angrenzenden Orten, noch unbedingt erforderlich. Das Feuerlöschwesen ist weiter auszubauen, auch lasse die Bestellung von Geppanen für die freiwilligen Wehren viel zu wünschen übrig. Ein diesbezüglicher Antrag der SPD. fand Annahme. Eine Vorlage des Bezirksamtes, Ausweisung von Uferwegen um den Tegeler See und an der Havel, wurde auf Antrag der SPD-Fraktion einem Ausschuss überwiesen. Der Ausschuss soll nach Beschäftigung prüfen, ob noch weitere als im aus-

Verlängerung der Pachtschutzordnung.

Annahme der Novelle mit großer Mehrheit im Reichstag.

Der Reichstag setzte gestern die Debatte über den Haushalt des Reichsfinanzministeriums fort.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) erklärte, nach Ansicht der Demokraten seien der Apparat und die Kosten des Finanzministeriums abstrichbedürftig. Die allgemeine Notwendigkeit, zu sparen, zwinge besonders zu dieser Maßnahme. (Zustimmung links.)

Reichsfinanzminister v. Schlieben klagt über den schlechten Stand der Finanzen, der durch soziale Maßnahmen mit verschuldet werde.

Abg. Rönneburg (Dem.) beantragt zur Geschäftsordnung, die Beratung des Haushalts nunmehr abzubrechen und die Pachtschutzfrage zur Erledigung zu bringen.

Der Antrag wird mit knapper Mehrheit gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen.

Es folgte also die dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung der Pachtschutzordnung.

Abg. Dr. David (Soz.)

wendet sich gegen einen Antrag der Rechtsparteien, wonach die Verbesserungen der zweiten Lesung wieder beseitigt werden sollen. Den Abgeordneten sind von den Organisationen der Pächter Zuschriften zugegangen, die vom Reichstag verlangen, daß an den Beschlüssen der zweiten Lesung auf keinen Fall eine Verschlechterung vorgenommen werden solle. Der Antrag der Rechtsparteien will den Landesbehörden die Befugnisse der Pachtschutzordnung übertragen, es ist zu befürchten, daß die Landesbehörden aus fiskalischem Interesse, das sie als Domänenverpächter haben, von einer Durchschneidung des Pachtschutzes Gebrauch machen werden. Damit würde das Reich auch seine Kompetenzen an die Länder abgeben. Einen weiteren Vorstoß gegen die Beschlüsse der zweiten Lesung unternimmt der Antrag, indem er die Bestimmung der Rotverordnung vom Februar 1924 in Kraft sehen will, wonach alle nach dem 1. März 1924 abgeschlossenen Verträge nicht mehr dem Pachtschutz unterworfen werden sollen. Diese Bestimmung soll sogar noch erweitert werden, indem in Zukunft alle neuen Verträge nicht mehr unter den Pachtschutz fallen sollen. Würde dieser Antrag angenommen, so bedeutet das, daß der Pachtschutz abgebrochen wird bis auf einen kümmerlichen Rest. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herrmann würde dadurch noch größer werden. In der zweiten Lesung wurde diese Bestimmung der Rotverordnung beschlossen. Sie war schon eine Geschicklichkeit, sie ist durch einen Mißbrauch des Ermächtigungsgesetzes geschaffen worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung hatte gar kein Recht, ein früheres Gesetz auszusparen, würden wir die beantragte Einfügung der Bestimmung der Rotverordnung hinnehmen, so bedeutete das, den Mißbrauch des Ermächtigungsgesetzes nachträglich zu sanktionieren. Wir haben die Pachtschutzordnung nicht gemacht, um sie von der Regierung durchlöchern zu lassen. Wir eruchen der Fassung zuzustimmen, wie sie bei der zweiten Lesung vorgelegt wurde, um wenigstens den kleinen Pächtern den Schutz zu gewähren, auf den sie Anspruch erheben können. Der Redner wendet sich gegen einen weiteren Antrag, wonach eine Bestimmung wiederhergestellt werden soll, daß die Pacht, die an ein Arbeitsverhältnis geknüpft ist, z. B. bei den Heuerlingen, gekündigt werden kann, wenn das Arbeitsverhältnis gelöst wird. Das ist eine arbeiterfeindliche Bestimmung, die wieder gestrichen werden muß. Der Redner spricht zum Schluß sein Bedauern darüber aus, daß im Interesse der großen Pächter der Versuch unternommen wird, das Gesetz zu sabotieren und auszuhebeln. Von allen Verbänden der kleinen Pächter ist das dringende Ersuchen an den Reichstag gerichtet worden, den Pachtschutz aufrecht zu erhalten. Die großen Pächter lassen aber davon nicht ab, bis zur dritten Lesung Sturm dagegen zu laufen. Eine solche krasse Interessenspolitik muß zurückgewiesen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Millionen von Pächtern werden uns dankbar sein dafür, wenn wir das Gesetz so gestalten, daß die Sicherung der Pacht und der Existenz gegeben ist. Im Interesse der Millionen von Existenzen, im Interesse der Volkswirtschaft und der Volksgesundheit eruche ich Sie, den Antrag abzulehnen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hörne (Komm.) erklärt, das Pachtwesen lehnten die Kommunisten ab, weil es nur ein Mittel sei, um den Bestehenden aus der Lohnarbeit der Kleinen eine letzte Brücke zu schaffen.

Abg. Logemann-Hannover (Dnat.) wünscht Ausbau des Pachtschutzes, damit das freie Spiel der Kräfte einsehen könne. Neue Pachtverträge dürften nicht mehr in den Pachtschutz hinein. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Bildemeister (D. Sp.) lehnt sich, unter Ablehnung der vorliegenden demokratischen und sozialdemokratischen Entwürfe, für seine Entschiedenheit ein, die um Ermäßigungen der Reichsregierung darüber ersucht, ob das Verhältnis der Heuerlinge nicht außerhalb der Pachtschutzordnung, eventuell durch Landesgesetze geregelt werden könnte. (Beifall rechts.)

Abg. Weidenhöfer (Bölk.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an, weist aber darauf hin, daß auch diejenigen älteren Pachtverträge aus der Pachtschutzordnung herausgelassen werden, die auf Roggenbasis abgeschlossen seien, weil die Roggenpreise sich überaus geändert hätten.

Abg. Rönneburg (Dem.) lehnt sich demgegenüber für den Pachtschutz aller Verträge ein und befragt seine Vorlage, die gekündigte Verträge nicht zwei, sondern fünf Jahre fortsetzen und ebenso bei Verträgen verfahren will, die ohne Kündigung ablaufen.

Abg. Dr. David (Soz.)

bedauert, daß die kommunistischen Entwürfe nicht schon dem Ausschuss vorgelegt worden sind. Sie wollen einige Kam.- in Vorparagrafen umwandeln, die Sozialdemokraten werden ihnen zustimmen. Der Redner wendet sich dann gegen den Antrag, der den Landesbehörden weitgehende Befugnisse für die Aufhebung des Pachtschutzes bei den größten Pächtern geben will. Das würde dahin führen, daß die kleinen Pächter zu großen zusammengelegt werden, um sie aus dem Pachtschutz herauszunehmen. Da der Pachtschutz doch um zwei Jahre verlängert werden soll, wir uns also in zwei Jahren noch einmal mit dieser Materie befassen müssen, sollten die

Abänderungsanträge schon aus diesem Grunde zurückgezogen werden. Gegen die Behauptung, daß wir mit unseren Entwürfen Feindschaft in das Pachtverhältnis hincintragen, weise ich darauf hin, daß sämtliche Verbände der Pächter gegen die Verschlechterungen der Beschlüsse zweiter Lesung sind. Wir denken, daß diese doch auch Sachverständige sind und wohl wissen, was ihnen dienlich ist. Der Redner weist insbesondere auf eine Eingabe des Domänenpächterverbandes hin, der sich gleichfalls gegen die Anträge der Rechtsparteien ausspricht. Der Abgeordnete Weidenhöfer hat bei der zweiten Lesung im allerletzten Augenblick einen Antrag eingebracht, über den abgestimmt wurde, ohne daß das Haus sich über seine Bedeutung klargeworden ist. Auch heute haben die Nationalsozialisten einen solchen Ueberherrumpelungsversuch unternommen. Ihr Antrag würde nichts anderes bedeuten als die Beseitigung des Pachtschutzes. Um dieser Ueberherrumpelung zu begegnen und zugleich Klarheit darüber zu schaffen, auf welcher Seite die Bauernfeinde stehen, beantragt die sozialdemokratische Fraktion namentliche Abstimmung. Gegenüber dem Abg. Bildemeister führt der Redner aus, daß die Heuerlinge an die sozialdemokratische Fraktion herantreten sind, um eine Beseitigung der sie schwer treffenden Rotverordnung vom Februar 1924 zu erreichen. Der Reichstag hat das Recht, einen solchen Mißbrauch des Ermächtigungsgesetzes zu beseitigen und das ordentliche Recht wiederherzustellen. Es handelt sich heute um das Interesse von zwei Millionen kleiner Pächter, denen gegenüber den Interessen einer kleinen Zahl von Verpächtern der notwendige Schutz gewährt werden muß. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

In der Abstimmung werden zunächst verschiedene Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt und die Beschlüsse zweiter Lesung bestätigt. Es wird auch die Bestimmung angenommen, wonach die Pacht eines Heuerlings gekündigt werden kann, wenn wegen Verschulden des Heuerlings das Arbeitsverhältnis gekündigt wird.

Die Verlängerung der Pachtschutzverordnung gilt bis 30. September 1927.

Gegen Schlußentscheidungen der Pachtverordnungsämter muß bei Verträgen, bei denen der Jahrespachtzins 500 Reichsmark übersteigt, das Rechtsmittel der Berufung zugelassen sein; im übrigen ist die Rechtsbeschwerde zugelassen.

Der Antrag der Regierungsparteien, daß die Obersten Bundesbehörden die Befugnisse der Pachtverordnungsämter hinsichtlich der Größe des Pachtlandes einschränken können, ist zurückgezogen worden.

Der Antrag der Deutschpötkischen Arbeitsgemeinschaft, daß die auf Reichswährung abgeschlossenen Pachtverträge von der Pachtschutzverordnung nicht betroffen werden, wird in namentlicher Abstimmung mit 390 gegen 23 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ueber den Antrag der Regierungsparteien, wonach die Pachtschutzordnung auf Pachtverträge, die nach deren Inkrafttreten abgeschlossen worden sind, keine Anwendung finden soll, wird auf Verlangen der Sozialdemokraten gleichfalls namentlich abgestimmt. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrags mit 210 gegen 201 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen.

Dagegen wird in Uebereinstimmung mit dem Beschluß zweiter Lesung beschlossen, daß Pachtverträge, auf die nach der bisherigen Gesetzgebung die Pachtschutzordnung keine Anwendung gefunden hat, unberührt bleiben.

Damit sind sämtliche Beschlüsse der zweiten Lesung bestätigt. Die Schlußabstimmung ergibt die Annahme der Novelle im ganzen mit sehr großer Mehrheit.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung beantragt Abg. Stoeder (Komm.), eine außerpolitische Aussprache über die Entwaffnungsnote an erster Stelle auf die Tagesordnung zu setzen; die Deutschnationalen hätten sich allerdings dieser Aussprache bisher widersetzt.

Abg. v. Graefe (Bölk.) tritt gleichfalls für sofortige außerpolitische Aussprache ein.

Dies wird jedoch gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Bötkischen und eines Teiles der Demokraten abgelehnt.

Nächste Sitzung Freitag 2.30 Uhr: Kleinere Vorlagen, Finanzetat. — Schluß gegen 8 Uhr.

Die Sicherheit im Bergbau.

Die sozialdemokratische Interpellation im Landtag.

Der Landtag übernahm gestern Anträge des Zentrums und der Sozialdemokraten über die Rot der Binnenschifffahrt und Wertbesitzer dem Hauptausschuss, nahm einen Initiativentwurf der Regierungsparteien über die Festsetzung der Vorauszahlung auf die Gewerbesteuer für 1925 und über Änderungen zur Gewerbesteuer in etwas abgeänderter Fassung in dritter Lesung an, stimmte der Änderung des Jagdrechts für Hannover, die Hohenzollernschen Lande, das ehemalige Kurfürstentum Hessen und die Insel Helgoland zu und trat dann in die allgemeine Aussprache zu den Anträgen und Anträgen über die

Grubensicherheit, Stilllegungen in Bergwerksbetrieben

usw. ein. Der Ausschuss hat einen umfangreichen Antrag vorgelegt, der die Möglichkeiten der Sicherung des Lebens der Bergarbeiter aufzählt.

Abg. Osteroth (Soz.) appelliert an das Haus, nicht erst lange Reden zu halten, sondern den Antrag des Hauptausschusses zur Verbesserung der Grubensicherheit anzunehmen, damit möglichst rasch die längst fälligen Maßnahmen zum Schutz der Bergarbeiter durchgeführt werden können.

Abg. Oiler (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag auf Eindämmung der Stilllegungen im Bergbau und Bereitstellung von Notstandsarbeiten zur Beschäftigung der arbeitslosen Bergleute.

Der Minister für Handel und Gewerbe, Schreiber, geht auf die im Antrag des Hauptausschusses zur Verbesserung der Grubensicherheit, den er lokal durchzuführen verspricht, im einzelnen ein: Die

umfangreichen Anträge zur Frage der Schlagweiser- und Kohlenstaubexplosionen finden die Zustimmung der Staatsregierung. Hinsichtlich des Prämienystems muß Grundlag sein, daß die materielle Existenz des Steigers nicht auf die Prämien basiert werden darf, da das die Sicherheit des Betriebes ungünstig beeinflussen könnte; aber ein gewisser Anreiz muß gegeben sein, und deshalb schiebt ein absolutes Verbot des Prämienystems über das Ziel hinaus. (Widerpruch links.) In Betreff der Teilnahme der Belegschaft an der Kontrolle hat sich herausgestellt, daß die Beteiligung der Betriebsräte nicht voll den gehegten Erwartungen entsprochen hat. (Widerpruch bei den Komm.) Es empfiehlt sich, als besonders geeignet erwiesene Mitglieder des Betriebsrats auf längere Zeit zu bestellen, dazu gehört aber eine Änderung der Reichsgesetzgebung. Inzwischen will ich meine Bedenken gegen die Teilnahme der Grubensicherheitskontrolleure zurückstellen; jedoch darf die Regierung nicht so festgelegt werden, wie es im Ausschussantrage geschieht; nehmen Sie den Antrag an, der die Regierung auffordert, alsbald Grubensicherheitskontrolleure zu bestellen. Ein Mißtrauen gegen die Organe der Bergverwaltung ist unberechtigt. Ich bin nicht abgeneigt, den Organisationen ein Vorschlagsrecht für die Einfahrer einzuräumen, aber diese Einfahrer sind als Bergrevierinspektoren Beamte. Auch hier wäre der von den drei Parteien, den Demokraten, Sozialdemokraten und dem Zentrum gestellte Vermittlungsantrag anzunehmen.

Abg. Jacobs (Soz.)

ein Bergarbeiter, der erst vor kurzem von der Grube ins Parlament kam und vor 23 Jahren seine erste Seilschaft machte, erklärt: Nach jeder großen Katastrophe im Bergbau hat die Öffentlichkeit einen besseren Bergarbeiterschutz gefordert, aber nur sehr allmählich und nur nach großen Anstrengungen der Sozialdemokratie in den Parlamenten ist ab und zu eine kleine Verbesserung geschaffen worden. Die Nachkriegszeit brachte das Betriebsrätegesetz, auf das die Bergarbeiter große Hoffnungen gesetzt hatten. Wenn das Gesetz die Hoffnungen nicht erfüllte, so liegt das daran, daß die Betriebsräte keine wirklichen Rechte in die Hand bekamen. Ein Betriebsrat, der in der Grubensicherheitsfrage seine Pflicht tut, bleibt nicht lange in der Grube. Es gibt genug Mittel und Wege, den unbedeutenden Wähler fortzuschaffen. Wir stellen deshalb von neuem die alte Forderung der Bergarbeiter auf: unabhängige Grubensicherheitskontrolleure! Wir freuen uns, daß der Minister dieser neuen Forderung zugestimmt hat. Der preussische Ministerpräsident hat vor kurzem in Düsseldorf hervorgehoben, daß die preussische Staatsregierung für den Schutz der Bergarbeiter alles tun wird, was in ihrer Macht steht. Wir erkennen an, daß die Staatsregierung jetzt in diesem Sinne vorgehen will. Um so mehr mußten wir uns deshalb wundern, daß im Ausschuss die Vertreter des Handelsministeriums sich in der Frage der Einfahrer bedenklich nahe an die Rechtsparteien gestellt haben, die nicht nur nichts von der Besserung wissen wollen, sondern jetzt sogar eine Reihe von Verschlechterungsanträgen eingebracht haben. Man ist ja bei den Rechtsparteien manches gewohnt, gleichwohl muß man doch einmal die Frage aufwerfen, ob es denn nicht endlich an der Zeit ist, etwas mehr zur Verbesserung des harten Lebens der Bergleute zu tun. Schlechte Bezahlung und dabei jeden Tag im Totenhemd seine Arbeit verrichten müssen, ist kein beneidenswertes Los. Während der Kriegszeit mußten die Bergleute mit trockenem Brot und Strohströhen in die Grube gehen; sie haben dennoch ihre Pflicht getan. Sie haben in der kritischen Zeit der großen Reparationskostenlieferungen und der Unterernährung Ueberstunden verrichtet — wie oft habe ich sie selbst mit erfahren! — wie oft 1½ Stunden Ueberstunde ohne ein Stück Brot! Die Bergleute haben ihre Pflicht und Schuldigkeit getan, also soll man ihnen auch das Recht zum Leben geben.

Ich lade diejenigen, die zögern, ein, mit mir in ihren Ferien 4 Wochen als einfacher Arbeiter in der Grube zu arbeiten. Ich bin sicher, daß dann alle die Zögernden und Zweifelnden uns Verständnis entgegenbringen werden.

Es gibt im Kreis der höheren Bergbeamten gewiß auch Männer, die den Bergmann verstehen und etwas für ihn übrig haben, aber das sind nur wenige. Die meisten haben nur wenig Verständnis für den Bergmann; ja, es gibt Herren unter den oberen Beamten, die frivol daneben reden, man müsse die streitenden Bergleute mit Zuchtstrafen bestrafen. Hohe Bergbeamte, die, wie es in Reddinghausen vorgekommen ist, den „Lakt“ befehlen, in der Nacht noch dem Hinscheiden des Reichspräsidenten über bis in den hellen Morgen hinein zu feiern und zu jechen, während das arbeitende Deutschland trauerte, haben natürlich auch kein Auge für die Not der Männer in der Grube. Diese Beamten werden auch nicht gepadt von den schrecklichen Todesziffern des Alltags, die noch viel schlimmer sind als die der großen Katastrophen. Selbst im verhältnismäßig guten Jahr 1922, das keine großen Katastrophen hatte, auf jeden Tag des Jahres über 3 Tote! — Es ist die höchste Zeit, daß der Weg, den der Ausschuss zur Verbesserung der Grubensicherheit vorgeschlagen hat, beschritten wird; denn immer neue Gefahrenmomente entziehen jetzt infolge der Massenentlassungen. Man entläßt gerade die alten und erfahrenen Bergleute, als ob jeder Bergmann durch irgendeinen anderen Arbeiter ersetzt werden könne. Warum das Sträuben dagegen, vor allem den Bergleuten die Grubensicherheitskontrolle in die Hand zu geben? Im Dienste des Kapitals sind doch auch eine Reihe von Bergleuten von unten aufgestiegen bis in die Kontore der Direktoren. Warum soll es dann keine freie Bahn für den Lächtigen im Dienste der Arbeit und der Arbeiter geben? Wir Bergarbeiter werden nicht ruhen und rasten, bis unsere Forderungen zur Verbesserung der Grubensicherheit erfüllt sind. Das mögen die Herren bedenken, die jetzt den Ausschussantrag verschlechtern wollen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Martin (Dnat.) führt die Katastrophe auf Zeche Dorfstedt auf Explosion des Sprengstoffes zurück. Deshalb müsse die Beschaffenheit dieses Sprengstoffes festgestellt werden. Die Sprengstoffammern seien zu verbessern.

Abg. Harisch (Z.) erinnert daran, daß in Belgien die Kontrollen monatlich mindestens 18 Besuche in den Gruben vorzunehmen hätten, und daß dadurch eine Verminderung der Grubenunfälle zu verzeichnen sei. Das Prämienystem werde man nicht entbehren können; es sei aber zu revidieren.

Abg. Dr. Pinkernell (D. Sp.) bezeichnet das Verbot der Schieferarbeit als nicht durchführbar, da dann eine Reihe von Flözen nicht abgebaut werden könne. Der Minister habe sich für die Grubensicherheitskontrolleure ausgesprochen. Er frage, welche Tätigkeit sie ausüben sollten. Wenn sie dieselbe Funktion erhalten sollten wie die Einfahrer, so brauche man doch nur deren Zahl vermehren.

die große 3,8 Zigarette
jetzt auch **dick, rund**
ohne Mundstück
übertrifft sich selbst!

Fritzi Massary

Agrarcrise und Agrarzölle.

Neue Argumente des Professors Sering gegen die geplanten Getreidezölle.

Es ist der deutschen nationalökonomischen Wissenschaft zweifellos als ein großes Verdienst anzurechnen, daß sie, die früher mit wenigen Ausnahmen sich außerordentlich stark für die Schutzpolitik des alten Regimes eingesetzt hat, sich heute in ihrer weitläufigen Mehrzahl klar zum Gedanken des freien Handels bekennt. Es müssen zwingende Gründe sein, die diesen Umschwung veranlaßt haben. Wie zwingend diese Gründe gewesen sind, das ging schon aus den letzten Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik und aus den zahlreichen Publikationen hervor, die später von namhaften Führern der deutschen Wirtschaftswissenschaft herausgebracht wurden. Soeben ist nun ein neues Buch von Professor Dr. Max Sering erschienen, das in außerordentlich klarer und eindringlicher Weise die Ueberflüssigkeit, Schädlichkeit und Gefährlichkeit der Agrarzölle für das heutige Deutschland darlegt.

Es ist bedauerlich, daß man im Rahmen einer kurzen Kritik nicht das wichtige Material darstellen kann, das Sering in seinen Forschungen über die Lage des Weltgetreidemarktes und des Getreidebaues zusammengetragen hat und das ihm für die Beurteilung der Agrarzölle richtunggebend ist. Statt dessen muß man sich auf die Wiedergabe einiger Ergebnisse seiner Forschung beschränken. Sering geht in seiner Schrift, die im Verlag von Walter de Gruyter u. Co., Berlin und Leipzig, erschienen ist, auf den großen Unterschied der letzten Agrarcrise im Verhältnis zu den früheren ein. Er stellt fest, daß die Preisschere zwischen agrarischen Produkten und Betriebsmitteln sich geschlossen hat. Trotzdem befreit er die Schwierigkeiten der heutigen Landwirtschaft nicht, tritt jedoch der Auffassung entgegen, daß ihr durch Schutzölle geholfen werden könne. Gegen Preisrückfälle am Weltmarkt und ihre Wirkungen auf die deutsche Landwirtschaft empfiehlt er Bereitschaftszölle, die nur im Falle der Not für vorübergehende Zeiten eingeführt werden können. Schrott ist aber seine Absage an jenes Schlagwort vom „Schutz der nationalen Arbeit“, das heute noch in den Köpfen und Reden der Hochschützler eine Rolle spielt.

Verteilt und zerstückelt, ist das heutige Deutschland noch ganz anders als damals darauf angewiesen, die Richtigkeit seines Gebietes aus den Bodenschätzen des Auslandes zu ergänzen. Dazu bedarf es gesteigerter Ausfuhr von Fertigfabrikaten, und

es fehlt einen niedrigen Preisstand im Inland, niedrige Produktions- und Nahrungskosten voraus.

Auch wenn es, wie zu hoffen ist, gelingen sollte, durch Steigerung der eigenen Bodenproduktion die Einfuhr der gewöhnlichen Lebensmittel überflüssig zu machen oder stark einzuschränken, bietet die Binnenwirtschaft schwerlich Raum genug, um eine wachsende Ueberflüssigkeit ohne Vermehrung der Warenausfuhr unterzubringen. So zwingt uns eine unentrinnbare Notwendigkeit in die Richtung des Freihandels, der jedoch ein wahrhaftiger Freihandel sein muß.

Die Deutschland auferlegten Tributpflichten machen solche Wirtschaftspolitik doppelt notwendig.

Interessant ist die Schilderung der

Wirkungen des Dawes-Abkommens auf den Weltgetreidemarkt,

dessen Aussichten, abgesehen von etwaigen politischen Störungen, Sering als keineswegs ungünstig bezeichnet.

Nachdem die Vorgänge von 1924 die deutsche Lebenshaltung endlich aus der Not des Krieges und der Inflation emporgehoben haben, wird es unter keinen Umständen wieder gelingen, die deutsche Arbeiterschaft von neuem auf Blockadekost (Kartoffeln, Rüben, niederwertige Getreide) zu setzen. Diese Gewissheit scheint mir als dauernder Gewinn des Dawes-Abkommens gebacht werden zu können. Der Genuß von gutem Brot, auch Weizenbrot, kann dem deutschen Volke nicht wieder entzogen werden. Auch die Fleisch- und Fettproduktion wird sich schließlich unter das Maß herabdrücken lassen, das zur Ernährung der Arbeitskraft erforderlich ist. Die Arbeiterschaft würde sich dagegen mit allen Mitteln — allerdings vielleicht um den Preis vermehrter Arbeitslosigkeit — wehren. Die Aufrechterhaltung der Gesundheit und physischen Kraft des deutschen Volkes ist eine Angelegenheit, an der die ganze Nation, nicht zuletzt die agrarische Bevölkerung, ja, die ganze Welt, und vor allem auch Deutschlands Gläubiger ein starkes Interesse haben. Dies ist auch im Dawes-Plan zum Ausdruck gelangt, wenn er erklärt, daß er eine Belastung beabsichtigt habe, die zu tragen dem deutschen Volke möglich sei, ohne daß es seine Lebenshaltung unter den Stand herabzubringen brauche, der sich dem der alliierten Länder und ihrer europäischen Nachbarn verleihe läßt. Schließlich muß ja auch jeder Sklavenshalter darauf Bedacht nehmen, die wertvolle Maschine nicht zu zerstören, die ihm seine Rente liefert. Erst recht wird die westeuropäische Arbeiterschaft an einer besseren Lebenshaltung festhalten. Mit der voraussichtlich dauernden Sicherung eines Existenzminimums für das arbeitende Volk haben sich die Bedingungen des Weltmarktes für Brotgetreide von Grund aus verändert.

Die hysterischen Befürchtungen vor einer drohenden Ueberschwemmung mit billigem Getreide, die ein Mann wie Dr. Ritter zum Ausgangspunkt seiner Begründung der Schutzölle macht, fallen mit diesen Darlegungen Serings in sich zusammen. Die Landwirtschaft fordert nun aus Gründen des Ausgleiches für Industrie und Landwirtschaft den lüdenlosen Agrar- und Industrieschutz. Was wäre die Folge? Sering schreibt dazu:

„Die Wirkung kann keine andere sein, als die einer neuen Inflation:

die Erhöhung des gesamten inländischen Preisstandes, die keiner der beiden Parteien hilft, aber die Gesamtheit schädigt. Der grundsätzlich lüdenlose Zolltarif gewinnt nur dann einen Sinn, wenn die Reallohne in Industrie und Landwirtschaft heruntergedrückt werden, und dies wird um so sicherer seine Wirkung sein, als das künstlich erhöhte deutsche Preisniveau unserer Industrie es vollends erschwert, sich auf dem Weltmarkt durchzusetzen.

Schon in den anderthalb Jahrzehnten vor dem Kriege konnten die Geldlöhne in unseren besten Betrieben mit der allgemeinen Teuerung gerade nur Schritt halten. Der Reallohn blieb ebenso stabil wie der Fleischverbrauch auf den Kopf der deutschen Bevölkerung. Die Herabsetzung der Reallohne würde eine erneute Einschränkung des ohnehin gelenkten Verbrauches an wertvolleren Erzeugnissen und Schmälerung der Grundlagen intensiver Landwirtschaft zur Folge haben.

Eingliederung der deutschen Volkswirtschaft in den Weltmarkt, nicht Abriegelung vom Weltmarkt entspricht dem landwirtschaftlichen wie dem allgemeinen Interesse. Sollte aber die Arbeiterschaft für die industrielle Schutzpolitik gewonnen sein und nach den bestehenden Machtverhältnissen eine durchgreifende Abwägung des Industrieschutzes auch im Wege der Handelsverträge nicht zu erreichen sein, so werden die Landwirte andere und bessere Formen des Ausgleiches suchen müssen.“

Sering macht dann im einzelnen wirksame Vorschläge für die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produkt-

tion und für die Entlastung der Landwirtschaft von unproduktiven Lasten. Hier spielt insbesondere die Beseitigung der Umsatzsteuer und die Kreditreform eine Rolle. Letzte Angelegenheit einer dauernden Besserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse sind die Momente, die überhaupt zu einer Gesundung der Weltwirtschaft führen. Ohne Lösung des internationalen Schuldensproblems und ohne die gründliche Revision des Versailler Diktates gibt es nach seiner Meinung kein Wiederaufblühen der deutschen, der europäischen und der außereuropäischen Wirtschaft. Es bedeutet eine starke Resignation, wenn Sering abschließend sagt:

„Sollte die Weltagrarkrise unter dem Druck der politischen Verhältnisse in voller Schärfe wiederkehren, so hilft dagegen kein Zollschutz.“

Der Anwalt im Richtertalar.

Sering setzt sich am Ende seiner Arbeit mit einer Reihe von Einwänden gegen seine Auffassung mit großer Sachlichkeit auseinander. Zu seinen Gegnern gehört insbesondere jener Herr Ritter, mit dem auch wir uns wiederholt zu beschäftigen veranlaßt hatten und dem er abschließend folgende persönliche Bemerkung widmet:

„Ritter ist Privatdozent an der Landwirtschaftlichen Hochschule und zugleich Beamter der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer. Solche Verbindung bringt leicht in Gemütskonflikte. Sie ist doppelt gefährlich in einer Zeit, welche den wirtschaftlichen Verbänden im öffentlichen Leben eine früher ungeliebte Macht verliehen hat.“

Die heroergehobenen Mängel der Ritterschen Schriften sind zum Teil wohl aus jener Verbindung zu verstehen. Für ihn als Vertreter einer Partei steht die Notwendigkeit der Agrarzölle von vornherein fest. Daher seine oben gekennzeichnete Einstellung, die in erster Linie Einwände der Zollgegner bekämpft, statt selbst stichhaltige Beweise zu erbringen, daher die Scheu vor klarer Problemstellung, die Scheu, den Gründen der Agrarcrise nachzugehen, daher die unpräzise Ausdrucksweise, die sorgfältig jede Wendung zu vermeiden sucht, welche gegen die von ihm zu vertretenden Forderungen verwandt werden könnte.

Aber, wohl bemerkt: nicht, daß R. Vertreter eines Verbandes von Interessenten ist, wird ihm von seinen Berufsgenossen vorgeworfen, sondern daß er dies auf den Titeln seiner Schriften verschwiegen hat. Seine Entschuldigung, daß er seine Aufsätze nicht im Auftrage der Hauptlandwirtschaftskammer geschrieben habe und diese für seine Arbeiten nicht die Verantwortung übernehmen könne, ist hinfällig. Die Funktion, die er neben seinem Lehramt ausübt, ist gewiß nicht weniger ehrenhaft und notwendig als die des Rechtsanwaltes. Wir verdanken den sachverständigen Beamten der Wirtschaftsverbände wichtige Aufklärungen. In vielen Ländern geht bekanntlich das Richteramt aus der Anwaltschaft hervor. Aber nirgendwo würde das Urteil über einen Anwalt auseinandergehen, der, während er die Interessen seines Mandanten vertritt, im Richtertalar auftritt und so der umstehenden Volksmenge seine Unparteilichkeit vortäuscht.“

Wir glauben, daß diese Kritik dem wichtigsten Kronzeugen der Agrarier nicht sehr angenehm sein wird.

Im ganzen ist Serings Buch, das erfreulicherweise auch viele Einzelheiten aus seiner internationalen Forschung in übersichtlicher und teils praktischer Darstellung enthält, jedem zu empfehlen, der sich mit der Struktur der deutschen und der internationalen Landwirtschaft befaßt. Es ist eine wirksame Waffe im Kampf gegen das Zollunrecht.

Steigende Lebensmittelpreise.

Die auf den Stichtag des 1. Juli berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 24. Juni (134,2) um 0,5 Proz. auf 134,9 gestiegen. Höher lagen die Preise für Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Butter, Schmalz, Zucker, Rind- und Schweinefleisch, Hopfen, Rindshäute, Kalbfette, Treibriemenleder, Baumwolle, Rohwolle, Leinwand und Kupfer. Gesunken sind die Preise für Heringe, Hanf, Wolle und Vieh. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 133,9 auf 135,0 oder um 0,8 Proz. angezogen; die Industriefabrikate blieben mit 134,9 unverändert. Für den Durchschnitt Juni ergibt sich eine Steigerung der Großhandelsindexziffer von 131,9 im Durchschnitt Mai auf 133,8 oder um 1,4 Proz.

Zellstoffabrik Waldhof. Die kürzlich gemeldete Absicht der Zellstoffabrik Waldhof, ihre im Kriege zerstörte, 1914 auf einen Wert von über 30 Mill. geschätzte russische Zellstoffabrik Bernau (jetzt estnisch) wieder aufzubauen, muß man zur richtigen Beurteilung des vorgelegten Geschäftsberichts berücksichtigen. Inmitten mächtiger Wälder wird ihre hohe Leistungskraft, ihr Standort an der See und vor den Toren des russischen Zukunftsmarktes offenbar dahin beurteilt, daß sich trotz der schweren in Bernau erlittenen Verluste hohe finanzielle Aufwendungen für den Wiederaufbau lohnen müssen. Auch die Schutzollensuche, die ja zum Kapitalexport und zu Fabrikgründungen im geschützten Ausland zwingt, dürfte die Absicht gefördert haben. Immerhin dürfte die Gesellschaft deshalb ihre innere Lage viel besser beurteilen, als es der Geschäftsbericht erkennen läßt. Denn zu der Transaktion gehört Geld und zwar sehr viel mehr als aus der Begebung der 5 Mill. Vorratsaktien herauskommt, auch wenn man den günstigen Kursstand der Waldhofaktien berücksichtigt. Für dieses Geld müssen zunächst in den Werken von Waldhof und in den Geschäftsberichten genügende Sicherheiten gegeben sein. Diese dürften angesichts der Tatsache, daß Kapital und Reserven heute nur 32,5 Mill. gegenüber 57 Mill. 1913 tragen, in den Aktiven reichlich enthalten sein. Aber auch die Geschäftslage scheint viel rentabler zu sein, als es der Geschäftsbericht erkennen lassen möchte, der sich mit Klagen über Steuer-, Sozial-, Frachtkosten, über zu kurze Arbeitszeit und die Konkurrenzunfähigkeit im Ausland gar nicht genug tun kann, aber von andauernd lebhafter Geschäftstätigkeit spricht. Die Kapitalakkumulation mit den 6 Proz. Dividende bei verhältnismäßig reichlichen Abschreibungen geht eben für die Ausdehnungsabsichten zu langsam. Dafür steht von der Umsatzenwidmung im Jahre 1924 (die Umsätze haben sich von 1920—1923 verdreifacht) und von der Lage der Zellstoffindustrie natürlich nichts im Bericht. Charakteristisch ist der Satz, daß es nicht gelingen will, die Betriebskosten trotz allen Anstrengungen wesentlich herabzudrücken. Bitterlich steht die Waldhof in ihren Beteiligungen und ihrem Waldbesitz einmal nach, ob sich dort nicht Betriebskapital mobilisieren läßt, das der Senkung der Produktionskosten zugute kommen kann.

Die Stinnes-Auseinandersetzung. Nach der „Kölnischen Volkszeitung“ hat Dr. Edmund Stinnes den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden beim Mülheimer Bergwerksverein niedergelegt. An seine Stelle wird aller Voraussicht nach Hugo Stinnes jr. treten.

Konkurs einer Hamburger Bank. Die Hamburger Bankfirma Ribbert & Co. hat ihre Zahlungen eingestellt, da sie von einigen großen Debitoren im Stich gelassen wurde. Der Status wird zurzeit geprüft.

Abg. Scholtka (Komm.) führt die Grubenunglücke zum Teil auf das Antreibergeschäft zurück. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Explosion auf Zeche Dorstfeld von der elektrischen Fördermaschine ausgegangen ist. Die heute beantragten Bewässerungen und Verschlechterungen der Ausschuhstränge lehnen wir ab.

Abg. Hartmann (Dem.) hält ein völliges Verbot der Schlegelarbeit für unmöglich, da es die Wirtschaft ruinieren würde. Bezüglich der Abgrenzung des Geschäftsbereiches der Aufsichtspersonen wünschen wir nicht ein Gesetz, wie es der Ausschuss verlangt, sondern wir beantragen, das Staatsministerium um eine Prüfung zu ersuchen, wie eine solche praktische Abgrenzung herbeizuführen wäre. Mit den Anträgen des Ausschusses zur Stilllegungsaktion sind wir einverstanden.

Das Haus verlagert sich. Freitag 11 Uhr: Fortsetzung der Aussprache über die Grubenunglücke. Anfragen und Anträge über die Grundschule, Beamtenwirtschaftsbeihilfen, Vorgänge im Volkspart in Halle, Bäderantrag. Bericht über die Landespfandbriefanstalt. Schluß 5 1/2 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

(Siehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

Der Fabrikarbeiterverband 1924.

Bereits vor Ausbruch des Weltkrieges gehörte der Fabrikarbeiterverband mit seinen 207 000 Mitgliedern zu den größten deutschen Gewerkschaftsverbänden. In der revolutionären Hochzeit der Nachkriegszeit stieg die Zahl seiner Mitglieder bis auf über 750 000. Die Erfahrungen vergangener Perioden, gewerkschaftlichen Aufschwunges machten es zur Gewissheit, daß die dem ungeheuren Aufstieg ein starker Rückschlag folgen würde. Das trat ein, als die furchtbare Wirtschaftskrise Ende 1923 eintrat, deren unheilvolle Wirkungen auf die Gewerkschaften noch durch die Folgen des Ruhrkampfes, die innenpolitische Zerrüttung und die kommunistische Zerstörungsaktion verstärkt wurde.

Es ist aber falsch, aus dem zahlenmäßigen Mitgliederrückgang im Jahre 1924 den Rückschlag zu ziehen — wie es z. B. der Geschäftsbericht der Vereinigung der Arbeitgeberverbände tut —, daß der Gewerkschaftsverband eine Schwächung erfahren hat, die weit über die Wirkungen der Wirtschaftskrise hinausgeht. In Wirklichkeit stellt der gewerkschaftliche Mitgliederrückgang im Jahre 1924 weiter nichts dar, als eine Reinigung der Mitgliederlisten, die sich bei den noch lange bestehenden unklaren wirtschaftlichen Verhältnissen bei der großen Arbeitslosigkeit lange hinauszögerte. Zum Teil hatte der Mitgliederrückgang auch seine Ursache in der Verringerung der Arbeiterkraft in der Industrie, z. B. in der chemischen Großindustrie.

Das Verbandsjahr 1924 war für den Fabrikarbeiterverband ein Jahr organisatorischen und finanziellen Aufbaues und der Wiedergewinnung der gewerkschaftlichen Kampfkraft. Das vom Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes herausgegebene Jahrbuch für das Jahr 1924 enthält auf 284 Seiten ein reichhaltiges Material über die gewerkschaftliche Arbeit des vergangenen Jahres und gibt ein Bild von den vielseitigen Interessen, die der Fabrikarbeiterverband zu vertreten hat. An Vorkampfbewegung führte er nicht weniger als 1254, davon 1090 ohne Arbeitseinstellungen, an denen 978 092 Beschäftigte in 12 349 Betrieben beteiligt waren. Bei 164 Lohnbewegungen kam es in 341 Betrieben mit 46 863 Beschäftigten zur Arbeitsniederlegung, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erzielen oder Verschlechterungen abzuwehren. In 64 Lohnbewegungen mit 28 035 Beteiligten in 110 Betrieben sperrten die Unternehmer aus, um der Arbeiterkraft ihren Willen aufzuzwingen.

Das Gesamtergebnis der Lohnbewegungen des Verbandes war für 947 382 Personen 1 954 636 M. Lohnerhöhung die Woche, umgerechnet auf das Jahr 101 641 072 M., für 1777 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit um 5030 Stunden pro Woche, für 27 663 Personen sonstige Verbesserungen oder Abwehr der Verschlechterungen.

In Wirklichkeit war die erreichte Steigerung der Löhne weit höher als diese statistische Zusammenstellung nachweist, da nach der Statistik der Tariflöhne eine durchschnittliche Lohnerhöhung von etwa 30 Proz. erzielt werden konnte, in manchen Industrien sogar bis zu 50 Proz. Nach der Tarifstatistik des Fabrikarbeiterverbandes bestanden am Jahreschluß 591 Tarife für 9648 Betriebe mit 658 026 Beschäftigten.

Der kollektive Lohnvertrag hat auch auf dem steinigem Boden, den der Fabrikarbeiterverband beackern muß, feste Burgen gesetzt. Im Jahre 1913 konnte er 465 Tarifverträge für 789 Betriebe mit insgesamt 42 000 Beschäftigten abschließen, 1924 eine nicht viel höhere Zahl von Tarifverträgen aber für die dreizehnfache der Betriebe und für die sechzehnfache der Mitglieder. Dieser Vergleich zeigt, welche ungeheure gewerkschaftliche Arbeit geleistet wurde.

Neben der Festigung der Organisation war das Jahr 1924 auch für die Verbandsklasse ein Jahr der Gesundung. Die Inflationskrise hatte das Verbandsvermögen, das 1913 fast 4 Millionen Mark der Hauptkasse betrug, bis auf einige Sachwerte vollständig vernichtet. Der Vermögensabschluss für 1924 zeigt wieder einen Bestand von annähernd 1 1/2 Millionen. Die Gesamteinnahme betrug 5 494 857 M., die Gesamtausgabe 4 682 116 M., davon wurden allein 1 848 999 M. für Unterstützungen aufgewendet. Die Erwerbslosenunterstützung erforderte 927 918 M., die Streikunterstützung 773 541 M., sonstige Unterstützungen 118 740 M. Einschließlich der aus Mitteln der Lokalkassen gezahlten Unterstützungen betrug die für Unterstützungs Zwecke aufgewendete Summe 1 934 935 M., eine in Anbetracht der vollständigen Kaffeenebbe am Anfang des Jahres erfreuliches Beispiel organisatorischer Wiedergesundung, aber auch der praktisch wirksamen gewerkschaftlichen Solidarität.

Die kommunistische Sturmfront, die den Fabrikarbeiterverband ganz besonders stark bedrängte und namentlich die Arbeiterschaft der chemischen Großindustrie als leichte Beute wählte, hat jetzt mühsam ihre Arbeit aufgeben müssen. Allerdings erst, nachdem sie ungeheuren Schaden angerichtet, nachdem sie wichtige Verwaltungsstellen, deren Aufbau ungeheure Mühe gekostet, vollständig zerstört hat. Der Industriearbeiterverband der Chemiker, das kommunistische Konkurrenzunternehmen zum Fabrikarbeiterverband, hat Pleite gemacht.

Alles in allem genommen war das Jahr 1924 für den Fabrikarbeiterverband trotz starker zahlenmäßiger Mitgliederverluste ein Jahr der Festigung und des Wiederaufbaues. Der Aufstieg findet im Jahre 1925 seine Fortsetzung. Bis Ende Mai war eine Mitgliederzunahme von fast 50 000 zu verzeichnen, so daß sich die Mitgliederzahl des Fabrikarbeiterverbandes auf nahezu 400 000 erhöht hat.

Spaltung überall.

(30B.) Bereits auf dem im März in Kobe abgehaltenen Kongreß des Japanischen Gewerkschaftsbundes kam es bekanntlich zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und Antikommunisten und im Zusammenhang damit zur Abspaltung der kommunistischen Organisation „The Local Council of Trade Unions“. Nun trifft die Meldung ein, daß sich der Japanische Gewerkschaftsbund in zwei unabhängige Organisationen gespalten hat. Der „Japan Council of Labour Unions“ (kommunistischer Flügel) hat sich von der „Japan Federation of Labour“ (Japanischer Gewerkschaftsbund) getrennt und in Osaka seinen Sitz aufgeschlagen. Sein Programm lautet: Schaffung einer politischen Arbeiterpartei und Organisation von Industrieverbänden mit vollständiger Unabhängigkeit. Angesichts der größeren industriellen Bedeutung hat der Japanische Gewerkschaftsbund seinen Sitz von Tokio nach Osaka verlegt. Die Spaltung scheint sich demnach unter ähnlichen Umständen vollzogen zu haben, wie z. B. seinerzeit in Frankreich, wo sich bekanntlich der kommunistische Flügel ebenfalls im Zusammenhang mit einem Kongreß von der Landesorganisation trennte.

Drama auf dem Postamt.

Von Jens Cornjen.

Emil Jander stellte sich behutsam ans Ende der Reihe, die vom Posthalter wartete. Die Luft lag dumpf und stickig in dem überheizten Raum. Staub und Sand schurte unter den Füßen. Als und zu hörte der Wartende die rasch fragende Stimme des Beamten, etwas mit dem unbehaglichen Gefühl, daß er ebenso rasch würde antworten müssen.

Jander hob die Schulter ein wenig unterm Mantel. Es war gemütlich warm im Postgebäude. Die Luft roch nach seinem Bureau, das heimlich ihn an. Sie sahen da auch eng zu zwölf zusammen, meist Schiffbrüchige anderer Berufe, schwatzten und arbeiteten, scholten und waren doch recht eigentlich zufrieden, geregeltes Brot gefunden zu haben. Auch die kleine schwachbrüstige Frau Jander, die mitunter noch wieder auf der Maschine aushalt, war gerade noch froh, daß sie beide aus dem Sturm in den eckigen Frieden der Tagelicht eingefahren waren. Glücklich waren sie beide, immer ein wenig hungrig, immer ein wenig enträuscht, aber doch zufrieden, daß sie sich zum Lebensrest gefunden hatten, wie sie längst ihr Leben miteinander verbringen mußten.

Die großen Türen der Post knarzten ab und zu, ein kalter Luftzug fuhr jedesmal in den Raum und ließ die Reihe der Wartenden ein wenig zusammenrücken. Immer, wenn einer den Schalter verließ, schnürte der ganze Zug und drängte aufeinander. Auch der kleine Jander drängte mit. Er wurde mit dem Kopf gerade in einen Frauenpelz hineingehoben und blinzelte vernünftig. Er wollte ganz unauffällig auch noch ein Ohr hineinschieben. Da sah er bei einer schlüssigen Bewegung das Gesicht der Frau, der Atem blieb ihm stehen, so sehr erschrak der kleine Herr Jander.

Ein Gefühl zertrümmerter Behaglichkeit erschütterte ihn. Er wollte heimlich umkehren, aber er wagte es nicht, wo sollte er die Umklekabine laufen? Die Frau hatte ihn noch nicht gesehen. Jemandem Neugier, ihr ungelieben zu folgen, begann Jander zu kitzeln. Er sah im Geist die Zeit, die sie einander gehört hatten. Er hatte eine kleine Fabrik führen sollen, sie hatte ihm jede Lieferung beraten und vergant und war vor lauter Luftschloßern und Klönen nicht zu Atem gekommen. Die Unheimlichkeit jener ersten Ehe durchströmte den Schreiber. Es war ein Jahr des Entsetzens gewesen, bis die Frau ihre eigenen abenteuerlichen Wege gefunden hatte und er die andere nahm und ein Kästchen fand, auf dem er stillvergügt durchs Leben plätscherte.

Emil Jander machte sich recht klein, halb aus hohlerer Neugierde, halb aus Furcht. Er war jetzt bald an der Reihe, blieb aber immer vorsichtig hinterm Postkasten. Da hörte er die Stimme der Frau, sie war etwas müder als früher, aber immer noch doll und herrlich. Einen Brief verlangte sie. Der Beamte suchte einen Augenblick und warf ihn ihr unhöflich durch den Schalter. Sie ging sofort ohne aufzusehen. Jander kam mit seiner Einschreibliste. Aber er blinzelte erregt der anderen nach, und er sah, wie sie ans Fenster trat, eine kleine Busennadel löste und den Brief aufriß. Ob's von dem Ingenieur war, der nach Amerika lief, oder von dem Hörjungen, oder ob's von einer Bank kam? Jander brannte vor Neugier, er mußte lauschen, er würde eine schlechte Boykott sein. Und wie eine Antwort auf seine Gedanken leuchtete die Lesende tief auf, es war einen Augenblick, als verlöre sie schmerzvoll den Halt. Sie suchte eine Stütze, ließ sich auf die Wartebank nieder. Der Brief lag auf dem Schoß, sie las nicht mehr.

Der Beamte schob Jander barsch das Buch zurück. Er schrat zusammen, noch ganz benommen und suchte irgendein Mittel niederkämpfen. War dieser Schmerz das Ziel, das Unbekannte, um das die Frau ihr Leben gekämpft hatte? Ah, hätte sie ihn doch begriffen, wie froh ein behaglicher Tag sein kann, ein Sonntag oder ein Abend mit Kollegen. Ein bißchen verhöhrte Rechtsabteilung kämpfte in seinem Beiseid. Jander ging schon auf die Tür zu, da konnte er's nicht lassen. Als ein Schicksal fühlte er sich, dem zu helfen ausgehen war. Er schritt wie von ungefahr zur Bank unterm Fenster, räusperte sich und zupfte die Verlungene hilflos am Arm. Aber die Frau erschrak nur heftig, sah ihn groß an, wollte ein Wort sagen. Dann lächelte sie kurz, schüttelte den Kopf und ging wortlos hinaus.

Jander hatte noch kein Wort hervorgebracht. Er sah ihr etwas entrüstet nach und fühlte über Fragen und Schlipps. Er erbot sich in seiner Verantw. sein Schop sträubte sich. Dann fragte er sich, was er hätte sagen wollen. Er erschrak, er hatte es nicht gewußt. Er fürchtete sich nachträglich vor ihrer herrschsüchtigen Frage, dachte ängstlich an die Janderische daheim und sehnte sich von Herzen, es möchte fünf Uhr sein und die Glocke zur Heimkehr schrillen.

Das Schellfischeauge.

Von Frida Erdmute Vogel.

Meine Gemüsefrau von drüben an der Ecke, hat sich einen neuen Ausklopper gekauft; den nächsten Tag war sie eine Leiche.

Ich stand am selben Tage gerade in ihrem Laden und erstand: „Ein halbes Pfund weißen Käse, für zehn Pfennig Schnittlauch und dann noch ein paar Apfelsinen — ja, wie verkaufen sie die eigentlich?“

„Sechs Stück eine Mark,“ kam es flott aus dem Mund der Gemüsefrau.

Ich wagte einen Einwand von „viel billiger anderswo, ein Duzend für den gleichen Preis,“ aber da kam ich schon an.

„Na, die Dinger von den Rieselfeldern,“ sagte sie, „menn Sie die abpellen, hab'n Sie 'ne armideke Schale in der Hand, dichte immer ein Auge kriegen, so'n großes, glidoriges Dings; und dann pelste man den Bibber mit 'nem Messer ab, und dann kam 'ne weiße Kugel, und die mußte man auch noch abtragen und dann war's endlich richtig, dann hatte man so'n Dings in der Hand, wie aus Glas, nich vill größer als 'n Stednadelkopf. War eijentlich for nisch, nich zum spielen, denn wenn man mit trüdeln wollte, verkrümte es sich gleich. Und deswegen hatten wir uns nu so, und haben uns manchmal doll in den Haren gelegen — um so'n Dogel — Ja, so sind de Menschen, radern sich ab und radern sich ab und is doch schließlich nicht dahinter!“

Ich starrte verständnislos und sie erklärte: „Das haben wir als Kinder immer so gern gemacht, wenn's Schellfisch gab und den gab's oft, weil wir ihn doch in's Tschick führten. Jeder wollte immer ein Auge kriegen, so'n großes, glidoriges Dings; und dann pelste man den Bibber mit 'nem Messer ab, und dann kam 'ne weiße Kugel, und die mußte man auch noch abtragen und dann war's endlich richtig, dann hatte man so'n Dings in der Hand, wie aus Glas, nich vill größer als 'n Stednadelkopf. War eijentlich for nisch, nich zum spielen, denn wenn man mit trüdeln wollte, verkrümte es sich gleich. Und deswegen hatten wir uns nu so, und haben uns manchmal doll in den Haren gelegen — um so'n Dogel — Ja, so sind de Menschen, radern sich ab und radern sich ab und is doch schließlich nicht dahinter!“

In diesem Augenblick kam ein Händler mit einem Korb voller Bürsten, Schnürsenkeln und Nähgarn herein. Er offerierte seine Ware wurde aber mit einem „Wir brauchen nicht,“ von dem Mann der Gemüsefrau, der die ganze Zeit im Hintergrunde des Ladens Jander ausgezogen hatte, unterbrochen. Er schwenkte mit einer bewundernden Bewegung die Hand und drehte zum Gehen, als die Frau drei Ausklopper, die er mit einem Bindfaden am Kopf befestigt trug, bemerkte.

„Was kost so'n Ausklopper?“

„Oh, die sind ganz billig, eens Mark, um' piekfeine Arbeit, Klasse!“ Er machte einen los: „Seh'n Se, aus eim Stück, damit kenn'n Se Ihre Perfer mit kloppen um Ihren Allen, wenn er brummt dazu.“

Aus der Ecke lönte ein bedenkliches Knurren.

„Jeden Se schon her.“

Als der Händler gegangen war und sein Geld weg hatte, kam der Mann der Gemüsefrau mit rotem Kopf an den Bodentisch: „So wird nu das Geld rausgeschmissen un bei die Zeiten! Da spart man, un knapft man un jöntt sich nicht mehr — un' denn jcht's uff die Art druff!“

Das war alles zu mir gesagt; aber wie auch die wiederholten, bösen Seitenblicke zeigten, für die andere Adresse bestimmt. Doch darauf verschwand er gleich wieder, um für zwei neuneintretende Kundinnen den ausgewogenen Zucker zu holen.

„Haste Worte,“ logte die Frau und klatschte sich schwer auf einen Stuhl hin, so daß Busen und Bauch zusammenschwappten,

Luther an Luther.



„Sie haben alle Waren in den Händen und machen damit, was sie wollen und treiben ohne Scheu die erwünschten Stücke, daß sie den Preis steigen und niedrigen nach ihrem Gefallen, und drücken und verderben die geringen Kaufleute gleichwie die hechte die kleinen Fische im Wasser, als wären sie Herren über Gottes Arealat und frei von allem Befehl des Glaubens und der Liebe. So man die Straßenräuber und Mörder rädert und löpft wieviel mal sollte man alle Wucherer rädern . . . verjagen, verjagen und löpfen.“
(Aus Martin Luthers Schriften.)

„ich, un' Geld rausgeschmeißen, aber der! Trinkt eine Flasche Bier nach der andern, als ob das nicht kosten tut, wenn wir je auch in's Tschick haben. Un' für 'ne Riste Zigarren is es allemal da. Aha nie was vor mir, vor so'n lumpigen Klopfer, den ich doch so brauchen tu un' den doch jede ordentliche Frau haben muß!“

Doch nun wippte Fräulein Emma im roten Strickjumper herein, um für ihre Herrschaft den großen Einholerford zu füllen, und ich räumte das Feld.

Als ich dann aber am nächsten Morgen erfuhr — noch in der Nacht war es geschehen — die Gemüsefrau hätte sich vergiftet fiel mir der Borsal mit dem Klopfer ein. Sicher war er nicht die direkte Ursache gewesen, wohl aber das letzte Glied einer Reihe von Kränkungen und Ungerechtigkeiten, die sie leider still in sich reingemürgt hatte, anstatt mit kräftiger Ermüdung darauf loszugehen. Ein Verfahren, das ihr gemiß besser bekommen und der Dauer ihres Lebens dienlicher gewesen wäre.

Und dann dachte ich an ihre Erzählung von dem Schellfischeauge, an ihre Worte: „Ja, so sind de Menschen, radern sich ab und radern sich ab und is doch schließlich nicht dahinter!“ Und daß ihr das vielleicht den Antrieb und Hintergrund zu ihrer Tat geliefert. Und daran war ich nun wieder schuld; denn hätte ich nicht an dem Apfelsinenpreis gemäkelt, wären ihr die Schellfischeerlebnisse ihrer Jugend mit der traurigen Parallele zu der Gegenwart nicht wieder eingelellt.

Aber dann kam meine Aufmerksamkeit mit der neuesten Neuigkeit: „Der Gemüsehändler hätte was mit dem Fräulein Emma im roten Jumper gehabt, und das wäre der Frau gestern zu Ohren gekommen.“

Da stürzte das logische Gebäude meiner Selbstvorwürfe prasselnd zusammen und ich verlor mich, daß ich so abstrakte Dinge wie Ausklopper und Schellfischeauge herbeigezogen hatte, anstatt an die natürlichste, allgemein beliebte und nobeligendste Ursache zu denken.

Vom freien Spiel der Kräfte.

Von Konrad Seiffert.

Er wußte genau, daß er nicht reich werden konnte. Und wenn er auch schulten und Ueberstunden schinden würde. Niemand würde ihm seine Arbeit mehr einbringen, als er zum Lebensunterhalt notwendig brauchte. Das war ehernes Gesetz. Dagegen ließ sich nichts machen.

Das wußte er. Aber er wollte es etwas besser haben als bisher, wollte es etwas weiter bringen, wollte eine Hoffnung haben. Jetzt hatte er keine. Jetzt ging er früh zur Arbeit und kam abends von der Arbeit, jeden Tag, jede Woche, jedes Jahr. Jahrzehnte hindurch. Bis er sich schließlich als Arbeitsunfähige bettelnd an irgendeiner Straßenecke stehen sah.

Das waren die Aussichten, die er hatte. Sie erschreckten ihn, zwangen ihn zum Nachdenken und zum Entschluß, etwas zu tun, um dem ehernen Gesetz und einem ihm vorgezeichneten Schicksal zu entgehen.

Wenn er Geld gehabt hätte, dann wäre das eine einfache Sache gewesen. Dann hätte er alles unternehmen können. Aber er hatte kein Geld. Er hatte nur seinen Wochenlohn, der ihm Freitags ausgezahlt wurde, und der bei einiger Einschränkung bis zum nächsten Freitag ausreichte. Um dann weiterleben zu können, mußte er weiterarbeiten.

„Man muß etwas unternehmen! Man muß Mut haben, Mut zu sich selbst!“ Da machte er sich Mut, ließ seine Arbeit im Stich und fing einen Handel an.

Er wagte einen großen Wurf, setzte seinen gesamten Wochenverdienst ein und kaufte Apfelsinen. Aber es war eine schlechte Ware, die er erwirkt hatte, und bald konnte er mit der Konkurrenz nicht mit. Er fing an zu schleudern und mit Verlust zu verkaufen

und war froh, wenigstens einen Teil des angelegten Kapitals gerettet zu haben.

Dann handelte er mit Seife, mit Schnürsenkeln, mit Hofentragern, mit Heringen, mit Luftballons. Manchmal ging das Geschäft gut. Manchmal verdoppelte er das angelegte Kapital. Aber mit tödlicher Sicherheit kam kurz darauf ein um so fürchterlicher Rückschlag, und sein Geldbestand schrumpfte bedenklich zusammen.

Hatte er vorher schon nicht üppig gelebt, so mußte er jetzt erst recht die Ausgaben für seine Person einschränken, um sein Kapital zu schonen. Das würde später alles anders werden. Später! Jetzt hatte er eine Hoffnung für die Zukunft. Jetzt war er nicht von einem ehernen Gesetz abhängig, gegen das es keine Auslieferung gab. Das sogenannte „freie Spiel der Kräfte“ und die eigene Tüchtigkeit ermöglichten es ihm, auf der sozialen Leiter Stufe um Stufe emporzuklettern, während früher diese Leiter für ihn gar nicht bestand.

Allerdings merkte er auch jetzt von einem Emporsteigen nichts. Noch nicht. Aber er hatte eine Hoffnung. Und er war jung. Er hatte Selbstvertrauen. Und das ist ein nicht zu unterschätzender Faktor.

Er verstand auch bald sein Geschäft. Die notwendige Eignung brachte er zwar nicht von zu Hause mit. Aber er sah bei seinen Konkurrenten, wie man im freien Spiel der Kräfte sehen muß und das was man tun muß, um dem Geschäft in bestimmten Zeitabständen den bekannten Stoß zu geben.

Die nächste Stufe auf der Leiter seines Aufstiegs sollte ein Gemüseteller sein. So hatte er es sich ausgedacht. In zwei Jahren wollte er ihn haben. Aber es kam etwas anders. Als zwei Jahre herum waren, stand er immer noch auf der Straße, und sein Kapital war ihm trotz aller Anstrengungen zerronnen.

Nach einigen weiteren Monaten sah er ein, daß er auf diesem Wege nie zum Gemüseteller kommen würde, weder durch eigene Tüchtigkeit, noch durch Glück im freien Spiel der Kräfte.

Und dann sah er, daß dieses Spiel ja gar kein freies Spiel war. Dann sah er auch hierin eine Beschränktheit und erkannte, daß er nie unter den Gewinnern sein konnte. Und dann gab er das Spiel auf.

Er war um eine Hoffnung ärmer und um eine Erfahrung, die ihm zwei Hungerjahre gekostet hatte und damit teuer bezahlt war, reicher, als er als Kohlenpreller in eine elektrotechnische Fabrik eintrat.

Bilderschicksale.

Kürzlich hat die kunstliebende Welt eine besondere Sensation erlebt. Von zwei aus der Mitte des 15. Jahrhunderts stammenden wertvollen Gemälden, den sogenannten Wirtburgteppichen, waren, wie sich bei dem Verkauf herausstellte, große Stücke von unbekannter Hand abgetrennt und gestohlen worden. Dieser für unsere moderne Zeit kaum glaubliche Vandalismus erregt besonders deswegen großes Aufsehen, weil schon die Zerstörungen in der neueren Zeit kaum mehr vorgekommen sind. Man hat es im allgemeinen bei Diebstählen bewenden lassen. Gemälde und Wandbilder haben nie Bücher ihre besonderen Schicksale.

Zahlreiche oft hochwertige Gemälde sind in den ersten Jahrhunderten der christlichen Zeitrechnung zugrunde gegangen infolge des großen Bilderstreites, der sich um die Beibehaltung der in den Gotteshäusern befindlichen religiösen Darstellungen und Heiligenbilder entzweit hatte. Die Bilderfeinde stürmten die Kirchen und zertrümmerten an Gemälden, was ihnen unter die Hände kam. Auch durch den Islam wurden so viele Schöpfungen der christlichen Malerei vernichtet. Die religiöse Bilderstürmerei erlebte zur Zeit Luthers in Deutschland noch einmal eine Wiedergeburt, als fanatische Wiedertäufer und andere Sektierer unter dem Schwärmer Karlstadt in deutschen Kirchen mancherlei kostbares Bildwerk zerstörten. Es kam auch vor, daß Künstler aus religiösem Eifer in späteren Lebensjahren mit eigener Hand aus der Welt schafften, was sie in jungen Jahren geschaffen. So überantwortete der berühmte Saonatoras einige seiner besten Gemälde dem Scheiterhaufen.

Bränden, Kriegen und Revolutionen ist in früheren Zeiten ebenfalls oft manches berühmte Kunstwerk zum Opfer gefallen. So haben die vielsachen Brände, die Rom heimgesuchten, auch in dieser Beziehung vielen Schaden angerichtet. Und während der großen französischen Revolution wurde manches wertvolle Gemälde durch Degenstöße und Bajonettstiche vollkommen zerstört.

Die neuere Zeit ist, abgesehen von einigen Fällen während der russischen Revolution von 1917, von solchem Vandalismus verschont geblieben. Hier und da hat vielleicht ein einzelner, nicht ganz normaler Fanatiker sich einen traurigen Ruhm erworben. Die Brandgefahr, die früher gerade Gemälde und Gobelins wegen der leichten Brennbarkeit des Materials bedrohte, ist heute durch umfassende Schutzmaßnahmen fast völlig beseitigt worden. Wegen der Zerstörung durch Kriegsmaschinen sind außerdem solche Kunstwerke noch durch internationale Konventionen besonders geschützt.

Eine größere Gefahr bilden heute die Diebe. Der Diebstahl ist ein besonderer Zweig des internationalen Verbrechergewerbes, der bis heute trotz aller Maßregeln nicht gänzlich unterbunden werden konnte. Der bekannteste Fall dieser Art ist das geheimnisvolle Verschwinden der berühmten Mona Lisa Leonardo da Vincis aus der Salle Carré des Pariser Louvre im Jahre 1911. Das Gemälde wurde sauzulegen über die Hintertreppe hinweg entführt. Jahrelang blieb es verschwunden, bis es eines Tages von der Pariser Polizei auf mysteriösen Wegen wieder zurückgeschafft werden konnte. Der Täter, ein Italiener, gab an, aus patriotischen Gründen gehandelt zu haben.

Nicht unbeteiligt an dem Schicksal manches Gemäldes ist auch der Zahn der Zeit. Wie sehr er selbst an unzertrennbar scheinenden Werken nagt, zeigt Michelangelo's Freskenkomposition „Das jüngste Gericht“ in der Sixtinischen Kapelle in Vatikan, die schon arg gelitten hat. Die berühmten Schwandischen Fresken auf der Wartburg, die den „Sängerkrieg“ darstellen, konnten 1923 nur durch die Kunst des Bildrestaurateurs Gerbard vor dem Untergang infolge „Altersschwäche“ gerettet werden.

Manches Wert größter Meister ist auch dadurch von der Bildfläche verschwunden, daß es in unrechte Hände geraten oder übermalt worden ist. Erst kürzlich wurden in Konstanz aus einer Erbschaftsmasse eine Anzahl Bilder verkauft, deren Wert dem Besitzer so gering erschien, daß er sie für wenige Mark veräußerte. Eines der billigsten — es hatte nur drei Mark gekostet — erworben ein Althändler, der es an einen Gastwirt für acht Mark weiterverkaufte. Ein Freier, der das Bild zufällig in der Wirtshausstube sah, erkannte es für einen echten Bäcklin und nahm es dem Wirt um zehntausend Franken ab. Im März d. J. wurde bei Instandsetzungsarbeiten im Kreuzgang einer alten Kirche zu Ulm a. d. D. ein wertvoller „Totentanz“ in Fresko aufgedeckt, der von einem unbekannten Maler im Jahre 1440 geschaffen war und bisher als verschollen galt. Uebermalungen sind nicht einmal selten. Im vorigen Jahre erst hat man zu Roubaix unter einem alten, schmutzigen Deckbild einen echten Rubens entdeckt, der auf 400 000 Goldmark geschätzt wird.

Die Gefahr, daß unerfessliche kostbare Gemälde verloren gehen oder verschwinden, ist heute nicht mehr so groß wie früher. Ein verstärkter Kunstschutz sorgt für mögliche Verringerung der Gefahrenquellen. Staatliche Maßnahmen, die Möglichkeit sorgfältiger Konservierung und gute Reproduktionen verhindern die Verminderung unseres Kunstbesitzes und seine Benutzung zu verbrecherischen Zwecken. Doch ist noch nicht genug geschehen. Man darf hoffen, daß gerade die Affäre mit den Wirtburgteppichen zur Ausfüllung bestehender Lücken Anlaß gibt.

